blätter des iz3w



Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Stephan Günther, Thomas Herr, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Michael Knüfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Ann Stafford, Jörg Später, Frank Sträter, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 195:
7.1.1994

Anzeigenschluß für Nr. 195:
(Druckfertige Vorlagen) 17.1.1994

Titelbild: Don Edkins

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 54,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 48,- DM)
Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa + 16,- DM, Welt + 24,- DM Porto/Jahr)

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Dieser Ausgabe ist der „Aufruf der Teppichkampagne gegen Kinderarbeit" beigeheftet, außerdem liegen eine Protest-Postkarte der Infostelle El sAlvador Bonn und ein Prospekt des Horlemann-Verlags bei. Eine Teilauflage enthält eine Beilage der „Aktion Zuflucht".

Inhaltsverzeichnis:

Liebe Abonnentinnen, liebe Abonnenten, liebe Leserinnen, liebe Leser,

vier Jahre lang konnten wir den Preis der blätter des iz3w halten, jetzt geht es nicht mehr! Ab 1994 müssen wir den Einzelpreis und den Abo-Preis den gestiegenen Produktionskosten und Postgebühren anpassen. Das Einzelheft kostet dann DM 7,50,-, das Jahresabonnement DM 54,- (ermäßigt DM 46,-).
Wer bis zum 31.12.1993 die blätter des iz3w abonniert oder ein Jahresabonnement verschenkt, kommt noch in den Genuß des alten Abopreises von DM 48,-.
Es gibt auch die Möglichkeit, uns mit Förderabos oder Spenden zu unterstützen (siehe nebenstehendes Impressum bzw. den Hinweis auf Seite 59).

Redaktion und Verlag „blätter des iz3w"

"Ein Verbot der PKK wird die Anschläge in Zukunft nicht verhindern"

Anschläge auf Menschen, egal von wem sie ausgehen, treffen auf unsere uneingeschränkte Ablehnung. Ich denke, daß es in diesem Punkt keine Differenz gibt - ich hoffe es zumindest. Das kurdische Volk kämpft um demokratische Rechte, ja, um Menschenrechte, die ihnen von der türkischen Zentralregierung nicht nur vorenthalten, sondern ihnen sogar mit militärischer Gewalt ausgetrieben werden. Daß dieser Kampf sich Mittel bedienen muß, die sichtbar werden lassen, worum er geführt wird: eben um Demokratie, um Unabhängigkeit, um kulturelle Integrität und Menschenrechte, davon bin ich überzeugt.

Anschläge, wie sie Anfang November in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern verübt wurden, gehören nicht dazu, dürfen nicht dazu gehören. Sie verdunkeln diese Ziele. Wer um Demokratie und Menschenrechte kämpft und dafür Solidarität braucht, muß bedenken, daß diese Solidarität durch solche Aktionen beeinträchtigt wird, sogar unmöglich werden kann. Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat in einer Erklärung bestritten, daß sie als Organisation Verantwortung dafür trage - aber sie hat gleichzeitig erklärt, daß es sich bei diesen Anschlägen um "natürliche und verständliche Reaktionen gegen die Massakrierung und Vernichtung einer Nation" handeln würde. Diese Haltung ist abzulehnen, auch wenn - oder besser: obwohl - sie etwas Wahres enthält.

Gegen das kurdische Volk in der Türkei wird ein grausamer Krieg geführt, bei dem die türkische Regierung offenbar keinerlei Zurückhaltung mehr kennt. In der Frankfurter Rundschau war zu lesen, daß 800 kurdische Dörfer inzwischen zerstört worden sind. Die türkische Armee hat nach Angaben eines ZDF-Teams den 950 Einwohnern des kurdischen Dorfes Kursunlu ein Ultimatum gestellt, ihr Dorf umgehend zu verlassen, andernfalls würden sie das Dorf beschießen. Und die Waffen, die dort eingesetzt werden, sind grausam - die Bundesregierung weiß das sicher, denn sie hat diese Waffen ja geliefert: BTR-60-Panzer aus NVA-Beständen. Dieser Zusammenhang, kann nicht geleugnet werden und macht die Empörung von gewisser Seite zur Heuchelei.



Protestierende Kurden nach der Schließung ihres Kulturzentrums in Freiburg i.Br.

Bedrückend ist - und das geht jetzt weit über die Anschläge von Anfang November hinaus, weil jeder sich beschämt fühlen müßte, wenn er hier einen Vergleich zu den Vorgängen in Kurdistan selbst zuließe - die Tatsache, daß Organisationen, die lange und zu Recht gegen die Unterdrückung und Repression, gegen Folter und militärischen Terror kämpfen, häufig irgendwann beginnen, der Logik eines solchen Krieges zu folgen. Daß sie beginnen von den Methoden ihrer Unterdrücker zu "lernen". Daß die Opfer ihren Tätern aufs Handwerk schauen und sich entscheiden, einiges von diesem Handwerk selbst anzuwenden - und sich dann auch von Länder- und Staatsgrenzen nicht beirren lassen, weil es für die Täter auch eine grenzenlose Mittäterschaft gibt.

Der Krieg ist ein Meister aus Deutschland" - dieses Wort von Paul Celan paßt heute auf kaum eine andere Region so gut wie auf Kurdistan. Aber was tun wir hier dagegen? Hat die Regierung nach dem Rücktritt des früheren Verteidigungsministers Stoltenberg irgendetwas getan, um den Waffenstrom an die türkische Regierung zu stoppen? Nein, die Geschäfte gehen weiter. Die deutsche Regierung ist Mittäter geblieben, beim Massaker am kurdischen Volk.

Dies aber sind die Umstände der Anschläge vom November. Auch wenn wir die Anschläge verurteilen, können wir nicht so stumpfsinnig sein und übersehen, daß in diesen Anschlägen ein Aufschrei liegt.

Nicht ein Verbot der PKK wird solche Anschläge in Zukunft verhindern können, sondern nur ein Verbot jeglicher Waffenlieferungen für den Krieg gegen das kurdische Volk.

Die Bundesrepublik muß ihre Mittäterschaft an diesem Krieg beenden; sie muß im Gegenteil alles daran setzen, die türkische Regierung zu einem Weg zu drängen, wie er von der heutigen israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern und der südafrikanischen Regierung gegenüber der schwarzen Mehrheit gegangen wurde. Erst dann sind sinnvolle und notwendige Schlußfolgerungen aus den Ereignissen gezogen.

Ulla Jelpke (PDS/LL)

Die endgültige Marginalisierung der Palästinenser

In seinem ausführlichen Kommentar zum Osloer Abkommen zwischen der PLO und Israel (siehe auch blätter des iz3w Nr. 193, S. 3ff) weist Hans Branscheidt nach, daß der Vertrag die Lage der Palästinenser nicht bessert. Er kritisiert auch die von deutscher Seite auf Israel/Palästina projizierten euphorischen Hoffnungen.

Kein einziges der größeren Friedensabkommen und keiner der Versuche auf Verhandlungslösung der jüngsten Vergangenheit befriedete dauerhaft den jeweiligen Konflikt der irgend beteiligten Parteien. Nicaragua, El Salvador, Somalia, Angola, Afghanistan, Kambodscha und Kurdistan sind Beispiele dafür. Von der Tragödie im ehemaligen Jugoslawien ganz zu schweigen. In allen diesen Fällen wurden 'Friedenserhaltende Maßnahmen' oder langfristig wirksame Verhandlungslösungen durchgeführt oder doch eingeleitet, ohne daß die Gewalt ein Ende nahm, die sich auch dann in meist nur neuer Form einen Weg bahnte, wenn die Vereinten Nationen oder mächtige Signatarmächte beteiligt waren. Dies liegt, ohne pauschalisieren und von jeweiligen diffizilen Problemkonstellationen absehen zu wollen, durchweg daran, daß den vorhandenen Konfliktsubjekten keine tragfähige und überzeugende soziale Zukunft versichert werden konnte und oft genug auch nicht werden sollte. Nach oder im Laufe von politischen Verhandlungen ergaben sich regelmäßig nur noch trostlosere Zukunftsaussichten für diejenigen, die sich von der Partizipation an internationaler Politik und Weltmarkt um Lichtjahre entfernt erfahren: hoffungslos.

Am Ende des allenthalben geforderten Dialogs steht daher auch nicht dessen zivile und geordnete Fortsetzung, sondern der Ruf eben doch der Realpolitiker nach Gewalt, Intervention und Truppen, camoufliert bestenfalls im Sinne des aktuellen "Militärhumanismus".

Daß in Anbetracht dessen für Israel/Palästina von deutscher Seite aus eine überwältigend positive Erwartungshoffnung projiziert wird, muß sich deshalb auf andere Gründe beziehen als auf ein außerordentlich vages und unspezifiziertes Abkommen, dessen sämtliche Bestimmungen und Voraussetzungen schon vom Text her nichts anderes als programmierte Unstimmigkeiten und folgende Enttäuschungen erwarten lassen.

Da zudem alle sozioökonomischen Faktoren in Palästinas besetzten Gebieten die denkbar schlechtesten Umstände für eine soziale Emanzipation und Existenz der dort Lebenden bieten, muß die mit aller nur verfügbaren Suggestivkraft der Medien applaudierte "Lösung" erst recht den kritischen Gedanken zu der Frage veranlassen, aus welchen anderen Quellen die allgemein günstige Erwartung sich speist.

Es hat dies wohl etwas zu tun mit jenem Alp, der aus der Geschichte der Judenverfolgung resultiert; dessen Druck auch kaum nachließ, als sich an späterem konkreten Ort die Unterdrückung der Palästinenser im Rahmen eines israelischen Staates ereignete, der zur Fluchtburg der zum Exodus getriebenen jüdischen Menschen wurde. Diese ungeheure und schwer erträgliche Dissonanz, sich aus historisch-moralischen Gründen unbedingt für die aggressiv fundierte neue Staatsgründung Israel einsetzen zu müssen, indem gleichzeitig die folgenden, wenn auch mit Auschwitz nicht vergleichbaren Leiden der Palästinenser kleinzuschreiben waren, dürfte die genetische Bedingung für die undifferenzierte Zustimmung zum nahöstlichen Vertragswerk ausmachen, die aus dieser Zwangslage endlich auch das neueste linke und kritische Deutschland tendenziell befreien möchte: durch einen Vertrag, der auch dann deswegen willkommen ist, wenn er nur die Lösung simuliert.

Es hat nun ein Ereignis stattgefunden, das die Vergangenheit mitbeenden soll: der Dialog. Dessen Grundlagen und Voraussetzungen sind nicht Gegenstand der Kritik. Der Mangel an Substanz wird durch das Hosianna einer fast kompletten Reihe standardisierter Clichés kompensiert: "Symbolischer Händedruck, Feindbilder abbauen und Annäherung wagen".

Festschreibung auf den Status von Soweto

Da man genau weiß und eigentlich auch sagen müßte, daß die konkreten Inhalte des Abkommens nichts bedeuten außer der endgültigen Festschreibung der Araber Palästinas auf den Status von Soweto, ereignet sich diese Art von Interpretation im Scheine magischer Kategorien wie der von einem "ersten Schritt", dem wenigstens in der Assoziation weitere folgen sollen.

Wie kann man aber als demokratischer Geist einen Vertrag gutheißen, dessen erster wirklicher Schritt darin besteht, einige hunderttausend Palästinenser der Diaspora andauernd auszugrenzen, und von jedem garantierten Anspruch auf zukünftig territoriales Zusammenleben verbindlich auszuschließen? Jene nämlich, die jetzt im Libanon verjagt werden, die letztlich auch in Syrien zur Disposition stehen, und über die in der kompetenten Nahost-Zeitschrift Al-Hayat berichtet wird, daß man sie in Geheimverhandlungen Saddam Hussein "anbietet", der dafür auf die Lockerung des Embargos gegen den Irak hoffen darf.

Nicht nur die Rechte dieser Menschen werden durch den Vertrag beschnitten: ihre Identität wird in Frage gestellt. Das was ihre Identität bedeutete, die Flüchtlingspapiere der UNRWA, die Bezugsscheine der "Gaststaaten", wird nun ersetzt, erneuert, vor allem einbehalten und für ungültig erklärt. Mehr als 30 000 Palästinenser aus dem Libanon, die die Staatsbürgerschaft anderer Länder angenommen haben, sollen aus den UN-Registern schon gestrichen worden sein. Ihre Rechte sind damit verloren. Sie werden in einem langwierigen Prozeß nachweisen müssen, daß sie Palästinenser sind.

Als Volk sind die Palästinenser von Vernichtung bedroht. Was hierzulande merkwürdigerweise nur dann geglaubt wird und öffentlich Zustimmung findet, wenn sie von der deutschen Presse als praktisches Zitationsobjekt verwendet werden, um an ihrem Beispiel auf die Gefahren für die Muslime in Bosnien zu verweisen. Politisch, national, kulturell, territorial, sozial wie psychologisch fühlen sie sich unter enormem Druck, denn die geringe Teilbevölkerung, für die das Abkommen gelten könnte, stellt nur eine Minderheit dar. Der Ausschluß der Mehrheit durch den Vertrag, aller anderen, die in den Lagern der Westbank weiter als Flüchtlinge leben wie in der verzweigten Diaspora, bedeutet die konstitutive Spaltung des ganzes Volkes, deren Ergebnisse nur Bürgerkrieg und Fortsetzung der Militanz stimulieren können.

Die Anerkennung dieser Perspektive drückt sich in den ersten wirklich konkreten Maßnahmen der PLO aus: Forcierung der Sicherheitsmaßnahmen und prioritärer Aufbau eines unverhältnismäßigen Sicherheitswesens. In Personalunion mit den Bestrebungen des israelischen Staates, der als Chef der Rekrutierungsbüros der PLO-Polizei Ibrahim Muhanna zur Verfügung stellte, der zuvor 30 Jahre lang als einer der fähigsten Palästinenserverfolger in ihren Diensten stand. Bestürzend die formelle Bitte der PLO an die israelische Polizei, ihre Sicherheitskräfte "aus den Lagern zuletzt abzuziehen", wo eben die unsicheren Kantonisten leben, die ehedem als Hoffnungsträger und sozialrevolutionäres Potential verstanden wurden und nun ihre eindeutige Kriminalisierung erfahren; eine aufschlußreiche Stigmatisierung Verelendeter, die neuerdings auch im Rahmen des Clichés "Falken vs. Tauben" Fortsetzung findet in der Betrachtungsweise deutscher Linker.

Autonomie, wie sie nun vorgesehen ist, wird gewöhnlich einer ethnischen Minderheit in einem Land gewährt, deren Beziehungen zu diesem Land eher dem Zufall entspringen oder kurzfristiger Natur sind und nicht sprachlich, politisch, territorial und historisch dauerhaft begründet sind. Entsprechend der in der israelischen Politik (Scharon) seit langem virulenten Auffassung, die Palästinenser seien nur aus dummen und falschen Gründen in Israel, und gehörten eigentlich in Richtung Jordanien.

Kein vollständiger Abzug israelischer Truppen

Erkennen die Palästinenser das an, geben sie genau dieser These neue Nahrung, sie gehörten eigentlich gar nicht ins Land und hätten deshalb auch keinen Anspruch auf wirkliche Souveränität. Darüber hinaus legitimieren die bedrängten Palästinenser mit dem aufgezwungenen Autonomieplan Israels ausschließliches Recht, über Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft und alle Belange der nationalen Sicherheit zu bestimmen.

Die Rechte und Möglichkeiten, die allein materiell eine Souveränität ausmachen könnten, werden zugunsten eines symbolischen Händedrucks für alle Zeit aufgegeben. Die "Hoffnung", daß durch dieses Abkommen wenigstens die zukünftigen Konflikte um Boden und Wasser zivil ausgetragen werden möchten, ist irrige Illusion. Es steht nichts dergleichen zur Disposition, weil Boden und Quellen längst nicht mehr in palästinensischer Hand sind, sondern in der von Siedlern, deren dauerhafte Ansprüche darauf auch von der jetzt verhandlungsführenden Regierung ausdrücklich garantiert werden. Kein einziger Siedler wird den okkupierten Boden verlassen, es sei denn um den hohen Preis eben doch wieder bewaffneter Reaktion und damit neuerlicher Gewalt. Schon gar nicht veranlaßt von einer Regierung, deren parlamentarischer Bestand an einem seidenen Faden hängt. Niemand wird eine einzige der neuen Stadtgründungen und architektonischen Ringe auflösen, die rings um die restlichen palästinensischen Orte diese längst eingeschnürt und marginalisiert haben.

Diese Zustände werden im Ausland nicht zur Kenntnis genommen, weil stets von der öffentlich geförderten Illusion ausgegangen wird, die besetzten Gebiete seien noch intakt und als solche auch verhandelbar.

Auch bei den jüngsten Verhandlungsfortsetzungen in Kairo wurde klargemacht, daß das fruchtbare Jordantal niemals Gegenstand der Debatte sein soll, daß über die 25 Quadratkilometer Jericho (die auch weitgehend bis jetzt schon palästinensisch genutzt waren) nichts hinausgeht, daß es um andere verbliebene Terrains der Westbank schon gar nicht geht, und daß nur der Müllplatz Ghaza der PLO übergeben werden soll.

Und soweit das Abkommen mit Jordanien bekannt ist, werden Amman lediglich einige kleine Stücke der Jordansenke übergeben sowie verschiedene rohstoffreiche Ressourcen am Toten Meer: diese sollen jedoch im sofortigen Gegenzug für einen "symbolischen Betrag" wieder von der israelischen Regierung auf alle Zeit "geleast" werden. Vertraglich festgehalten. Ein kluger Schachzug, der die Ausbeutung der dort vermuteten Gas- und Erdölvorkommen ermöglicht, was zuvor in diesem militärischen Sperrgebiet nicht möglich war.

Selbst in den autonomen Flecken sieht das Abkommen keinen Abzug der israelischen Truppen vor, sondern lediglich deren Umgruppierung. Wer die Geographie Jerichos kennt, einer Grenzstadt, weiß, daß jeglicher Gedanke an Entfernung der hier frontlinienmäßig eingegrabenen Zahal-Armee blanker Unfug ist. Übrig bleibt eine Kleinstadtregierung mit gelegentlichem Wohnsitz für Yassir Arafat.

Liest man den Vertrag genau, entdeckt man auch, daß es keinerlei explizites Zugeständnis Israels (das nicht einmal anerkennt, Besatzungsmacht zu sein) gibt, die Besatzung mit den sie auszeichnenden Gesetzen, Bestrafungs- und Kontrollapparaten zu beenden. Hingegen werden sehr wohl die nationalen Rechte eines Volkes, das 1948 zu Flüchtlingen gemacht wurde, erfolgreich für immer annulliert.

Palästinensische Wirtschaft

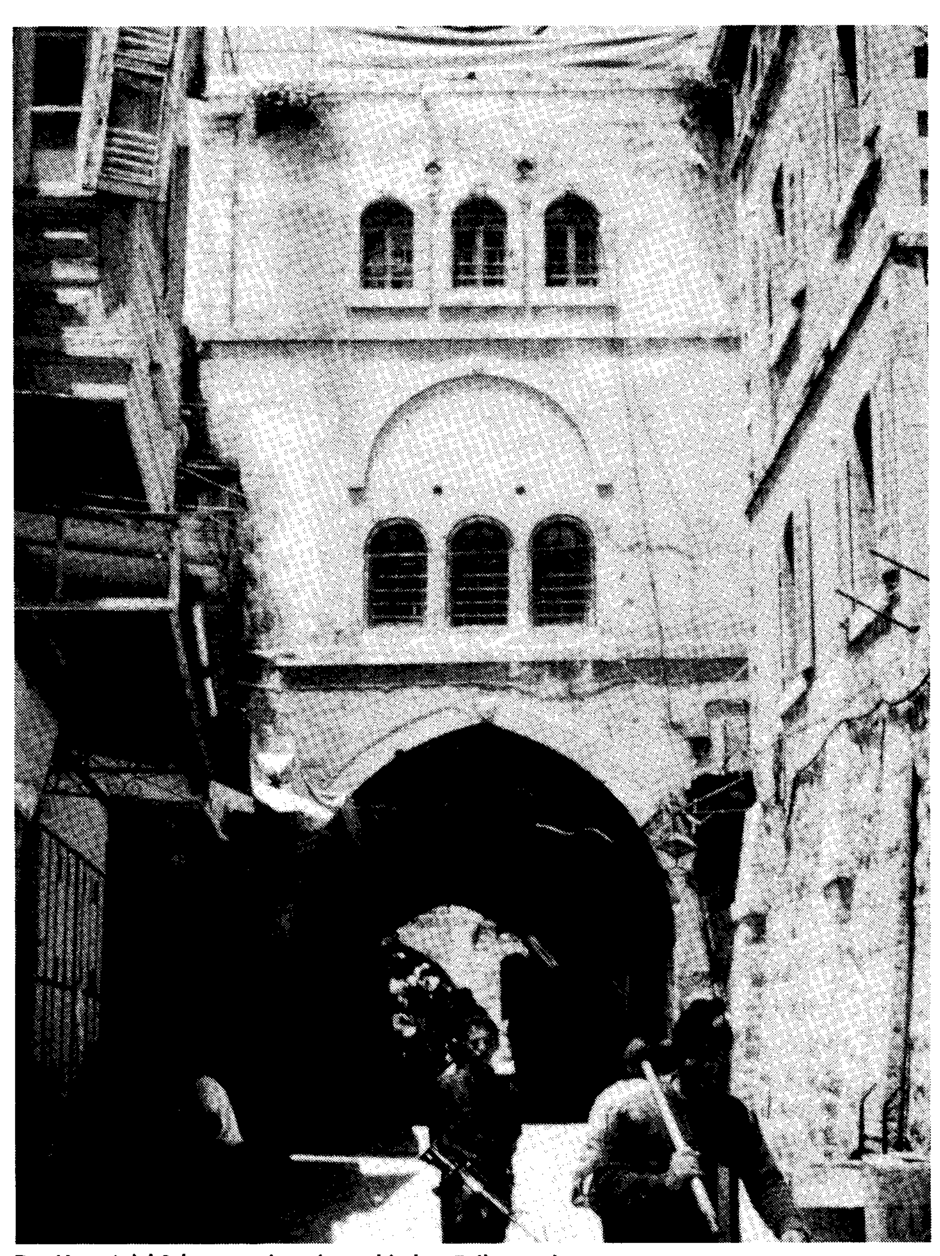
Auch ein anderes geäußertes 'wishful thinking', daß jene diskriminierten arabischen Bürger des Staates Israel (die innerhalb der Grenzen von 1948 leben) vor dem Hintergrund von Vertrag und vermutetem palästinensischem Aufschwung auf ihre "völlige Gleichstellung" als Bürger pochen können, blamiert sich vor der Wirklichkeit der 70.000 Negev-Beduinen, die seit eh und je im Besitz all dieser vollen staatsbürgerlichen Rechte sind. - Sie wurden verfolgt und vertrieben, die Border Patrol in der Gegend um Beersheba zerstörte sogar ihre Friedhöfe.

Fotos: Georg Stein

Gegen alle diese Grundlagen und Voraussetzungen, die sämtlich eine autonome Existenz und soziale Gleichstellung dauerhaft verhindern, wird krampfhaft das Argument gehalten, daß sich aufgrund von internationalen Krediten, von Entwicklungshilfe und Fördermaßnahmen doch wenigstens eine gewisse soziale Verbesserung für die Marginalisierten erreichen lasse. Begründet wird diese Ansicht mit artifiziellen Zahlen über Kreditzuweisungen, die es der internationalen Öffentlichkeit wie vor allem den Palästinensern erleichtern sollen an etwas zu glauben, was bei nüchterner Betrachtung nur depressiv stimmen kann. Auch in den Angeboten der Weltbank ist das Kleingedruckte entscheidend. Geld erhält nur, wer über Projekte oder Ressourcen verfügt, die eine erfolgreiche "Absorption der Mittel" versprechen. Da die Weltbank genau weiß, daß diese zwingenden Bedingungen auf palästinensischer Seite nur in den wenigsten Fällen gegeben sind, kann sie ihre quasi-Zusagen gefahrlos machen.

Bereits in der Kabinettsitzung vom 2.11., auf der die Linie der Taba-Gespräche festgelegt wurde, hat Rabin dieses Wissen zur Beruhigung aller eingebracht: "Die Palästinenser seien nur bei Forderungen einig; doch es fehlten noch immer Wirtschaftspläne und Maßnahmen, das angebotene Geld zu verwenden (FAZ)". Er weiß wenigstens, worüber er redet.

Abu Ala, der für die PLO die Geheimverhandlungen in Oslo führte, spricht von einem Bedarf von 11,5 Mrd. US$ für den wirtschaftlichen Aufbau und die Infrastruktur in der Übergangsperiode (Al Quds, 27.4.93). Demgegenüber nehmen sich die Zusagen beispielsweise der EG bescheiden aus. Diese sind ohnehin ein bloßes Zahlenspiel, denn gemessen an ihren bisherigen Verpflichtungen gegenüber der UNRWA, haben sie kaum etwas draufgelegt: ganze 20 Mio. US$ zusätzlich für 1993. Mit solchen Beträgen kann nicht einmal die Infrastruktur in der Westbank halbwegs auf den israelischen Standard gebracht werden. Überhaupt nicht im Abkommen bedacht sind die durch 25 Jahre Besatzung verursachten Schäden, die Folgen der gezielten Zerstörung und Marginalisierung der palästinensischen Ökonomie. Allein durch die Schließung der Gebiete im März dieses Jahres entstand der palästinensischen Wirtschaft ein täglicher Schaden von 45 Mio. US$ (Al Hayat, 17.4.93). Generell ist die internationale Unterstützung konzeptionell nicht auf die Stärkung der palästinensischen Ökonomie ausgelegt, sondern auf gemeinsame Projekte, die in jeder Beziehung einseitig dominiert sind und im Resultat eine über Palästina vermittelte Wirtschaftshilfe für Israel ausmachen. Während folgenlos oder nur in marginaler Bedeutung von einer ökonomischen Stärkung der Palästinenser die Rede ist, werden synchron die einzigen handfesten Tatsachen bereits auf der anderen Seite geschaffen: 13 500 (1994) neue



Das Haus Ariel Scharons mitten im arabischen Teil Jerusalems

Wohnungen für jüdische Israelis im kaum noch identifizierbaren Ost-Jerusalem. Wodurch die auch hier verwundert gestellte Frage, wieso der moderate ehemalige Jerusalemer Bürgermeister Kollek die rettenden palästinensischen Stimmen nicht erhielt, wohl einigermaßen beantwortet ist. 457 Mio. US$ der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Israel, die gegen den jedenfalls erklärten Willen der US-Administration doch in die Besiedelung der besetzten Gebiete gesteckt wurden, erhielten durch den Vertragsschluß nachträgliche Rechtfertigung.

Im übrigen ist eine palästinensische Ökonomie, die eine Basis für rentable Investitionen sein könnte, nirgends vorhanden. In landwirtschaftliche Produkte zu investieren, die bislang die Europäische Gemeinschaft zu Sonderpräferenzen aus Israel bezog, hätte auf arabischer Seite in Anbetracht übersättigter Märkte wenig Sinn.

Palästinensische Wirtschaft: das sind einige Futtermittelkooperativen, wenige primitive Handwerksbetriebe und Manufakturen für den unmittelbar eigenen Bedarf, ein schmaler Dienstleistungssektor im touristischen Bereich, und vielleicht noch einige Plantagen in Ghaza. Entwicklungshilfe, wenn überhaupt, kann aber nach den Sachkriterien der Geberländer im Grunde nur an jene gehen, die über Wasser, Ressourcen und Know how verfügen, und die allenfalls investitionsgestützt bereit sein werden, einige arabische Arbeiter zu Niedrigstlöhnen in Farmen und Betrieben anzustellen. Schicksal einer Reservearmee, die sich zudem immer chancenloser um Jobs auf unterster Stufe wird schlagen müssen, die zunehmend den jüdischen Einwanderern aus den früheren Ostblockstaaten zugestanden werden. Wenn erst die soziale Deprivation eines Volkes vollendet ist, kann die Freiheit ruhig gewährt werden, sich niemals mehr davon erholen zu können.

Bleiben ein paar touristische Holiday-Resorts im Ghaza-Streifen übrig, wo Küstenlinie und Sand recht einladend sind,

von mittelständisch gehobenem Zuschnitt á la Robinson Club vielleicht, stacheldrahtgeschützt wie neuerdings überall auf der Welt, mit einer schmalen Pforte für die Ghaza-autonomen Dienstboten.

Die große Freihandelszone Ghaza, von der partout die trotzig-optimistische Rede geht, ist die Makulatur eines inzwischen 6 Jahre alten Planes. Niemand will dort eine Freihandelszone, keiner braucht sie, über ihre wirtschaftliche Machbarkeit und ihren Inhalt gibt es keinen einzigen Gedanken. Entspräche die Idee irgendeinem wirtschaftlichem Realismus, wäre sie längst in Tel Aviv, Cypern oder sonstwo angegangen worden. Bill Clinton mit seinen NAFTA-Plänen für Mittelamerika ist Zeuge, wie ungern solche neuen Zonen gesehen werden, die jeder GATT-Vereinbarung schmerzhaft im Wege stehen.

Es wird Hilfsanstrengungen geben

Diese ganze Lösung im Rahmen der Nahostfriedensabkommen bedeutet die endgültige Festschreibung der Palästinenser auf dem Niveau sozialer Unterwerfung ohne jede erkennbare Chance, diese Bedingungen langfristig spürbar verbessern zu können.

Allerdings wird es Hilfstanstrengungen geben. Die deutsche gtz bemüht sich um den Bau einer Abwasserbeseitigung in El Bireh und die Europäische Union hat auf ihrer jüngsten Sitzung 35 Hilfsprojekte beschlossen: ebenfalls mit Schwerpunkt in den Bereichen Abwasserentsorgung und Müllbeseitigung. Abgesehen davon, daß diese Maßnahmen langfristig wenig Einkommen und kaum Arbeitsplätze schaffen und sicher nur öffentliche Kosten verursachen, erkennt man auch bei weiterer Betrachtung solcher Maßnahmen sofort, worum es geht: Im Falle von El Bireh um die Reinigung der Abwässer, die bislang ungeklärt ins Tourismusgebiet Wadi El Kelt gingen, in den profitablen Naturschutzbereich, aus dem beiläufig maßnahmebedingt die Beduinen vertrieben werden. Bei dem hohen Grad der Zentralisierung der israelischen Tourismusindustrie dürfte sich der daraus entspringende Gewinn recht einseitig verteilen. Am Ende bleiben einige Jobs für Palästinenser, die Tee kochen und mit Kamelen zum Fotografieren posieren. Auch die gtz ist bei allem guten Tun auf die handfesten Widerstände längst gestoßen und spricht von einer seit dem Abkommen sogar noch verkomplizierten Situation: ein einziger Brunnenbau für Palästinenser erfordert die Zustimmung von 28 israelischen Stellen, während der jüdische Siedler jederzeit neue Quellen anbohren darf (FR 12.11.93).

Wenn man vom Wasser redet, kommt man auf die Gesundheitsversorgung zu sprechen, weil die miserable Wasserqualität die Hauptursache der meisten Massenerkrankungen der arabischen Bevölkerung ist. Allein im medizinischen Bereich gelang es aus eigener Kraft eine dezentralisierte Versorgung aufzubauen, die gemessen an den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) international bespielhaft war. Diese Basisprojekte von Mohamed Barghouti und anderen, die wirklich einzige soziale Errungenschaft Palästinas, ist nun akut bedroht durch den Zentralismus der PLO, die schon seit einiger Zeit alles in ihren Kräften stehende tut, um die unabhängigen Gesundheitssysteme aufzulösen, um die Medizin in die bewährten Hände des Arafat-Bruders Fathi zurückzudelegieren, der als langjähriger Vorsitzender des palästinensischen Roten Halbmonds schon im Libanon nichts anderes als gigantische Geldverschwendung betrieb und erschreckende Korruptionsverhältnisse förderte.

Das jetzige Vertragsergebnis ist der Ausfluß systematischer unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, die nach jedem noch so geringfügigen Anschlag mit Einsätzen von Kampfflugzeugen und Schnellbooten gegen Flüchtlingslager und Schulen reagierte. Dies Modell der gnadenlosen Vergeltung hat heute Schule gemacht und gilt als Vorbild der türkischen Armee in ihren Einsätzen gegen oppositionelle kurdische Dörfer und Städte. Nicht als wilde Gewalt, sondern als zweckrationales Instrument zur Schaffung von Voraussetzungen für die Durchsetzung von Lösungen gegen Minderheiten, denen in mörderischer Pädagogik eingepaukt werden soll, daß ihnen am vertragsschließenden Ende gar nichts mehr versprochen werden muß.

Ein Vertrag, der jetzt unbedingt und rasch unter Dach und Fach gebracht werden mußte, weil im Rahmen der wirtschaftlich maroden Staatengebilde Syrien, Jordanien, Algerien, Ägypten und auch Irak, und vor dem Hintergrund stagnierender und instabiler Entwicklungsverhältnisse in Kuweit und Saudi Arabien, soziale Explosionen der gesamten Region drohen, die auch dem State Department als bedrohlich ins Gesichtsfeld treten. Er mußte geschlossen werden, um eine Restabilisierung Jordaniens zu erreichen, um vor dem befürchteten Zusammenbruch Syriens nach Assads Tod mit diesem letzten Stabilitätsgaranten noch eine Übereinkunft zu treffen, und um eine in Konkurs befindliche PLO gerade noch eben ins neue Geschehen retten zu können. Und weil es in Anbetracht wachsender sozialer Spannung und evidenter Verelendung auch praktischer war, die Unterdrückung einer palästinensischen Polizei selber zu überlassen, bekommt er, wie Mandela, sein Soweto Ghaza als kostenlose Krönung einer Farce.



Solidarität mit den Palästinensern!

An dieser Stelle der Argumentation ist spätestens die Frage überfällig, ob man denn für Gewalt votiere, als Alternative zum wenn auch fragwürdigen Frieden. Solche Vermutung ist unsinnig. Palästinenser kann man vor Gewalt wohl nur warnen. Sie haben sie schließlich zu spüren bekommen.

Wie wäre es aber stattdessen, würden sich die europäischen Befürworter des als friedensgestützt bezeichneten Abkommens nun endlich einmal entschlossen und mit aller argumentativen Kraft auf die Seite der deutlich Unterlegenen stellen? Nein, nicht durch den Boykott israelischer Waren und Produkte, sondern unter Forderung auf solidarischen Einsatz der anderen erheblichen wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und diplomatischen Mittel, die ihren westlichen Regierungen zur Verfügung stehen.

Es gab und gibt ausreichend Grund für die Zurückhaltung von Deutschen in der Kritik an Israel - aber jetzt, wenn also nun Frieden und Waffenlosigkeit Grundlage und einmal angenommene Tatsache ist, dann wäre nun die Probe auf die eigene Glaubwürdigkeit wohl endlich einmal fällig, mit einem offenen Wort: Solidarität mit den Palästinensern!

Dies bitte fernab vom Allerlei sozialer Unterstützung, von hot lines und ambulanten Hilfsprojekten für die Palästinenser und zu unserer caritativen Unterhaltung, aber: für friedliche, demokratische und deshalb in jeder Beziehung unumschränkt gleichgestellte Koexistenz von allen, die an Ort und Stelle leben: Juden, Arabern, Beduinen, Drusen und Christen.

Geschähe dies jetzt endlich überzeugend und ohne die übliche insgeheime Parteinahme für die Seite der Sieger: das Ende eines der schrecklichsten Kapitel der Nachkriegsgeschichte könnte womöglich tatsächlich eingeleitet werden. Der Vertrag, um den es geht, muß deshalb demokratische Revision erfahren.

Hans Branscheidt

Zwischen den Stühlen

Franc-Zone ringt um Handlungsspielraum

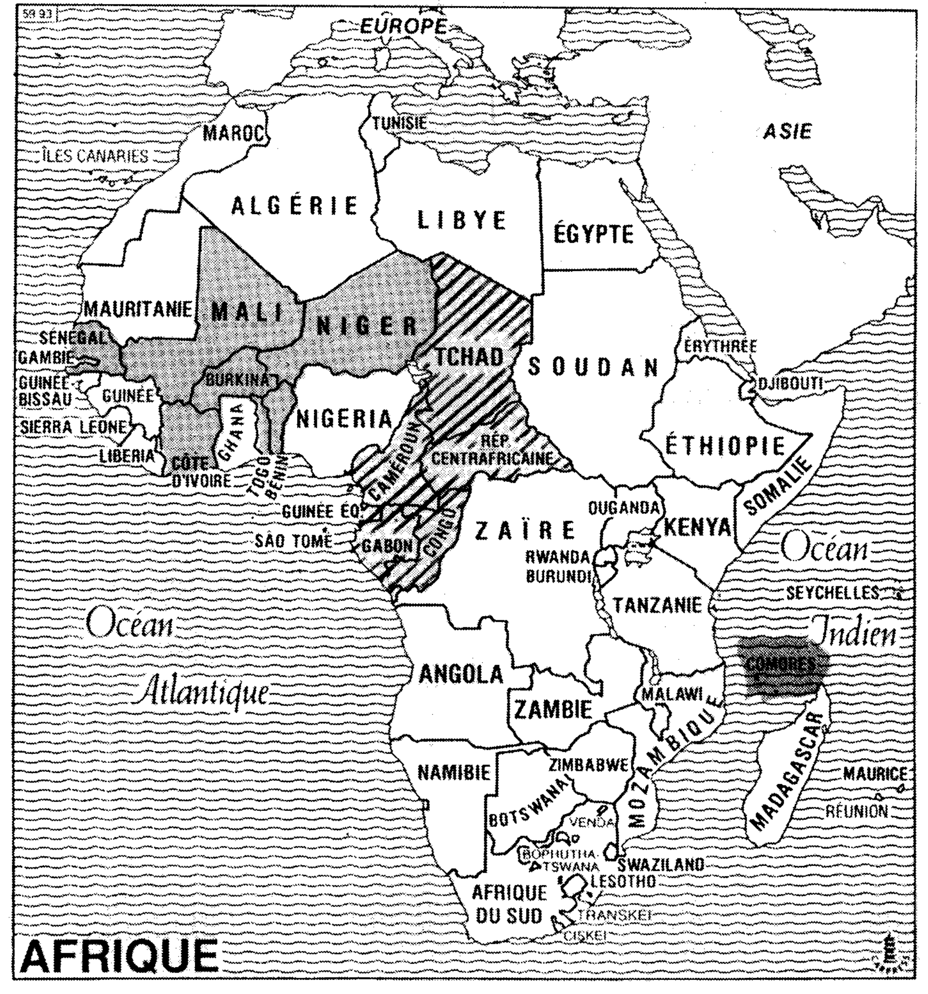
Im Vorfeld der Ministerkonferenz des frankophonen Afrikas am 21./22. September 1993 in Abidjan stellten die Zentralbanken dieser Länder die Rücknahme ihrer Banknoten aus dem Ausland ein. Europäische Banken nehmen daher keine frankophonen Währungen mehr an. Der bisher gängigen Praxis afrikanischer Eliten und dort tätiger Geschäftsleute, ihre Schäfchen in Europa ins Trockene zu bringen, wird somit ein Riegel vorgeschoben. Die Finanz- und Wirtschaftsminister sowie die französische Delegation verordneten den krisengeschüttelten Ländern eine Reihe von Spar- und Anpassungsmaßnahmen, die die öffentlichen Haushalte sanieren und die Privatwirtschaft stützen sollen. Der Ausbau der Währungsunion zur Wirtschaftsunion soll die regionale Integration stärken.

Die seit 1948 bestehende CFA-Zone setzt sich neben Frankreich aus der Union Monétaire Ouest-Afriquaine (UMOA) mit Benin, Mali, Elfenbeinküste, Niger, Burkina Faso, Senegal und Togo sowie der Union Douanière et Economique de l'Afrique Centrale (UDEAC) mit Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, Kongo, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik zusammen. In den Verwaltungsräten der beiden Zentralbanken BCEAO und BEAC[1] sind die französischen Vertreter in der Minderheit, verfügen aber gegenüber den afrikanischen Ländervertretern über ein Vetorecht. Zu den wesentlichen Funktionsprinzipien gehörten ein festes Wechselkursverhältnis (1:50) und uneingeschränkte Umtauschgarantie zwischen französischem Franc (FF) und frankophonem Franc (F-CFA), deren volle internationale Konvertibilität, freier Geld- und Kapitalverkehr sowie eine Abstimmung der Geld-, Fiskal- und Außenwirtschaftspolitik. Die beiden Zentralbanken unterhalten für alle Länder Operationskonten bei der französischen Zentralbank, über die Währungstransaktionen getätigt und auf denen 2/3 der Gold- und Devisenreserven der Länder geführt werden. Gibt ein Land mehr Devisen aus als es einnimmt, dann bürgt Frankreich für dieses Defizit und hält den F-CFA damit stabil. Die Neukreditaufnahme der Regierungen bei den Zentralbanken ist auf 20% der Steuereinnahmen des Vorjahres begrenzt.

Die Communauté Financière Africaine (CFA) sichert Frankreich einen starken politischen Einfluß in dieser Region. Dies führte zum Fortbestehen kolonialer Handelsstrukturen und gewährleistete der Industrie und dem Handel Frankreichs privilegierte Märkte ohne Wechselkursrisiko. Die afrikanischen Mitgliedsländer gaben zwar einen Teil ihrer monetären Autonomie auf, hatten dafür aber einen fast unbeschränkten Zugriff auf stabile Währungen. Der F- CFA gewährleistete stabile Preise und trug so zusammen mit den in der CFA-Zone festgeschriebenen liberalen Rahmenbedingungen zu einem günstigen Investitionsklima bei. Dies führte im Vergleich mit Restafrika zwei Dekaden lang zu überdurchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten.[2] Die Eliten genossen zudem die Vorzüge billiger Konsumgüter aus Frankreich.

Wirtschaftliche Krise

Wie im restlichen Afrika hat sich die wirtschaftliche Situation in der CFA-Zone seit den 80er Jahren drastisch verschlechtert. Sinkende terms of trade und die durch den einfachen Zugang zu Finanzmitteln innerhalb der Währungsunion noch unterstützte Überschuldung führten zu massiven Zahlungsbilanzproblemen und sinkenden realen Einkommen. Der Handel mit und Investitionen aus Frankreich sind rückläufig. Zudem gerieten staatliche und private Geschäftsbanken durch die sich verschlechternde Bonität ihrer Kunden und den Ausfall von Tilgungs- und Zinszahlungen in eine Liquiditätskrise. Letztere wurden zusätzlich durch den staatlichen Zwang zur Kofinanzierung von Weltbank- und Entwicklungshilfeprojekten belastet. Auch der Agrarsektor leidet seit den achtziger Jahren zunehmend unter dieser Krise, da Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaften die Ernten nicht mehr vorfinanzieren können. Umschuldungen und der damit verbundene Zwang zu Strukturanpassungsmaßnahmen waren die Folge. Mehr als die Hälfte der frankophonen Länder stellten ihre Schuldendienstzahlungen zwischenzeitlich ein. Die größten Defizite erwirtschafteten dabei Länder mit mittleren Einkommen (Elfenbeinküste, Kamerun). Frankreich stellte jährlich bis zu 1 Mrd US-$ zur Verfügung, um die Defizite auf den Operationskonten auszugleichen. Eine der wesentlichen Ursachen für die Liquiditätsprobleme der CFA-Zone ist neben den negativen Außenhandelsbilanzen die legale und illegale Kapitalflucht. Die Währungsunion institutionalisiert dabei die legale Kapitalflucht, da der F-CFA ohne Limit auf dem Weg über Geschäfts- und Zentralbanken bargeldlos nach Frankreich transferiert und in FF oder andere Währungen umgetauscht werden kann. Diese Form der Kapitalflucht setzt besonders stark bei Wahlen, Regierungswechseln und politischen Krisen in Frankreich, infolge von Abwertungsspekulationen sowie vor den regelmäßig stattfindenden Ministertreffen der "Frankophonie" ein. Dazu kommt der illegale oft mit Schmuggel verbundene Kapitaltransfer. In die CFA-Zone werden ausgehend von Gambia, Ghana und Nigeria subventionierte cash crops, Industriewaren und vor allem Benzin eingeführt. Der erzielte CFA-Erlös wird "schwarz" außer Landes gebracht und gespart, in andere Geschäfte gesteckt (z.B. Gold- und Diamantenschmuggel aus Sierra Leone und Guinea) oder gleich nach Europa transferiert, wo die freie Konvertibilität von F-CFA zu FF auch außerhalb Frankreichs bisher gewährleistet war. Durch die hohe Inflation und im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen (SAP) durchgeführten Abwertungen der Nachbarwährungen (Ghana, Nigeria) wurde der stabile F-CFA zur regionalen Handelswährung. Allein 1992 wurden 253 Mrd. F-CFA außer-



■ Westafrikanische Währungsunion (UMOA)
▧ Zentralafrikanische Zoll- und Wirtschaftsunion (UDEAC)

halb der Franc-Zone umgetauscht.[3] Aus Gesamtafrika werden nach neuesten Schätzungen ca. 80% des BIP legal und illegal transferiert.[4]

Abwertungsspekulationen

Der F-CFA steht seit 45 Jahren in einer unveränderten Relation zum FF. Dieser verbesserte sich in den letzten Jahren deutlich zum US-Dollar, in dem die meisten Rohstoffe gehandelt werden. Als Folge davon sind die Exporte der CFA-Zone im Vergleich zu Ländern mit schwacher Währung relativ teuer. Angesichts der desolaten ökonomischen und monetären Situation verlangen Weltbank und IWF daher seit Ende der 80er Jahre eine drastische Abwertung des F-CFA um 40 - 50%. Dadurch sollen die Exportchancen international und regional verbessert werden. Eine Abwertung um 50% würde die CFA-Einnahmen aus Exporten verdoppeln. Diese Mehreinnahmen sollen dazu beitragen, die Einkommen der Bauern zu erhöhen sowie die Zahlungsfähigkeit der Regierungen und den Schuldendienst zu sichern. Durch eine Abwertung verteuern sich aber wirtschaftlich prioritäre Einfuhrgüter (Rohöl, Grundnahrungsmittel, industrielle Vorprodukte) und Konsumgüterimporte sowie der Schuldendienst. Exportschwache und besonders importabhängige Länder wie die Sahelstaaten plädieren daher für eine geringe Abwertung von etwa 10%. Die exportstarken und relativ industrialisierten Länder, wie der weltgrößte Kakaoproduzent Elfenbeinküste oder Kamerun, unterstützen eine starke Abwertung um 30 bis 50%. Mit dem Anwachsen innenpolitischer Spannungen nimmt die Einsicht in monetäre Reformen aber wieder ab. Dies wird bei Reformgegnern wie Präsident Biya in Kamerun und dem Reaktionär Eyadema in Togo deutlich. In diesem Sinne argumentierte bislang auch Frankreich, das mit Hinweis auf die in anderen Ländern durch SAP-Maßnahmen ausgelösten "Brotaufstände" die abwertungsbedingten Risiken für die politische Stabilität und den sozialen Frieden betonte.

Krisenmanagement

Die seit 1948 bestehenden wesentlichen Prinzipien der uneingeschränkten Konvertibilität zwischen FF und F-CFA und des freien Geld- und Kapitalverkehrs wurden im September für den Bargeldbereich außer Kraft gesetzt. Der westafrikanische und der zentralafrikanische F-CFA kann nur noch im jeweiligen Geltungsbereich der beiden Zentralbanken in FF umgetauscht werden. Europäische Banken nehmen keine CFA-Noten mehr an, da sie diese nicht mehr bei der Banque de France in FF umtauschen können. Der illegale Kapitaltransfer wird damit erheblich erschwert. Als direkte Folge eröffneten eine Reihe nigerianischer und ghanesischer Geschäftsleute und Staatsangestellte Konten in Jaounde, dem Sitz der BEAC.[5] Diese Maßnahmen sollen die Liquidität der Zentral-, Geschäfts- und Entwicklungsbanken erhöhen, um nicht zuletzt auch den Regierungen neue Kredite und eine kontrollierte Geldpolitik zu ermöglichen. Offiziell stand das Thema Abwertung auf der Ministerkonferenz in Abidjan nicht auf der Tagesordnung. Abwertungsbefürworter wie Alassane Ouattara ließen sich die Zustimmung zum status quo durch die Zusicherung großzügiger Budgethilfen Frankreichs vergüten. Insgesamt stellt Frankreich für die nächsten drei Jahre 3 - 5 Mrd. FF für die Deckung von Budgetdefiziten und Projekte, u.a. für die Sanierung des Bankwesens, zur Verfügung.[6] Damit sollen ausstehende Gehälter von Militärs und öffentlichen Bediensteten (Kongo, ZAR, Niger, Mali) bezahlt, die Staatschefs in Gabun, Kamerun und der ZAR gestützt und eine Deeskalierung in Togo, Kongo und Tschad bewirkt werden. Vorrangiges Ziel ist die kurzfristige politische und soziale Stabilität des frankophonen Afrikas, womit sich Frankreich faktisch von den Lippenbekenntnissen zur Demokratisierung auf dem 16. franko-afrikanischen Gipfel in La Baule 1990 distanziert hat!

Als Gegenleistung dafür verpflichten sich die Regierungen zu einem weiteren Verwaltungsabbau und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, zu Steuererhöhungen und zur Förderung der regionalen Integration und der Privatwirtschaft. Zu diesem Zweck wurde für die westafrikanische Region die Gründung der Union Economique et Monétaire de Ouest Africaine (UEMOA) beschlossen. Sie soll eine überregionale Kontrolle der Fluchtgelder und der nationalen Budgets gewährleisten.

Auswirkungen der Zentralbankbeschlüsse

Zweifellos ist es mit den Zentralbankbeschlüssen vom September gelungen, ein Stück nationaler Souveränität wiederzuerlangen. Die durch die Abwertungsgerüchte noch geförderte Kapitalflucht ist ein Haupthinderniss für wirtschaftliche Entwicklung anzusehen. Eine Folge der Beschlüsse wird die Bildung von Schwarzmärkten sein, die bisher in der CFA-Zone im Gegensatz zu Restafrika kaum vorhanden waren. Dabei offerieren Geldhändler, Geschäftsleute und Firmen F-CFA gegen international frei konvertible Devisen zu einem besseren Kurs als die Banken. Da aber vor allem Touristen und Ausländer, die ihr Gehalt in Devisen beziehen, für solche Geschäfte in Frage

kommen, ist der Umfang des Schwarzmarktes begrenzt und wird die bisherigen illegalen Transfers wohl kaum absorbieren können. Von einer erhöhten Liquidität des monetären Sektors wird aber in erster Linie der Staat profitieren, der seinen Zahlungsverpflichtungen so besser nachkommen kann. Die Frage ist aber, inwieweit im privaten Bereich eine erhöhte Nachfrage nach Krediten besteht. Bis heute wird der moderne Sektor von ausländischen Firmen und deren Tochtergesellschaften dominiert. Diese Tendenz wird durch die Privatisierungen staatlicher Betriebe im Rahmen von Anpassungsprogrammen noch verstärkt. Diese Firmen sind in der Wahl ihrer Finanzierungsquellen sehr flexibel und nicht auf Kredite aus den afrikanischen Ländern angewiesen. Der Aufbau lokaler Betriebe, Industrien und Strukturen wird aber nur zum Teil durch mangelnde Liquidität verhindert, da Geld - und dies gilt auch für den landwirtschaftlichen Bereich - auf dem informellen Markt zur Verfügung steht. Schwerer wiegen strukturelle Hemmnisse wie der legale und illegale Billigimport von Lebensmitteln[7] und industriellen Zwischen- und Fertigprodukten sowie die technologische Abhängigkeit von den Industrienationen. Auf dem Papier bestehen in Afrika schon seit Jahren viele regionale Wirtschaftsgemeinschaften, die jedoch den Rückgang des regionalen Handels nicht verhindern konnten. Auch die Aufkündigung der Konvertibilität zwischen dem west- und zentralafrikanischen F-CFA ist kein ermutigendes Zeichen für die regionale Integration.

Abwertungsdruck und französische Interessen

Mit der abnehmenden wirtschaftlichen Bedeutung des frankophonen Afrikas für Frankreich mehren sich die Zeichen für eine von IWF und Weltbank geforderte Abwertung des F-CFA. In Frankreich geht die Diskussion inzwischen weit über das Pro und Contra einer Abwertung hinaus. Reformpolitiker und Ökonomen forden zunehmend eine "Mondialisierung" der französischen Außenpolitik.

Auch wenn Frankreichs Handel und Investitionen mit Afrika relativ abnehmen, bleibt ein starkes Interesse an einer politischen, ökonomischen und kulturellen Vormachtstellung auf dem Kontinent. Frankreich importierte 1991 für 65,9 Mrd. FF Waren aus Afrika (5,1% seiner Gesamteinfuhren, darunter auch strategisch wichtige Rohstoffe wie Erdöl und Uran) und exportierte Waren im Wert von 84,2 Mrd. FF (7% der Gesamtexporte). Frankreich ist nach wie vor der wichtigste europäische Investor und verfügt über mehrere Militärbasen. Ca. 135 000 Franzosen leben in Afrika.[8] Folge der jahrzehntelangen französisch-afrikanischen Verbindung ist eine enge klientelartige Verflechtung afrikanischer Eliten mit politischen Kreisen in Frankreich, die auf beiden Seiten erheblich zur Verhinderung von Reformen beiträgt.

Wendepunkt war ein Brief des französischen Premierminister E. Balladur vom 16.09.1993 an alle Staatschefs der CFA-Zone, in dem er eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Bretton-Woods- Institutionen ankündigt. Länder außerhalb der internationalen Finanzgemeinschaft könnten daher nicht mehr von Frankreich unterstützt werden.[9] Hinter den Kulissen verhandeln seit den Zentralbankbeschlüssen die afrikanischen Staatschefs sowohl untereinander als auch mit Weltbank und IWF. Einem Kompromiß von Allassane Ouattara, Premierminister der Elfenbeinküste, der eine stufenweise Abwertung des F-CFA um 50% über einen Zeitraum von 12 bis 18 Monaten (ab Jan. 1994) sowie Sonderbudgethilfen für die Sahelländer vorsieht, haben bereits fast alle Länder zugestimmt. Im Gegenzug will die Weltbank ihre Finanzblockade aufgeben, um die abwertungsbedingte Verteuerung von wichtigen Importen auszugleichen. Mehrere Länder haben nach inoffiziellen Informationen bereits Abkommen mit dem IWF unterzeichnet, die eine Schuldenstreichung um 50-80% für die ärmsten Länder vorsehen! Das wäre eine wesentliche Entlastung, obwohl etwa 50% der Schulden durch Umschuldungen zustande kommen. Nicht gezahlte Zinsen werden in neue Kredite umgewandelt, auf die wiederum Zinsen erhoben werden (Zinseszinsen).[10]

Ob eine Abwertung dazu beitragen würde, die ökonomischen Probleme der CFA-Zone zu bewältigen, bleibt fraglich. Solange die multi- und bilateralen Geber nicht ernsthaft ent- statt umschulden, besteht kurzfristig keine Alternative zur Exportorientierung. Gleichzeitig sinken aber durch ein steigendes Angebot und stagnierende Nachfrage auf dem Weltmarkt die Preise der wichtigsten Exportprodukte. Besonders betroffen sind Kaffee und Kakao. Eine Abwertung des F-CFA wird die aus dem Preisverfall resultierenden Verluste wahrscheinlich nur mindern können und dazu beitragen, die bestehende exportorientierte Weltmarktintegration zu verstärken. Gleichzeitig würden sich aber alle Importe verteuern, was besonders die städtische Bevölkerung und lokale Industrie treffen würde. Inwieweit dadurch Substitutionsprozesse, d.h. der Ersatz von Importen durch lokale Produktion angeregt werden könnten, ist heute schwer einzuschätzen. Eine verbesserte regionale Integration ist dabei für die Herausbildung von Märkten und Produktionen von zentraler Bedeutung. Protektionistische Maßnahmen, Abbau der Importbarrieren der Industrienationen und ein stärkerer Einfluß auf die Preisbildung an den Rohstoffbörsen wären notwendig.

Christian Müller

Anmerkungen:

1) Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO) für den Bereich der UMOA mit Sitz in Dakar (Senegal) und Banque des Etats de l'Afrique Centrale (BEAC) für den Bereich der UDEAC mit Sitz in Jaounde (Kamerun).
2) vgl. Christian Uhlig, Monetäre Integration bei wirtschaftlicher Abhängigkeit, München, 1976.
3) Jeune Afrique Nr. 1707, 23.-29.9.93, S. 30.
4) D. Kohnert, in: Rolf Hofmeier, Afrika-Jahrbuch 1992, S. 78
5) Jeune Afrique Nr. 1707, 23.-29.09.93, S. 30.
6) Jeune Afrique Nr. 1701, 12.-25.08.93, S. 49.
7) Ein aktuelles Beispiel ist der Export von subventioniertem EG-Rindfleisch nach Westafrika. Durch die EG-Dumpingpreise wird lokales Fleisch vom Markt verdrängt und eines der ohnehin wenigen Bindeglieder zwischen nomadisierenden und urbanen Lebensformen unterbrochen. S. blätter des iz3w Nr. 191, S.50
8) Zahlen aus Stefan Brüne, Unter Reformdruck: Die französische Afrikapolitik südlich der Sahara, in: R. Hofmeier, Afrika- Jahrbuch 1991, S. 37-47.
9) Jeune Afrique Economique Nr. 173, Nov. 1993, S. 113.
10) vgl. Jochen Böhmer, Die Auslandsverschuldung Subsahara- Afrikas, in: afrika spektrum Nr. 1/93, S. 17ff.



Vorwort

Solidaritätsarbeit zu Südafrika zählte jahrelang zum Kernbestand bundesdeutschen Internationalismus. Von Slogans auf Jutetaschen über den Früchteboykott bis zur Kampagne zur Freilassung Nelson Mandelas reichte das Spektrum an Aktivitäten. Primär war die Südafrikasolidarität auf den internationalen Boykott des weißen Regimes und auf dessen Sturz ausgerichtet. Auf die Zeit 'danach' ver(sch)wendete man kaum Zeit und Energie. In eine ähnliche Richtung zielte übrigens auch die Südafrika-Berichterstattung in den 'blätter des iz3w'.

Doch mit der 1989 eingeleiteten 'Reform' des Apartheidregimes und besonders nach der Freilassung Nelson Mandelas im Februar 1990 und mit der Legalisierung der Arbeit der Anti-Apartheid- Bewegung in Südafrika veränderten sich die Aufgaben der Solidaritätsbewegung radikal. Auch wenn zu Beginn der 'Reformen' verstärkter internationaler Druck die Position der südafrikanischen Opposition unterstützte, so verloren die Boykott-Aktionen mit der schrittweisen Eliminierung der Apartheid-Gesetze zunehmend ihren Sinn. Die Solidaritätsbewegung hatte eigentlich ihre Ziele erreicht. Auch bei uns in der Redaktion fand ein Sinneswandel statt. Jetzt galt es, sich nicht nur gegen das weiße Regime abzugrenzen, jetzt waren Konzepte, Strategien für den (Wieder-)Aufbau des Landes gefragt. Und der Übergangsprozeß in Südafrika hat sich weiterentwickelt. Als 'stille Revolution' wird die Unterzeichnung der Verfassung am 17.11.1993 in Kempton Park (Johannesburg) in die Geschichte des Landes eingehen. Die Verfassung wird fünf Jahre gültig sein und gibt erstmals in der Geschichte Südafrikas allen Bewohnern, unabhängig von ihrer Hautfarbe, das Wahlrecht (die ersten demokratischen Wahlen werden am 27.April 1994 abgehalten). Die (Übergangs-)Verfassung schreibt eine Machtteilung (zwischen schwarzer Mehrheit und weißer Minderheit) und eine Übergangsregierung der nationalen Einheit bis 1999 fest.

Der Weg bis dahin kann steinig werden, er kann auch scheitern. Bereits im Vorfeld der Verfassungsdiskussion war klar, daß der Verfassungsentwurf von den Gruppen der konservativen 'Freiheitsallianz' (Inkatha Freiheitspartei (IFP), Gruppierungen der burischen Rechten und den 'Regierungen' der Homelands Bophuthaswana und Ciskei) boykottiert wird. So mischt sich in die Freude über die Unterzeichnung des Entwurfs, die Angst vor neuen Gewalttaten. Die Fortsetzung des Dauerkonflikts ist eigentlich vorprogrammiert.

Nicht nur die konservative Opposition stellt eine ernstzunehmende Herausforderung für die Zukunft des Landes dar. Für viele Anhänger des African National Congress (ANC), der laut Meinungsumfragen bei den Wahlen mit etwa 60 Prozent der Stimmen rechnen kann, ist die ehemalige Befreiungsbewegung zu viele Kompromisse eingegangen. Vor allem Jugendliche erwarten eine schnelle Verbesserung ihrer Situation und sind von der 'Realpolitik' des ANC enttäuscht.

Dennoch bedeutet die Einigung auf einen gemeinsamen Verfassungsentwurf einen Erfolg, mit dem vor zwei Jahren kaum jemand gerechnet hatte. Dieser Themenschwerpunkt zu Südafrika orientiert sich an den Zukunftsaussichten des Landes. Im Zentrum unseres Interesses stand dabei weniger ein bloßer Rückblick auf die Verbrechen des weißen Regimes, dessen Politik als Erblast für ein demokratisches Südafrika stets analysiert und kritisiert wird, als vielmehr ein Ausblick auf die Entwicklungschancen für Südafrikas demokratische Zukunft.

Wie fragil sich der gesamte Übergangsprozeß seit 1990 darstellt, zeigt Ulf Engel im einleitenden Beitrag zu diesem Schwerpunkt. Daß mit der Unterzeichnung der Verfassung die gewalttätigen Auseinandersetzungen versiegen werden, mag eine vage Hoffnung sein, die sich schon zu Beginn des Reformprozesses als Trugschluß herausstellte. Politisches Kalkül und der Kampf um die Machtbeteiligung haben eher zum Gegenteil geführt. Wer von diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen profitiert und wem damit Schaden zugefügt wird, zeigt der Artikel von Daniela Volk, ohne dabei geschichtliche Hintergründe außer Acht zu lassen.

Ergänzt wird dieser Beitrag durch ein Interview mit Graeme Simpson, Vizedirektor des Instituts zur Erforschung von Gewalt und Versöhnung in Johannesburg. Ihn befragten wir zu den Chancen für eine Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Das Entwicklungsmodell, das die weiße Minderheit Südafrikas vorantrieb, unterscheidet sich grundlegend von den Entwicklungsvorstellungen der schwarzen Mehrheit des Landes und ihren politischen Repräsentanten. Samir Amin analysiert die Gründe für das Scheitern des 'Projekts Südafrika' wie es die Weißen betrieben und zeigt im Anschluß daran, daß eine wirkliche Demokratisierung des Landes notwendig sein wird, um für die Mehrheit Südafrikas überhaupt eine Perspektive entwickeln zu können. In einem zweiten Beitrag nimmt Samir Amin eine Einordnung Südafrikas in das Weltsystem vor. Hier unternimmt der Autor den Versuch, die Neugruppierung der sogenannten Dritten Welt zu analysieren und gelangt für Südafrika zu dem Schluß, daß eine realistische Betrachtung des Entwicklungsstandes der südafrikanischen Ökonomie dazu führt, daß das Land zur 'Vierten Welt' gezählt werden muß.

Abschließend analysiert Robert Davies die Spielräume für eine gegenseitig vorteilhafte regionale Entwicklungsstrategie für Südafrika und seine Nachbarstaaten. Er widerlegt den Mythos des 'Wachstumsmotors' Südafrika, der nur aufgrund politischer Beschränkungen seine Kraft nicht entwickeln könne und zeigt, wie tief Südafrikas weiße Elite das Land in eine strukturelle Krise manövrierte. Sein Konzept einer regionalen Entwicklungsstrategie verspricht eine für alle Beteiligten vorteilhafte Verknüpfung von Innen- und Außenorientierung.

So hoffen wir mit diesem Schwerpunkt die Aufmerksamkeit erneut auf die Belange Südafrikas lenken zu können. Solidaritätsarbeit ist weiterhin wichtig, auch wenn einfache (Boykott-)Wahrheiten nicht mehr weiterhelfen.

Redaktion

Von der Rassentrennung zur Demokratie

Im April nächsten Jahres wird in Südafrika erstmals eine Regierung frei, d.h. unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen, gewählt. Der Weg vom Ende der Apartheid zu den Wahlen und einer neuen Verfassung war alles andere als geradlinig und birgt auch für die Zukunft weitere Konflikte.

Unter wachsendem internen und externen Druck war das Apartheid-Regime 1989 im 41. Jahr der exklusiven Machtausübung durch die National Party (NP) gezwungen worden, die unter Präsident P.W. Botha nur zögerlich umgesetzte Strategie der Modernisierung der Apartheid (Neo-Apartheid) aufzugeben. Die Verschärfung einer Kampagne zivilen Ungehorsams seitens der United Democratic Front (UDF) und des Gewerkschaftsdachverbands Congress of South African Trade Unions (COSATU) sowie die von Teilen der internationalen Gemeinschaft getragenen Sanktionen - v.a. in den Bereichen Finanzen und Investitionen - hatten zuvor zu erheblichen Einbußen des Manövrierraums der Regierung geführt und den Abschied von der seit 1978 praktizierten Totalen Nationalen Strategie unausweichlich gemacht. Statt weiterhin auf Scheinreformen, die Kooptation der nichtafrikanischen Bevölkerung und verschärfte Repression zu setzen sowie den Hegemonialanspruch Südafrikas in der Region mit einer Politik der Destabilisierung nachdrücklich zu unterstreichen, leitete Bothas Nachfolger F.W. de Klerk ab 14.8.89 eine Politik substantieller Reformen ein, die dann im Frühjahr 1990 erstmals die begründete Perspektive auf einen friedlichen Wandel des Apartheidsystems eröffnete.



Erstes Treffen zwischen Buthelezi und Mandela nach dessen Freilassung, aus: Überblick 4/91

Mit der Legalisierung des African National Congress (ANC), der South African Communist Party (SACP), des Pan-Africanist Congress of Azania (PAC) und anderer Organisationen der Anti-Apartheid-Opposition sowie der Freilassung von ANC-Führer N. Mandela (3./11.2.90) wurde der Weg frei für Gespräche über die Beteiligung der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit an der politischen Macht, wobei der Gesprächsprozeß zunächst von Regierung und ANC monopolisiert wurde. Während die sich auf einen ausdifferenzierten Repressionsapparat stützende Regierung immer noch aus einer Position der relativen Stärke verhandeln konnte, stellte der ANC über weite Strecken einen nicht immer ebenbürtigen Gesprächspartner dar. Seine Macht stützte sich weniger auf den bewaffneten Kampf von Umkhonto we Sizwe (den bewaffneten Arm des ANC) - der im übrigen nach der zweiten Gesprächsrunde mit der Regierung suspendiert wurde -, als vielmehr auf die Androhung weiterer Kampagnen zivilen Ungehorsams, Massenaktionen oder Streiks sowie die zumindest angestrebte Kontrolle über die Handhabung des Sanktionsinstrumentariums.

Insbesondere letztgenannte Option verlor jedoch mit dem Fortgang des Gesprächsprozesses und der Abschaffung der gesetzlichen Grundlagen der Apartheid im ersten Halbjahr 1991 weitgehend an Bedeutung.[1] Die Front der Sanktionsbefürworter brach auf breiter Linie ein und zwang ANC/PAC sowie die Frontlinienstaaten des südlichen Afrika dazu, auf einen Kurs der graduellen Rücknahme bestehender Sanktionen umzuschwenken, dem jedoch weitgehend das frühere Drohpotential fehlte. In den bilateralen Gesprächen mit der Regierung war der ANC deshalb immer wieder gezwungen, Verzögerungen und Rückschritte hinzunehmen - so etwa in der Frage der Freilassung der politischen Gefangenen, die ursprünglich bis Ende April 1991 abgeschlossen sein sollte. Im Oktober 1990 hatte die Regierung ein Junktim formuliert, wonach die Geschwindigkeit, mit der Gefangene freigelassen würden, in direktem Verhältnis zum Ausmaß stünde, in dem der ANC seine Unterstützung für Massenaktionen einstellen würde - die Regierung zielte mithin auf eines der wenigen legalen Mittel des ANC, den Gesprächsprozeß in seinem Sinne zu beeinflussen. Erst im D.F. Malan-Abkommen (12.2.91) gelang es dem ANC, der Regierung die Anerkennung des Rechts auf Demonstrationen und eine Bestätigung der Legalität von Umkhonto we Sizwe abzuringen, also das Junktim auszuhebeln.

Die Frage der Freilassung der politischen Gefangenen und einer damit zusammenhängenden Generalamnestie zeigte, daß die Regierung ihrerseits nicht frei von Druck

entscheiden konnte. Die Verzögerung der Freilassung der politischen Gefangenen wies deutlich darauf hin, daß die Regierung in einigen Fragen zur Geisel des Sicherheitsapparats geworden war, den sie mit der Auflösung der Struktur des National Security Management System (28.11.89) eigentlich hatte in den Griff kriegen wollen. Zwar ist die Regierung der Verwicklung von Teilen der Sicherheitskräfte in politisch motivierte Gewaltverbrechen nach langem Zögern mittlerweile mit einer Reihe organisatorischer Veränderungen, Personalentscheidungen und gesetzlicher Maßnahmen entgegengetreten,[2] doch scheint der dialoghemmende Einfluß des Sicherheitsapparats zuweilen ungebrochen.

Konvent für ein demokratisches Südafrika (CODESA)

Der von seiten des ANC vor allem wegen der Gefährdung des Gesprächsprozesses durch die Eskalation der politischen Gewalt zeitweilig abgebrochene Dialog mit der Regierung (17.5.91) konnte erst nach der Demission der Sicherheitsminister und dem Abschluß des Nationalen Friedensabkommens wieder aufgenommen werden (29.7./14.9.91). Gespräche zwischen Regierung und ANC einerseits und Regierung und Inkatha Freedom Party (IFP) andererseits führten zur Verständigung über die Abhaltung einer Allparteienkonferenz. 19 Delegationen nahmen am Konvent für ein demokratisches Südafrika (Convention for a Democratic South Africa - CODESA) teil, darunter neben der Regierung und den Parteien der drei Parlamentskammern der ANC sowie Vertreter der Homelandregierungen (20.-21.12.91). PAC und die Azanian People's Organisation (AZAPO) boykottierten die Verhandlungen, nachdem die Bildung einer Einheitsfront (Patriotic Front) der Anti-Apartheid-Opposition gescheitert war. Aus dem weißen Parteienspektrum blieben u.a. die Conservative Party (CP) und die Afrikaner Weerstandsbeweging (AWB) der Konferenz fern.

Nachdem 17 Delegationen am 20.12.91 - lediglich die IFP des KwaZulu Chefministers M. Buthelezi und die Regierung des Homelands Ciskei hatten die Unterschrift verweigert - die Declaration of Intent über die künftige Gestaltung Südafrikas als demokratischer, nicht-rassistischer Einheitsstaat und die Schaffung eines friedfertigen politischen Klimas unterzeichnet hatten, begannen auf deren Grundlage die ersten Mehrparteienverhandlungen über die Neugestaltung der staatlichen Ordnung nach Abschaffung der Apartheid (20.1.92). Fünf Arbeitsgruppen sollten zu folgenden Themenbereichen eine Einigung erzielen: (1) Schaffung eines Klimas freier politischer Betätigung/Rolle der internationalen Gemeinschaft, (2) Verfassungsprinzipien/ Konstituierung einer verfassunggebenden Körperschaft, (3) Übergangsregelungen, (4) Zukunft der TBVC-Staaten (Transkei, Bophuthatswana, Venda, Ciskei), und (5) Zeitrahmen/Implementierung von Entscheidungen.

Die Arbeitsgruppen erzielten erstaunlich rasch weitreichende Kompromisse, insbesondere konnte ein wesentlicher Dissens zwischen Regierung und Anti-Apartheid-Opposition ausgeräumt werden. Hatte man sich in den Monaten vor CODESA darüber gestritten, ob eine künftige Verfassungsgebende Versammlung eingesetzt oder vom Volk gewählt und ob bis zu den anvisierten Wahlen eine Interimsregierung unter Einbeziehung aller relevanten politischen Kräfte gebildet werden sollte, so einigten sich die Verhandlungsführer nunmehr darauf, daß eine Verfassungsgebende Versammlung vom Volk gewählt werden müßte. Jenseits dieses Einverständnisses prallten jedoch die Verfassungsprinzipien von Regierung und ANC unvermittelt aufeinander: die Regierung stritt für erhebliche Beschränkungen der staatlichen Macht zugunsten der Regionen und konsensuale Entscheidungsprozesse, der ANC für einen starken Zentralstaat und Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

Die Verhandlungspositionen ließen denn auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Wahlverfahrens zu einer Verfassungsgebenden Versammlung und des Mandats eines exekutiven Interimsrats erkennen. Dieser sollte bis zur Einsetzung der Verfassungsgebenden Versammlung die Amtsgeschäfte des Drei-Kammern-Parlaments, der Zentralregierung sowie der TBVC-Staaten und der sechs "nicht unabhängigen" Homelands überwachen. Zwar war es noch vor der zweiten CODESA- Plenarsitzung gelungen, in den Arbeitsgruppen Einigung über das Prinzip eines exekutiven Interimsrats und die Bildung einer unabhängigen Medienkommission zu erzielen und nunmehr auch die IFP zur Unterzeichnung der Declaration of Intent zu bewegen, aber die Konfliktlinien verschoben sich nur geringfügig. Trotz einvernehmlicher Regelung wesentlicher Aspekte zeigten sich Regierung und ANC unfähig, die Frage zu entscheiden, welches Quorum einer gewählten Verfassungsgebenden Versammlung zur Annahme der neuen Verfassung zugrunde gelegt werden sollte.

Während die durch den positiven Ausgang eines Referendums unter der weißen Bevölkerung über die Fortführung des Reformprozesses (17.3.92) gestärkte Regierung 75% vorsah, ging der ANC zunächst von 66,6% aus (mit Ausnahme des Grundrechtekatalogs). Zwar stellten beide Seiten eine gewisse Kompromißwilligkeit unter Beweis und einigten sich auf 70% für alle Verfassungsbestimmungen mit Ausnahme des Grundrechtekatalogs, für den 75% vereinbart wurden. Offen blieb indes das Quorum für Bestimmungen hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den noch nicht definierten Regionen: während der ANC bereit war, sein Ausgangsangebot auch in diesem Fall auf 70% zu erhöhen, beharrte die Regierung - unterstützt von den Regierungen der Ciskei und



Demonstranten fordern anläßlich der Parlamentseröffnung am 6.Februar 1991 die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, aus: Überblick 4/91

Bophuthatswana sowie der IFP und fünf anderen Delegationen - auf ihrer Forderung von 75%. CODESA II (15.-16.5.92) vertagte sich, ohne die Berichte der Arbeitsgruppen anzunehmen; der ANC zog daraufhin seine Kompromißvorschläge zurück.

Nach dem Scheitern von CODESA

Die Verhandlungskrise verschärfte sich zunächst, nachdem der ANC in Reaktion auf ein Massaker unter Bewohnern des Vaal-Townships Boipatong (17.6.92) seine Teilnahme an weiteren Verhandlungen aussetzte. Die nachfolgende Zunahme gewaltsamer Auseinandersetzungen und v.a. das Ende eines vom ANC geplanten Protestmarsches auf Bisho (Ciskei) im Kugelhagel der Homelandarmee (7.9.92) führten jedoch angesichts einer sich gleichzeitig verschärfenden Rezession Regierung und ANC deutlich vor Augen, daß nur ihr gemeinsames Hinwirken auf eine baldige Verhandlungslösung die Voraussetzungen für eine Deeskalation der Gewalt und den dringend nötigen Wirtschaftsaufschwung schaffen könnte. In zahlreichen bilateralen Treffen legten die Chefunterhändler, Verfassungsminister R.P. Meyer und ANC- Generalsekretär C. Ramaphosa die Grundlagen für ein Übereinkommen (Record of Understanding, 26.9.92), in dem sich beide Seiten auf die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung und dessen Rolle als Interimsparlament und Instanz für die Verabschiedung einer neuen Verfassung verständigten. Weiterhin sollte unter einer Übergangsverfassung eine Interimsregierung der nationalen Einheit gebildet werden und die künftige Verfassung Bestimmungen sowohl für nationale wie auch für regionale Regierungen enthalten. Vor dem Hintergrund des Übereinkommens, das als weitreichendes Entgegenkommen der Regierung interpretiert wurde, und des in der Amnestiedebatte offenkundig gewordenen Drucks der Sicherheitskräfte auf die Regierung sowie deren Einforderung von ANC-Vorleistungen unter Androhung ernsthafter Rückschläge für den Verhandlungsprozeß entschied sich der ANC, weitreichende Abstriche von der eigenen Verhandlungsposition anzubieten, um so die Gesprächshindernisse zu beseitigen, die es der Regierung erlauben könnten, den Übergangsprozeß zu blockieren. Mit den sog. sunset clauses akzeptierte der ANC, daß der NP in einer mehrjährigen Übergangszeit nach den Wahlen ein Platz in der Regierung garantiert, eventuell sogar eine zum tatsächlichen Stimmenanteil disproportionale Repräsentation zugebilligt werden müßte.

Die Wiederannäherung von Regierung und ANC sowie deren weitgehend der Öffentlichkeit entzogenen Gespräche wurden indes von anderen Parteien als Verhandlungen wahrgenommen, die CODESA ersetzen, wenn nicht überflüssig machen sollten. Widerstand gegen eine sich abzeichnende NP/ANC-Allianz formierte sich v.a. in Folge des Übereinkommens, wenngleich sich die Exponenten einer Allianz von Homeland-Führern und burischen Rechtsparteien bereits zu Jahresbeginn zusammengefunden hatten. Den Kern der gegen den ANC gerichteten Allianz stellten die Chefminister der Homelands KwaZulu, Bophuthatswana und Ciskei (Buthelezi, L. Mangope, O. Gqozo) dar. Um für die Abschaffung von CODESA und die Rücknahme des Regierungs/ANC-Übereinkommens zu streiten, schlossen sie sich am 6.10.92 u.a. mit der CP, der Stigting Afrikaner Vryheid und der Afrikaner Volksunie (AVU) zur Concerned South Africans Group (COSAG) zusammen. Buthelezi spielte schließlich seine stärkste Karte aus - die Drohung mit Sezession (1.12.92).

Mehrparteienverhandlungen

Regierung wie ANC reagierten auf diese neuerliche Gefährdung ihrer Verhandlungsergebnisse, indem sie die Gespräche mit allen Parteien intensivierten. Bis zum Frühjahr 1993 konnte so, trotz fortbestehender erheblicher Differenzen in Sachfragen, Einverständnis über die Wiederbelebung von Mehrparteienverhandlungen in geänderter Form und unter Hinzuziehung weiterer Akteure erzielt werden. Ab 5.3.93 traten nunmehr 26 Parteien, unter ihnen auch CP, AVU und PAC, regelmäßig zu Verhandlungen im World Trade Centre im Kempton Park von Johannesburg zusammen. Trotz weiterer Querschläger - der Minister für Recht und Ordnung versuchte die Verhandlungen durch die Verhaftung von PAC-Funktionären zu hintertreiben (25.5.93) - konnten in der Folgezeit weitreichende Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden. Der Verhandlungsrat legte gegen die Stimmen von CP, AVU, IFP und der Regierung der Ciskei den vorläufigen Wahltermin auf den 27.4.94 fest, was den vorübergehenden Auszug dieser Parteien sowie der Regierungen von Bophuthatswana und KwaZulu zur Folge hatte (3./15.6.93).[1] Regierung und ANC kamen daraufhin der Position dieser Delegationen weitestgehend entgegen, indem sie einen Beschluß über die Vorabfestlegung bindender Verfassungsprinzipien und regionaler Verwaltungsstrukturen sowie die Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung durch eine demokratisch gewählte Verfassungsgebende Versammlung auf den Weg brachten. Der endgültigen Festlegung des Wahltermins auf den 27.4.94 stimmten dann 19 von 26 Delegationen zu (2.7.93). CP und IFP verließen daraufhin unter Protest die Mehrparteienverhandlungen.

Während der Boykott der Verhandlungen durch diese Parteien anhält und sich die radikale burische Opposition unter dem Banner der am 19.5.93 unter Mitwirkung des Committee of Generals gegründeten Afrikaner Voksfront (AVF) formierte[4], erarbeitete der Verhandlungsrat mehrheitlich einen Gesetzentwurf über die Einrichtung eines exekutiven Interimsrats, dem das Parlament anschließend mit der Mehrheit von NP und Democratic Party (DP) Gesetzeskraft verliehen hat (7./23.9.93). Danach sollen bis zu den Wahlen am 27.4.94 je ein Delegierter der Verhandlungsparteien im Transitional Executic Council (TEC) die Geschäfte der noch amtierenden NP-Regierung überwachen. Sieben Ausschüsse werden sich speziell den Bereichen "Recht und Ordnung, Stabilität und Sicherheit", "Verteidigung, Geheimdienste", "Regionalverwaltungen und traditionelle Autoritäten", "Finanzen", "Außenpolitik" und "Frauenfragen" widmen. Zudem sieht das Gesetz über den TEC die Bildung eines unabhängigen Rundfunkgremiums und unabhängiger Medien- bzw. Wahlkommissionen vor. Beschlüsse im TEC und den drei Ausschüssen zu Fragen der inneren und äußeren Sicherheit (jeweils acht Mitglieder) unterliegen einem Quorum von 75%; in den anderen Ausschüssen (jeweils sechs Mitglieder) gilt ein Quorum von 66,6%. Die Parteien sollen sich schriftlich verpflichten, die Beschlüsse dieser Gremien als bindend anzuerkennen und auf den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele verzichten. Homelandregierungen sind von der Teilnahme am TEC ausgeschlossen, solange sie das Gesetz über den TEC nicht in ihre Gesetzgebung einbauen. Eine Fortsetzung des Dauerkonflikts ist daher vorprogrammiert. Ebenso wie PAC, CP und IFP erklärten die Regierungen von Bophuthatswana, Ciskei und KwaZulu, daß sie nicht am TEC teilnehmen werden. Die Durchsetzbarkeit von TEC- Beschlüssen im gesamten Staatsgebiet ist demnach nicht gewährleistet; der Demokratisierungsprozeß bleibt damit überaus fragil und gefährdet.

Ulf Engel
Institut für Afrika-Kunde (Hamburg)

Anmerkungen:

1) Der Abbau der formalen Apartheid ist zügig vorangetrieben worden und kann als abgeschlossen gelten. War das Gesetz über nach Rassen getrennte Entwicklung (Separate Amenities Act) bereits am 14.10.90 ausgelaufen, so wurden 1991 folgende Grundpfeiler der Apartheid abgeschafft: das Gesetz über die Registrierung der Bevölkerung nach rassischen Kriterien (Population Registration Act), das Gesetz über Rassentrennung in Wohngebieten (Group Areas Act) und die für den Ausschluß der Bevölkerungsmehrheit von 87% des Bodens verantwortliche Landgesetzgebung.

2) Auflösung des Civil Co-operation Bureau (30.7.90), Entlassung der Minister für Verteidigung bzw. Sicherheit und Ordnung (Gen. M.A. de Malan bzw. A.J. Vlok, 29.7.91) sowie Berufung von Vizearmeechef Gen. P.D. Steyn zur Ausarbeitung von Reorganisationsvorschlägen und Untersuchung von Vorwürfen über Militärverwicklungen in Verbrechen (18.11.92) und Zwangspensionierung hoher Offiziere (19.12.92), ferner Zusammenführung aller Geheimdienstbudgets unter der Regie des Ministeriums für Staatsausgaben (15.7.92).

3) Eine IFP-Klage gegen das Prinzip des "ausreichenden Konsenses" als Basis für die Annahme von Beschlüssen des Verhandlungsforums wurde vom Obersten Gericht in Pretoria zurückgewiesen (9.9.93).

4) Ehemalige hochrangige Generäle der Sicherheitskräfte und u.a. CP, AWB und Herstigte Nationale Party (HNP) streiten für das Recht auf ein weißes Homeland.

Das Erbe der Apartheid
Politische Gewalt seit der Wende

Die am weitesten gefaßte Erklärung für die Gewalt in Südafrika zielt auf das Apartheidsystem selbst. Diese umfassende Erklärung ist sicher richtig, kann aber allein nicht die beiden zentralen Fragen beantworten, die das Besondere an der aktuellen Situation ausmachen. Warum richtet sich die Gewalt nicht gegen den Staat bzw. die Weißen? Und warum eskalierte sie gerade zu dem Zeitpunkt, wo mit dem Abbau der Apartheid begonnen wurde?

Die Hoffnung auf einen schnellen Reformprozeß in Südafrika wurde bald durch die extreme Verschärfung der Gewalt zunichte gemacht. Mit dem Aufbrechen der Apartheid entstand für alle Parteien eine neue Situation. Jetzt ging es darum, die Machtverhältnisse neu zu ordnen und bis zu den Wahlen die Mehrheit hinter sich zu vereinen. Die in dieser Umbruchsituation eskalierende Gewalt wird, ganz im Sinne einer langen Traditon, benutzt und geschürt, um die jeweiligen Machtinteressen durchzusetzen und der Opposition zu schaden.

Der African National Congress

Seit der Legalisierung besteht die Aufgabe des ANC darin, sich von einer kriminalisierten Befreiungsbewegung zu einer legalen demokratischen Partei zu wandeln. Der ANC spielte immer eine führende Rolle im Kampf gegen das Apartheidsystem und besaß - auch aufgrund von Persönlichkeiten wie Nelson Mandela - große Symbolkraft. Nach der Legalisierung erhielt er zwar die Möglichkeit, politisch zu handeln, büßte aber auch einiges an Symbolkraft ein. Das ist wichtig, um das Verhältnis zur Basis, vor allem zu den Jugendlichen, zu verstehen. Die Erwartungen, die von Beginn an an den



Kagiso Township außerhalb von Johannesburg, Sommer 1990. Die gewalttätigen Ausschreitungen halten auch nach Aufbrechen der Apartheid an. Foto: EMW-Archiv

ANC gestellt wurden, kann dieser nicht schnell genug erfüllen - einiges davon will er sicher auch nicht erfüllen. Die Enttäuschung darüber, daß der ANC mit einer Regierung verhandelt, der vorgeworfen wird, die Gewalt zwischen Schwarzen und Weißen zu schüren, wurde immer größer. Gerade Jugendliche, aber auch andere, die während der achtziger Jahre politischen Widerstand geleistet haben, oft unter Einsatz ihres Lebens und trotz Folter, werfen der ANC-Führung einen Ausverkauf an die Regierung vor. Die Kluft, die dabei zum Vorschein kommt, bringt ein Witz auf den Punkt, der in den Townships kursierte: "When Mr. Mandela told the students: 'Normalise the situation and go back to school', they shouted back: `Go back to jail!'."[1]

Darüberhinaus lehnten militantere Teile der Basis die Aufgabe des bewaffneten Kampfes prinzipiell ab, obwohl dieser nie wirklich effektiv war. Zudem stehen viele noch in der Tradition der ANC-Strategie der achtziger Jahre, die Townships unregierbar zu machen, um den Wandel zu erzwingen.

Die Entfernung des ANC von Teilen seiner Basis bedeutet auch, daß er kaum Kontrolle über das Handeln vieler hat, die die Medien noch als seine Anhänger präsentieren. Das macht einen Teil der Eigendynamik des Konfliktes aus: Der ANC war nicht mehr in der Lage, die Wut vieler Schwarzer, vor allem vieler Jugendlicher, in wirksamen Druck auf die Regierung umzusetzen.

Nach dem Massaker von Boipatong im Juni 1992 versuchte der ANC mit Hilfe einer neuen Strategie der Massenaktionen[2] die Basis wieder einzubinden und somit der fortschreitenden Zersplitterung der Schwarzen entgegenzuwirken. Auch sein (durch Buthelezi angekratzter) Alleinvertretungsanspruch sollte durch diese Aktionen wieder gestärkt werden. Als die Massenaktionen Erfolge zeigten, wurde im September 1992 eine Ausweitung auf die Homelands Ciskei, Bophutatswana und KwaZulu (alle mit ANC- feindlicher Führung) beschlossen. Bei einer solchen Aktion kam es im gleichen Monat zum Massaker von Bisho in der Ciskei. Der Marsch auf Bisho war von radikaleren Teilen der Führung organisiert; einer davon, Ronny Kasrils, führte dabei eine Gruppe Jugendlicher an, welche die vorgesehene Route durchbrach. Die Homeland-Polizei erschoß daraufhin wahllos 28 Menschen. Regierung und Inkatha machten die ANC-Strategie verantwortlich, der ANC beschuldigte Polizei und Regierung.

Die Massenaktionen zeigten deutlich die Uneinigkeit innerhalb des ANC über die Gewaltfrage. Ein Teil der Führung sah in ihnen ein Mittel, um mehr Unterstützung von der Basis zu erhalten. Ein radikalerer Teil, der einer reinen Verhandlungslösung mißtraut, erhoffte sich, durch den Druck von der Straße die Regierung zu schnellerem Wandel zu zwingen (die sogenannte "Leipzig-Option"). Aber: Auch wenn die Verhandlungen vielen aussichtslos erscheinen, so gibt es wohl kaum eine Alternative. Die "Leipzig-Option", deren Opfer ja fast durchweg schwarz sind, erscheint in einer so aufgeheizten Situation mit unklaren Fronten und einer nach innen mächtigen Polizei sehr gefährlich.

Die Regierung De Klerk

Nutznießerin der Gewalt und damit der zunehmenden Zersplitterung der schwarzen Opposition ist die Regierung. Diese versucht mit allen Mitteln, eine Mehrheitregierung des ANC zu verhindern. In diesem Sinne taucht erneut unter dem neuen Slogan der "ethnischen Gewalt" eine alte Argumentationslinie der Apartheid auf: In der offiziellen Version der Regierung ist Südafrika nicht durch den Gegensatz zwischen Schwarzen und Weißen bestimmt, sondern durch ethnische Zersplitterung. "Ethnie" wird nicht als primär ideologisches Konstrukt, sondern als organische Gewachsenheit verstanden. Ethnien wurden aber in vielen Fällen erst im Rahmen des "divide and rule" durch Kolonialverwaltung, Anthropologen und Missionare geschaffen, bzw. es wurden bestimmte Formen von Zugehörigkeit ethnisiert. "Die Apartheidpolitik (knüpfte) mit dem Konzept der 'getrennten Entwicklung' ausdrücklich an unterstellte tribale Strukturen an."[3] In der Homeland-Politik ist diese Ideologie endgültig realisiert: Die Bevölkerung wurde in vier "Rassen"gruppen und neun relativ willkürliche "Nationen" eingeteilt, die Grundlage der späteren Homelands. In dieser Struktur konnten die Weißen als größte der ethnischen Gruppen erscheinen.

Die Zersplitterung der Schwarzen hat eine lange Tradition und hat auch in der Vergangenheit schon Wirkung gezeigt. Seit Aufdeckung der Inkatha-Finanzierung bestätigte sich die Vermutung, daß die Regierung in die Auseinandersetzung zwischen Schwarzen verwickelt ist und diese zu ihren Gunsten anheizt. Seither kommen immer mehr Informationen über die unsauberen Methoden ans Tageslicht, mit denen Regierung und Geheimdienste versuchten, der Opposition zu schaden.

Die Aufdeckung hatte relativ geringe Folgen, nur einige Versetzungen, Rücktritte und Entlassungen. Die Weigerung der Regierung, alles zu tun, um die Vorgänge aufzuklären, gibt berechtigten Grund zu weiteren Verdächtigungen, und die Arbeit der Goldstone-Untersuchungskommission[4] hat ergeben, daß das Militär noch versucht hat, den ANC zu destabilisieren, als die Verhandlungen schon begonnen hatten. Aber selbst wenn diese Taktik nicht weiterginge: die verdeckte, aber um so brutalere Repression rächt sich jetzt, weil sie funktionierende Organisationsstrukturen in der schwarzen Opposition unmöglich gemacht hat. Auch das ist ein Grund für die Gewalt, die eine Verhandlungslösung immer schwieriger macht.

Es ist schwer einzuschätzen, inwieweit die Regierung tatsächlich beteiligt ist. Aber es ist nur ein gradueller Unterschied, ob de Klerk selbst Befehle gegeben hat, ob er gewähren hat lassen, oder ob Teile der Armee und Polizei außer Kontrolle sind. De Klerk trägt schon durch die mangelnde Aufklärung Verantwortung. Die ersten Reaktionen auf die Gewalt waren auch nicht eben vertrauensfördernd. Im September 1990 startete die Regierung die Operation Iron Fist: nächtliches Ausgehverbot in den Townships der Witwatersrandregion, Stacheldrahtzäune um Hostels, massive Verstärkung schwerbewaffneter Polizei und Armee, Straßensperren etc... Ähnlich unverständlich ist ein Versuch der Regierung Anfang 1992 gewesen, die Befugnisse der Homeland-Polizei zu erweitern, obwohl bewiesen war, daß die KwaZulu-Polizei in die Gewalt verwickelt war. Die Forderung nach Bewaffnung der Township-Bewohner wird verständlich, wenn man bedenkt, daß Inkatha-Anhänger mit dem Hinweis auf die "traditionellen Waffen" der Zulu fast nie entwaffnet werden, auch wenn es sich um Schußwaffen handelt. In den achtziger Jahren wurden durch den Einsatz informeller Terrorgruppen, für den neben Inkatha und den Rechtsextremen auch der Staat verantwortlich ist, viele Menschen in die Selbstverteidigung und -justiz gezwungen. Das Fehlen einer unabhängigen Polizei ist wohl eines der größten Hindernisse, um die Gewalt zu beenden.

Es ist nicht immer klar, ob die Polizeiangehörigen selbständig oder auf Befehl handeln. Aber der Polizeiapparat ist nicht mit ein paar Entlassungen oder Auflösung von Spezialeinheiten zu reformieren, denn er ist von der Ideologie und Praxis der Apartheid geprägt. Die Reformierung des "Sicherheits"apparates wird eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben sein. Die Regierung ist allerdings noch weit von einem solchen Schritt entfernt und macht Inkatha, ANC, radikale Gruppen und vor allem die Kommunisten für die Gewalt verantwortlich.

Inkatha

Inkatha wurde schon 1924 als kulturelle Bewegung der Zulu gegründet, aber seit 1975 von Buthelezi entscheidend für die heutige Situation geformt. Buthelezi gibt sich einerseits als Gegner der Apartheid, andererseits ist seine Machtbasis KwaZulu als Teil der Homeland-Struktur ein Produkt der Apartheid. Die extreme Betonung der ethnischen Besonderheit der Zulu soll diesen Zusammenhang verwischen und den territorialen Nationalismus rechtfertigen, indem er als "überliefert" dargestellt wird. Buthelezi vermischt dabei erfundene Traditionen und wirkliche Gegebenheiten und tut es damit dem burischen Nationalismus[5] gleich. Er beruft sich vor allem auf die unterstellte direkte erbliche Nachfolge zum Zulu-

reich des 19.Jahrhunderts. Auf der Basis von dessen Geschichte läßt sich gut eine kriegerische Tradition konstruieren, die für die Rechtfertigung der "traditionellen" Bewaffnung wichtig wird. Auch Buthelezis eigene Legitimität als Herrscher in KwaZulu ist ein solches Konstrukt und lenkt von der Tatsache ab, daß er seine Macht durch die Apartheidregierung hat. Die genealogische und territoriale Kontinuität beruht dabei auf einer dünnen historischen Grundlage.

In KwaZulu wird der ethnische Mythos in reale Politik umgesetzt, durch Klientelverhältnisse und Ressourcenverteilung. Das KwaZulu-Kabinett ist gleichzeitig die Exekutive von Inkatha, diese kontrolliert u.a. das Bildungssystem, das natürlich die "traditionellen" Werte transportiert. Inkatha-Mitgliedschaft ist notwendig, um Zugang zu bestimmten Ämtern und Ressourcen zu erhalten. Buthelezi hat alle wichtigsten Funktionen inne und reagiert allergisch auf Opposition.

Mit der Taktik der ethnischen Mobilisierung stützt Inkatha die Ideologie und Praxis des Apartheidregimes. Die Inkathastrategie zeigte Wirkung, so daß einerseits das ethnische Bewußtsein unter den Zulu stärker ausgeprägt ist als bei anderen Gruppen. Andererseits setzten auch ANC-Anhänger "Zulu" immer mehr mit "Inkatha" gleich. Der Konflikt hat für die direkt Beteiligten eine ethnische Dimension mit einer gefährlichen Eigendynamik entwickelt. Vor allem bei der Mobilisierung in den Hostels, der isolierten Wohnheime der Wanderarbeiter, stellt Inkatha den ANC als kommunistisch unterwanderte Xhosa-Organisation dar, welche die Zulu-Nation vernichten wolle und benutzt auch das Argument der "traditionellen" Feindschaft, die sich historisch nicht belegen läßt.

Mit der Rückkehr des ANC in die Legalität sah Buthelezi seine Machtbasis gefährdet, da der ANC eine Mehrheitsregierung anstrebte und die Wiedereingliederung der Homelands forderte. Buthelezi versuchte nun noch mehr, seine Macht auf die städtischen Gebiete auszudehnen.

In den achtziger Jahren entstanden in den Townships Bürgerwehren, die sogenannten Vigilanten, die Verbindungen zu Inkatha, aber auch zum Staat hatten. Sie bestanden meist aus älteren, konservativen Männern, die durch das extrem militante, vor allem gegen Kollaborateure gerichtete Vorgehen der Jugendlichen ihre Position und Werte bedroht sahen. Die Feindschaft zwischen den Jugendlichen und Inkatha geht bereits auf die Gegnerschaft während des Soweto-Aufstandes 1976 zurück. Seit Mitte der achtziger Jahre schickte Inkatha ihre Aktivisten verstärkt gegen die Jugendlichen und spannte dafür auch Vigilantengruppen ein. Diese stellten sich immer mehr als Stützen der Apartheidregierung heraus und wurden in den Townships und Homelands von den staatsnahen Autoritäten unterstützt. Durch die Einbindung von Vigilanten und ihre Verstärkung durch Inkatha-Leute gewann Inkatha an Einfluß. Die enge politische Bindung zwischen Inkatha und Township-Verwaltung sowie zwischen der KwaZulu-Polizei und der südafrikanischen Polizei verstärkte das Mißtrauen der Opposition, aber auch Inkathas Macht.

Als Inkatha die Rekrutierung auf die Bewohner der Squatter-Siedlungen an den Rändern der Townships verlegte, geschah ähnliches. Hier wirkten als Bindeglied die sogenannten Warlords, meist selbsternannte lokale Führer, denen es hauptsächlich um die Ressourcen- und Machtsicherung für ihr Gebiet geht. Diese Strukturen haben sich in der extrem schlechten und unsicheren Lage der Squatter-Siedlungen herausgebildet.

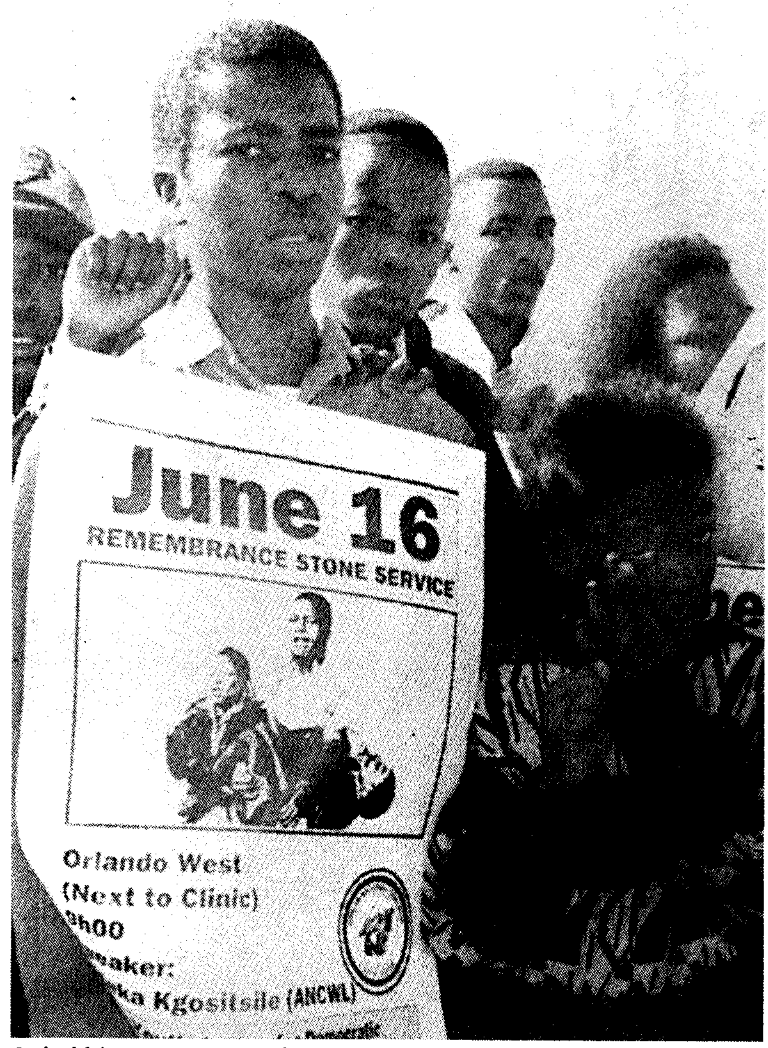
In jüngerer Zeit konzentrierte Buthelezi die Rekrutierung auf die Hostels der Arbeitsmigranten als Gegengewicht zur ANC-Basis in den Townships. Dabei wird die ANC-Forderung nach Auflösung der Homelands als Angriff auf das Zulu-Reich dargestellt. Zum anderen wird die enge Bindung der Migranten an die ländlichen Strukturen benutzt, die sie im Gegensatz zu den Jugendlichen einerseits und den Stadtbewohnern andererseits darstellt.

Natürlich sind nicht alle Vigilanten, Warlords und Arbeitsmigranten Inkatha-Anhänger, und auch nicht alle Zulu sind Inkatha-Mitglieder. Buthelezi hat es aber verstanden, Teile von ihnen je nach Situation für sich zu mobilisieren. Dabei überschneiden sich Konfliktlinien, verschiedene Bezüge kommen ins Spiel, von denen der ethnische nicht der wichtigste sein muß. Es gab auch immer öfter Zwangsrekrutierungen in den ethnisch gemischten Wohnheimen.

Nach der Wende verwandelte Buthelezi im Juli 1990 Inkatha von einer kulturellen Bewegung in eine politische Partei ohne ethnische Bezüge, die Inkatha Freedom Party, und paßte sich damit dem neuen Klima an. Er richtete sich gegen Gewalt, sprach sich für ein Ende der Sanktionen und freie Marktwirtschaft aus. Gleichzeitig ging aber die ethnische Mobilisierung weiter, und Inkatha-Anhänger standen ständig im Mittelpunkt der Gewalt. Das zeigt Buthelezis zwei Seiten: er will seine Machtbasis unter allen Schwarzen vergrößern, stützt sich aber



Inkatha-Chef Buthelezi



Gedenkfeier zum Soweto-Aufstand 1976

trotzdem auf den ethnischen Mythos; er versucht sich als Teil der Opposition zu verkaufen und gleichzeitig die Vorteile seiner Regierungsnähe zu nutzen. Dabei muß er sich in Widersprüche verfangen.

Buthelezi hat am Alleinvertretungsanspruch des ANC gekratzt. Inkatha kontrolliert heute ehemalige ANC-Gebiete und hat funktionierende Communities zerstört. Daß Buthelezi über alle Kräfte, die er entfesselt hat, Kontrolle ausübt, ist unwahrscheinlich. Er hat in zu vielen verschiedenen Lagern unter zu vielen verschiedenen Gesichtspunkten mobilisiert, und das oft nur auf einem sehr kleinen gemeinsamen Nenner. Gerade der Bezug auf ethnische Ideologien hat Gewalt produziert, die in Zukunft noch mehr Probleme verursachen wird. Zudem ist Inkatha in dunkle Machenschaften verstrickt, die zur Schwächung des ANC und der restlichen Opposition beitragen sollten.

Die Jugendlichen

Seit Mitte der achtziger Jahre haben die Jugendlichen eine führende Stellung in der Opposition eingenommen, angefangen mit dem Widerstand gegen das Bildungssystem. Seit dem Soweto-Aufstand 1976 waren die Jugendlichen die Anwesenheit von Polizei und Spitzeln in ihrer Nähe gewohnt. Viele mußten brutalste Polizeimethoden über sich ergehen lassen und zwar schon mit 11 oder 12 Jahren. Die Kinder waren nicht nur der Willkür einzelner brutaler Polizisten ausgeliefert. Deren Verhalten war vielmehr gesetzlich legitimiert. Eine Untersuchung in Soweto ergab, daß täglich 9 Kinder wegen Prügelstrafen in der Schule ärztlich behandelt wurden; es gab auch Todesfälle. Seit 1986 konnten auch "öffentliche Gewalttätigkeit und Aufwiegelung" mit Prügel belegt werden.

Wie sollen Jugendliche, deren politischer Protest mit brutaler Gewalt beantwortet wird, gewaltloses Handeln lernen? Der Staat führte ihnen vor, daß Gewalt ein legitimes Mittel ist, die eigene Politik durchzusetzen. Aufgrund des Verbots von oppositionellen Organisationen gab es keine Möglichkeit, andere Formen von Konfliktlösung zu wählen. Als die Jugendlichen die Übermacht des Systems zu spüren bekamen, begannen sie gegen die Verräter in den eigenen Reihen vorzugehen. In diesem Kontext entstand seit 1985 die Comrades-Bewegung im Zusammenhang mit der UDF (United Demokratic Front). Sie befanden sich von Anfang an im Gegensatz zu Inkatha.

Viele Jugendliche fühlten sich angezogen. Die UDF war dezentral mit vielen lokalen Gruppen organisiert, die der Dachorganisation verbunden waren, aber eigene Formen ausbildeten. Jugendliche hatten darin oft die Vorherrschaft. Nach Verhaftung oder Ermordung von lokalen Führern entstanden weiter neue Gruppen. Die ständige Fragmentierung ging in dieser repressiven Situation relativ unkontrolliert von einer übergreifenden Organisation vor sich, was mit ein Grund für die Eigendynamik im jetzigen Konflikt ist. Die Comrades haben eine eigene kulturelle Dynamik und soziale Identität geschaffen. Sie begreifen sich als Kinder der Armen und Unterdrückten, die der Realität der Townships nicht entfliehen können, sondern sie verändern müssen. Sie sehen sich als Soldaten der Befreiung (the young lions), ihre Subkultur hat viele militaristische Elemente, eine gewisse Fetischisierung von Waffen und eine starke Glorifizierung des Todes. Zur Bewegung gehört ein neuer Stil des täglichen Lebens in Sprache, Anredeformen, Musik, Kleidung etc., der sich an westliche Kultur anlehnt. Andererseits wird diese aber auch abgelehnt und die Orientierung an afrikanischen Traditionen propagiert, einschließlich sogenannter "war medicine" und Hexereipraktiken.

Die Comrades entwickelten einen neuen Sinn von Solidarität und neue Versorgungsstrukturen. Innerhalb all dessen gingen sie gegen Verräter und Marionetten der Regierung vor. Auch im Bezug auf ihr aktuelles Handeln ist es wichtig zu wissen, daß sie ihre Gewalt, die extreme Ausmaße annehmen kann, als Gegengewalt gegen die Brutalität der "anderen" (Kollaborateure, Staat, Inkatha etc.) begreifen. Sie sahen ihre Gewalt als ein Mittel, das Land unregierbar zu machen; das sollte seinen Höhepunkt in einem "letzten apokalyptischen Schlag" haben, der die Apartheid endgültig zerstören würde.[6]

Das Verhalten der Jugendlichen verursachte einen Generationskonflikt, der zu einem der zentralen Probleme wurde. In vielen afrikanischen Gesellschaften war und ist der Respekt vor dem Alter ein wesentlicher Zug der Sozialordnung. Nun verurteilten Jugendliche Erwachsene in Volksgerichten, belegten sie sogar mit Prügelstrafen und töteten sie auch. Auch damit hat die Entstehung der Vigilanten zu tun. Auch in den aktuellen Auseinandersetzungen findet sich häufig folgendes Muster: Vigilanten und ältere Menschen, oft mit ländlichem Hintergrund, die von der Polizei geschützt werden, gehen gegen die jungen radikalen Comrades vor, die eher der städtischen Arbeiterklasse angehören.

Die Comrades haben ihr Handeln natürlich nicht immer an der offiziellen Politik des ANC ausgerichtet. Das Spektrum der Jugendorganisationen reicht außerdem von politischen und Verteidigungsgruppen bis zu Gangs. Ähnlich wie die Warlords erhalten viele Unterstützung von ihren Communities und versuchen, für diese Ressourcen

verfügbar zu machen. Es gibt auch Kämpfe zwischen rivalisierenden Gruppen, die von verschiedenen Seiten ausgenutzt werden. Allerdings haben die Jugendlichen oft keine andere Möglichkeit mehr, sich zu versorgen als die Kriminalität. Manche leben ständig versteckt, können weder zur Schule gehen noch arbeiten und sind unterernährt; die Gesundheitsversorgung ist oft zusammengebrochen. Gebiete sind aufgeteilt in Inkatha- und ANC-Territorium, die Polarisierung geht manchmal quer durch Familien. Einzelne Kinder werden von beiden Seiten zu Gewalttaten gezwungen und sind dadurch dann bedroht. Ganze Gruppen von Kindern und Jugendlichen müssen davor fliehen und leben auf der Straße. Die Übergänge zwischen politischer und "krimineller" Gewalt, Angriffen und Racheakten sind fließend.

Dabei ist es fast unmöglich, unbeteiligt zu bleiben, aber viele Township-Bewohner fühlen sich in dieser verworrenen Lage keiner Seite zugehörig. Entziehen können sie sich natürlich nicht. Trotz der Differenzen zwischen ANC und Jugendlichen fühlten sich viele mit der Organisation verbunden, glorifizierten den militärischen Arm Umkhonto we Siswe und betrachteten Mandela als ihren Freiheitshelden. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an seine Freilassung, und Enttäuschung war vorprogrammiert. Dazu eine sicher repräsentative Aussage eines 17-jährigen Comrades nach der Ankündigung der Freilassung: "Der wird sich (...) nicht bedingungslos an einen Tisch mit der Regierung setzen, wir sehen ihn eher als einen, der das Volk zu einer demokratischen Revolution führen wird, dem ersten Schritt zum Sozialismus."[7] Viele haben mit dem verbotenen ANC Vorstellungen verbunden, denen der legale nicht gerecht werden kann. Der Wunsch nach einer "demokratischen Revolution" zeigt aber einen wichtigen Punkt: Durch das Fehlen von demokratischen Strukturen kann Protest nur schwer in gewaltloser Politik geäußert werden, und ihr Entstehen wird weiter behindert. Das straft die Rhetorik von der Abschaffung der Apartheid Lügen und ist eine Quelle für Enttäuschungen.

Die schwarze Bevölkerung ist durch verschiedene Entwicklungen zersplittert und in Kämpfe gegeneinander eingebunden, die wenig Kraft für den Widerstand gegen die Macht der Weißen lassen. Wo diese Kraft vorhanden war, wurde sie beizeiten gebrochen. Viel von dieser Problematik ist in alten und neuen Formen der Apartheid begründet. Zersplitterung und Instrumentalisierung sind erfolgreich gewesen; "staatliche Repression durch Stellvertreter"[8] funktioniert auch nach der großen Wende. Aber die Konfliktparteien handeln auch nach ihrer eigenen Logik. Es ist ein komplizierter Vorgang, in dem reale Gegensätze durch Manipulation verstärkt oder in eine bestimmte Richtung gelenkt werden, und sich dann auf einer höheren Stufe als neue Wirklichkeit fortsetzen und immer so weiter. Es ist nicht so paradox wie es scheint, daß ausgerechnet mit der Wende die Gewalt eskaliert: Mit dem offiziellen Ende der Apartheid erhält der Prozeß der Differenzierung der schwarzen Bevölkerung, der mit den Reformen der achtziger Jahre begonnen wurde, noch einmal eine neue Qualität. Es geht in einer nie vorher dagewesenen Ernsthaftigkeit darum, welche politischen, sozialen und sonstigen Interessengruppen in einem plötzlich möglichen neuen Südafrika ihre Interessen am besten sichern können. Ein zentrales Problem dabei ist, daß die Aufrichtigkeit der weißen Regierung, was die Veränderungen angeht, bezweifelt werden muß. Das derzeitige Nebeneinander von alten Formen der Repression - weitergehende strukturelle Benachteiligung der Schwarzen, Verhalten der Polizei, Vertuschungsmanöver etc. - und der Rhetorik und realen Chance von Veränderung schafft das verwirrende, enttäuschende Klima, in dem die Gewalt neue Nahrung findet.

Daniela Volk

Anmerkungen:

1) Maake 1992, Seite 598.

2) Der ANC organisierte Streiks und Demonstrationen, um seine Verhandlungsposition gegenüber der NP zu stärken und um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

3) Kößler 1991, Seite 15.

4) Der Friedensvertrag von 1991 legt die Gründung einer Untersuchungskommission fest (Commission of Enquiry Regarding the Prevention of Public Violence and Intimidation). Ihre Aufgaben sind, Hintergründe und Ursachen von Gewalt herauszufinden und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Vorsitzender der unabhängig operierenden Kommission ist Richter Goldstone. (Siehe Interview mit Graeme Simpson in diesem Heft)

5) Zum burischen Nationalismus siehe iz3w Nr. 183, S. 24f)

6) Sitas 1992, Seite 640

7) Morgenrath/Nachtigall 1990, Seite 43

8) ebd.

Literatur:

Hindson, Doug/Morris, Mike 1991, Political Violence and Urban Reconstruction in South Africa. Economic Trends Research Group, Working Paper Nr.3, University of Cape Town.

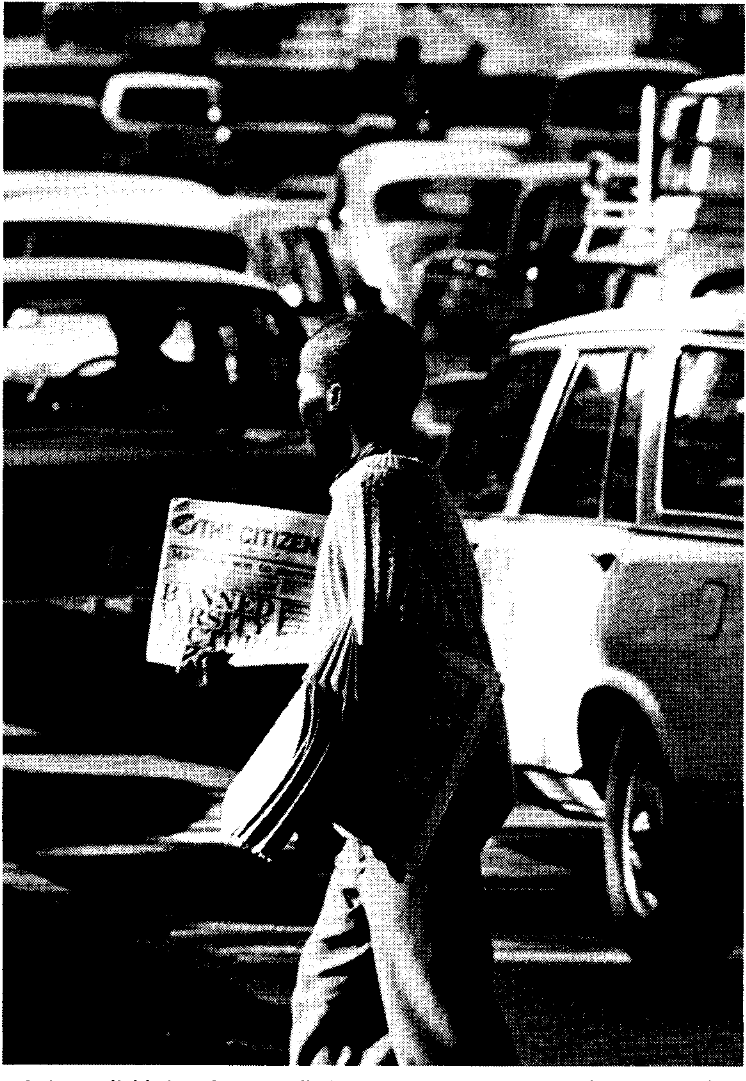
Kößler, Reinhard 1990, Erfundene Tradition. Zur Frage der nationalen Identität bei den "Zulu" und "Xhosa". Informationsdienst südliches Afrika, Nr.1, Seite 15-18.

Maake, Nhlanhla P. 1992, Multi-cultural Relations in a Post-apartheid South Africa, African Affairs, Nr.9, Seite 583-604.

Morgenrath, Birgit/Nachtigall, Thomas 1990, Verlorene Generation. Jugendliche in Südafrika. Blätter des Iz3W, Nr.165, Seite 41-43.

Sitas, Ari 1992, The Making of the "Comrades"-Movement in Natal 1985-91, Journal of Southern African Studies, Vol.18/3, Seite 629-641.

Taylor, Rupert 1991, The Myth of Ethnic Division: Township Conflict on the Reef. Race and Class, 33/2, Seite 1-14.



Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche sind rar. Foto: Peter Ndalo/EMW-Archiv

Probleme lassen sich nur langfristig lösen

Interview mit Graeme Simpson

Die Erwartung, mit den politischen Veränderungen würde sich die Lage in Südafrika entspannen, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, gewalttätige Übergriffe haben mit Beginn des Reformprozesses noch zugenommen. Im September 1991 haben sich die Hauptbeteiligten, die Regierung der National Party, die Inkatha Freedom Party und der ANC, auf einen Friedensvertrag geeinigt, der von einem breiten Spektrum politischer Organisationen unterzeichnet wurde. Dieses 33-Seiten Papier umfaßt zehn Kapitel, in denen Grundprinzipien des Vertrags, Verhaltenskodices politischer Parteien und der Sicherheitskräfte, Fragen zum sozioökonomischen Wiederaufbau, die Einrichtung von Untersuchungskomitees und spezieller Strafgerichte u.v.m. behandelt werden. Kapitel sieben des Friedensvertrages sieht die Gründung eines Nationalen Friedenssekretariat vor, dessen Aufgabe es ist, regionale und lokale Friedenskomitees einzurichten und zu koordinieren. Grundidee der lokalen Friedenskomitees ist, alle lokalen Gruppierungen und Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, um Konflikte durch Verhandlungen im Vorfeld zu lösen. Die Bevölkerung soll somit aktiv am Gelingen des Friedensvertrags beteiligt werden. Darüberhinaus sollen sie einen Verhaltenskodex für öffentliche Versammlungen entwickeln, denen ein Gewaltpotential inneliegt, und Entwicklungsinitiativen auf lokaler Ebene durchführen. Die regionalen Friedenskomitees sollen alle Angelegenheiten behandeln, die ihnen vom Nationalen Friedenssekretariat, den lokalen Friedenskomitees oder der Goldstone-Komission aufgetragen werden. Die Aufgaben der Goldstone-Kommission, ursprünglich Untersuchungskommission zur Verhinderung von öffentlicher Gewalt und Einschüchterung, sind in Kapitel sechs des Friedensvertrags festgelegt. Sie soll die Ursachen und Hintergründe von Gewalt untersuchen, aufdecken und veröffentlichen. Für den Vorsitz wurde eine unabhängige und objektive Person gesucht, die ohne Einschränkung allen Parteien die Gelegenheit gibt, ihre Ansichten zu äußern und zu belegen. Diese Person fand sich in Richter Goldstone. Jeder Bürger kann von der Kommisssion eine Untersuchung fordern, die im Zusammenhang mit der Gewalt steht. Die Kommission selbst kann bei einer Untersuchung Zeugen vorladen und besitzt unbegrenzte Befugnis bei Durchsuchungen. Die Erkenntnisse und Empfehlungen werden dem Staatspräsidenten vorgelegt, der entscheidet, ob die Ergebnisse im öffentlichen Interesse publiziert werden. Bisher wurde noch kein Bericht zurückgehalten. Ein wichtiges Ergebnis der Goldstone-Kommission war, die Beteiligung der südafrikanischen Streitkräfte an einem Plan zur Destabilisierung des ANC nachzuweisen. Die Untersuchungskommission ist inzwischen lagerübergreifend anerkannt. Über die Erfolge und Chancen der Friedenskomitees und der Goldstone-Kommission sprachen wir im vergangenen Monat mit Graeme Simpson, dem stellvertretenden Direktor des Zentrums zur Erforschung von Gewalt und Versöhnung, Johannesburg.



Graeme Simpson

1991 wurde in Südafrika ein Friedensvertrag geschlossen, um die Gewalt einzudämmen. In dem Vertrag wird u.a. eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit gefordert. Wie sieht diese in der Praxis aus?

Die wichtigsten Teilnehmer am Friedensvertrag sind die großen Parteien, also Inkatha, die NP und der ANC. Bis zu einem gewissen Grad wird die Öffentlichkeit von diesen Organisationen repräsentiert. Da es noch keine Wahlen gegeben hat, konnte noch keine Partei demonstrieren, wie viele Menschen hinter ihr stehen. Manche kritisieren, daß es nicht genügend Möglichkeiten einer unmittelbaren Beteiligung gibt, sondern nur vermittelt durch die politischen Parteien. Auch die Polizei spielt eine aktive Rolle innerhalb der Strukturen des Friedensvertrages. Das ist wichtig, denn es ist eine Möglichkeit die Polizei in ein diszipliniertes Vorgehen im Rahmen des Friedensvertrages einzubinden. An manchen Orten spielen auch Kirchenführer und Unternehmer eine wichtige Rolle, häufig gerade deswegen, weil sie keiner politischen Partei angehören und in der Lage sind, Verhandlungen in die Wege zu leiten und Diskussionsprozesse anzuregen. Es sind dort also wirklich politische und lokale gesellschaftliche Strukturen repräsentiert.

Kannst du Beispiele für Konfliktlösungen nennen?

Der Erfolg des Friedensvertrages hängt davon ab, wie stark eine bestimmte Region von der Gewalt betroffen ist, und wie weit die organisatorischen Strukturen des Friedensvertrages in den verschiedenen Landesteilen entwickelt sind. Ein Beispiel aus der westlichen Kapprovinz: Dort gab es eine Schlacht zwischen zwei Taxiunternehmen. Die einen schoßen auf die Taxis der anderen und unter den Opfern waren viele zivile Taxibenutzer. Deshalb war es wichtig, daß dieses Problem den Beteiligten des Friedensvertrages vorgetragen wurde. Es wurde diskutiert und es scheint, daß der Krieg zwischen den Taxiunternehmen durch Verhandlungen beendet wird. Ein weiteres Beispiel gibt es in Transvaal. Es zeigt nicht nur wie man Konflikte löst, sondern auch wie man sie vermeidet. Das regionale Büro des

nationalen Friedensvertrags spielte ein wichtige Rolle, als Inkatha und ANC gleichzeitig große Kundgebungen veranstalteten. Wenn die beiden Gruppen aufeinander getroffen wären, wäre das eine Katastrophe gewesen. Das Büro plante mit Hilfe der Polizei, der Verkehrspolizei und Ordnern aus beiden Lagern die Demonstrationsrouten und sorgte dafür, daß Vertreter der Friedenskomitees anwesend waren. Sie verfügten über Monitore und Ordner und hatten eine wichtige präventive Rolle.

Die lokalen und regionalen Friedenskomittees überwachen die Massenveranstaltungen, um Gewaltausbrüche zu verhindern. Treibt dies die Menschen nicht mehr und mehr in den Untergrund, wo die Gewalt weniger zu kontrollieren ist?

Das ist keine Folge der Aktivitäten von lokalen und regionalen Friedenskommitees, sondern vielmehr des politischen Übergangsprozesses. Die Teile der Bevölkerung, die vom alten System profitiert haben, werden sich mit großer Wahrscheinlichkeit gegen den Wandel wehren und ihn destabilisieren, wo sie können. Aber da der politische Übergang tatsächlich stattfindet, werden die Minderheiten, die ihn bekämpfen, gezwungen sein, aus dem Untergrund heraus zu destabilisieren. Das findet bereits statt und wir sollten das nicht erst als eine zukünftige Entwicklung sehen. Im gegenwärtigen Ausmaß der Gewalt zeigt sich das Wirken einer unsichtbaren Hand, der sog. "Dritten Kraft", die effektiv unter der Oberfläche arbeitet.

Zu den Aufgaben der Goldstone-Kommission gehört es, die Ursachen der Gewalt zu untersuchen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Wie arbeitet die Kommission und wer hat dort das Sagen?

Man geht davon aus, daß sie unabhängig ist. Diese Tatsache erschwert in gewisser Weise die Arbeit der Goldstone-Kommission, denn ihre Rolle ist politisch so sensibel, daß sie versucht, bei allem was sie tut, "ausgewogen" zu sein. Sie vermeidet den Anschein, sie könnte eine der politischen Interessengruppen unterstützen. Das Resultat ist, daß sich die Kommission oft nicht die richtigen Aufgaben stellt. Goldstone benennt nur ungern die Verantwortlichen, denn er möchte nicht den Eindruck erwecken, parteilich zu sein. Ein solches Verhalten ist kontraproduktiv. Die Kommission kann nur eine Rolle spielen, wenn sie bereit ist harte Wahrheiten auszusprechen und vorgeschlagene Lösungen zu konstatieren. Sogar dann ist ihr Einfluß begrenzt. Denn die Kommission gibt nur Empfehlungen. Sie hat nicht die Macht sie durchzusetzen. Sie stützt sich weitgehend auf die Regierung, in Zukunft hoffentlich auf den 'executive council' der Übergangszeit, wenn es darum geht, ihre Empfehlungen umzusetzen. Ich glaube, daß ihre praktische Wirksamkeit begrenzt ist. Trotzdem ist sie eine wichtige Institution, denn sie bietet einen gewissen Raum, um die Dinge zu untersuchen.

Wie weit reichen ihre Aktivitäten? Beobachtet sie auch Politiker oder die Armee?

Das Problem besteht darin, daß die Kommission durch die große Breite ihres Aufgabenfeldes gehandicapt wird. Ein gutes Beispiel dafür war die Kommission, die bestimmte Ereignisse in einem Township östlich von Johannesburg untersuchen sollte. Was ursprünglich eine kurzfristige Untersuchungskommission sein sollte, tagte schließlich 6 Monate lang und endete ohne greifbares Ergebnis: Die Kommission wies "den meisten der Beteiligten bis zu einem gewissen Grad" die Schuld zu. Damit kann man nicht arbeiten. Ein anderes Beispiel ist die Untersuchung zur Gewalt in den Wohnheimen für Wanderarbeiter. Sie kam zu dem Schluß, daß in den meisten Fällen gewalttätige Aktionen von den Wohnheimen ausgingen und schlug vor, manche Wohnheime einzuzäunen. Aber wenn man die Zäune nicht von der Polizei bewachen läßt, reißen die Leute sie nieder. Das war also keine praktikable Lösung und wurde auch kaum umgesetzt. Es hätte auch die Trennung von Townships und Wohnheimen zementiert, die eine der Ursachen des Problems ist. Man hätte sich eher um Verhandlungen bemühen müssen, um die Barrieren zwischen Townships und Wohnheimen niederzureißen und Kontakte und Kommunikation zu ermöglichen, statt das Gegenteil zu tun. Die Erfolge der Goldstone-Kommission waren unterschiedlich. Manchmal brachten sie nützliche und wertvolle Anregungen, aber manchmal kamen sie auch vom Weg ab. Beispielsweise sollte sie die Rolle der Polizei untersuchen. Aber es wurde sofort politischer Druck auf die Kommission ausgeübt, daß sie die Angriffe auf die Polizei - nicht umgekehrt - untersuchen sollte. Die Kommission versucht nun, beides zu tun. Die Gefahr besteht darin, daß die Goldstone-Kommission zu einem politischen Fußball wird, der zwischen den verschiedenen Interessengruppen hin und her gespielt wird.

Wie beurteilst du die Chancen des Friedensvertrages? Kann er die Gewalt eindämmen?

Der Friedensvertrag hat eine ganze Reihe von Schwachpunkten. Zunächst wäre da die ungleiche Entwicklung der organisatorischen Strukturen in den verschiedenen Teilen des Landes zu erwähnen. Außerdem besteht die Neigung sich oft, wenn auch nicht immer, mit den Gewalttaten erst dann zu befassen, wenn sie bereits geschehen sind. Die Kommission ist nicht mit ausreichenden Machtmitteln ausgestattet, um Gewalttaten verhindern zu können. Außerdem sind die Strukturen des Friedensabkommens unfähig - und das ist ein Dilemma, das sich uns allen stellt -, sich mit den langfristigen Wirkungen und tieferliegenden Wurzeln der sozialen Konflikte unter der Apartheid auseinanderzusetzen. Die Generation der Apartheid ist verloren. Wir dürfen nicht erwarten, die Probleme im Lauf der nächsten Generation lösen zu können. Wir müssen realistisch sehen, daß viele Lösungswege nur langfristig zum Erfolg führen. Eine weiterer Schwachpunkt ist die fehlende Koordination zwischen den lokalen Strukturen. Man lernt nicht genug von den Erfahrungen anderer in diesen Gremien. Dem gegenüber sind die Strukturen des Friedensabkommens ein Hoffnungsschimmer, denn sie sind arbeitsfähige und glaubwürdige Foren, wo wichtige politische Akteure zusammenkommen können und versuchen über die Probleme zu verhandeln. Und es gibt sie auch auf lokaler Ebene, nicht nur regional und landesweit. Das bedeutet, daß sie leichter zugänglich sind, zumindest potentiell, für lokale Gruppierungen, die zu Verhandlungen bereit sind. Viele Leute sehen politische Verhandlungen auf nationaler Ebene als die Lösung. Aber wenn Verhandlungslösungen etwas bringen sollen, brauchen wir Strukturen wie die des Friedensabkommens, die lokal, auf unterster Ebene etabliert sind und die Möglichkeit für Verhandlungen bieten. Darin liegt die Stärke des Friedensabkommens.

Das Interview führten Daniela Heuberger und Uwe Jungfer

Worum es beim Kampf um Demokratisierung geht!

Seit fast vier Jahren ist der Kampf des südafrikanischen Volkes in eine neue und entscheidende Phase eingetreten. Nie mehr wird Südafrika in Zukunft so sein, wie es während einer langen Geschichte von Rassismus und Ausbeutung gewesen ist, einer Geschichte, die sich nicht auf die letzten und häßlichsten 40 Jahre der Apartheid beschränkte. Aber die gegenwärtige Phase des Kampfes wird wahrscheinlich nicht die letzte sein, vielleicht ist dies nur der Beginn eines langen Weges, der noch zurückgelegt werden muß, wenn man eine wirklich demokratische, nichtrassistische, progressive Gesellschaft schaffen will. Diese Ziele - Demokratie im wahren und vollständigen Sinn des Wortes - sind die Streitpunkte gegenwärtiger und zukünftiger Auseinandersetzungen.

Südafrika ist immer ein Land gewesen, das schwer einzuordnen war: handelt es sich um eine weiße Siedlerkolonie? Ein afrikanisches Land der Dritten Welt? Ein entwickeltes, industrialisiertes Land? Einen unabhängigen Staat? Daß jede dieser Fragen so schwierig zu beantworten ist, liegt daran, daß Südafrika eine Art Mikrokosmos des kapitalistischen Weltsystems ist, das auf seinem Territorium Züge aller "vier" Welten vereinigt, denen Länder normalerweise zugeordnet werden. Es hat eine ("weiße") Bevölkerung, die durch ihre Lebensweise und ihren Lebensstandard zur "ersten" (d.h. fortgeschrittenen, westlichen, kapitalistischen) Welt gehört. Einem Humoristen könnte auffallen, daß diese (weiße) Minderheit sich deutlich als "Staatsklasse" verhält, ähnlich wie die in der früheren sogenannten sozialistischen zweiten Welt. Die ("farbigen" und "schwarzen") Bevölkerungen der Townships gehören eindeutig zur modernen Dritten Welt auf dem Weg der Industrialisierung, während die bäuerliche "Stammes"-Bevölkerung, die in ihren sogenannten 'Homelands' eingeschlossen ist, sich nicht sehr von den bäuerlichen Gemeinschaften der heute sogenannten "vierten" Welt Afrikas unterscheidet.

Dieser merkwürdige und außergewöhnliche Aufbau hat seine Ursprünge im 17. Jahrhundert in dem Projekt holländischer weißer Siedler, die die Afrikaner genauso betrachteten, wie die Engländer einst die Indianer Amerikas oder wie die Israelis die Palästinenser sehen, als Eindringlinge, die kein Recht haben in dem neueroberten Land zu leben.

Der britische industrielle Imperialismus, der an der Ausbeutung der enormen Bodenschätze des Landes interessiert war, begriff, daß schwarze Arbeitskräfte, wenn man sie zu diesem Zweck mobilisierte, die billigste und effektivste Lösung wären. Daher waren es die Briten - nicht die Buren - die zu diesem Zweck, Ende des 19. Jahrhunderts, das System der Apartheid erfanden. Sie richteten im Land der Schwarzen "Reservate" ein (einige davon innerhalb der Grenzen der Südafrikanischen Union, zwei andere als britische Protektorate - Basutoland - heute Lesotho - und Swasiland), die so angelegt wurden, daß sie überbevölkert sein würden und nicht in der Lage, ihre Bevölkerung zu ernähren (es wurde dort nichts investiert, um die Landwirtschaft dort zu intensivieren). Daher waren sie dazu verdammt, Wanderarbeiter für die Minen zur Verfügung zu stellen. Diese wurden dadurch noch billiger, da sie ohne Investitionskosten für das Kapital in ihren Armen-"Homelands" "produziert" wurden.

Nach dem zweiten Weltkrieg übernahmen die Buren, die den Staat mit Beschlag belegt hatten, die Verantwortung für das Funktionieren des Systems. Sie gaben ihm einen Namen (Apartheid) und schufen eine ideologische Legitimation, um die bereits bestehenden rassistischen Praktiken durch "Gesetze" zu regeln.

Am Beginn eines langen Weges ...

Jetzt ist die formelle Apartheid vorbei und die Perspektive einer Wahl nach dem Prinzip eine Person eine Stimme scheint so gut wie garantiert. Wird das die demokratische Lösung für die südafrikanische Gesellschaft sein? Es wird nur der Beginn eines langen Weges sein, wenn diese menschenverachtende Gesellschaft sich wirklich ändern soll. Sehr viel wird daher von dem "Kompromiß" abhängen, der durch den Konvent für ein demokratisches Südafrika (CODESA) in den kommenden Monaten erreicht werden kann. Es war das Scheitern des "historischen" Projekts Südafrika, daß die De-Klerk-Regierung dazu gezwungen hat, diese Verhandlungen zu eröffnen. Ein Scheitern, von dem ich behaupte, daß es im wesentlichen auf dem immer wirksameren Widerstand der Mehrheit der Arbeiterklasse am Arbeitsplatz, den Aufständen in den Townships und der Fähigkeit ihrer politischen Organisationen (ANC, Kommunistische Partei, COSATU, PAC Unity Movement...) effizient zu handeln, beruht. Zudem ist es gelungen, den Versuch die 'Homelands' sogar vor den Augen ihrer Bewohner zu "legitimieren", zunichte zu machen. Dieses Scheitern wird verschärft durch die unsinnige Verschwendung, die mit den Praktiken der Apartheid verbunden ist, z.B. die überhöhten Löhne für unproduktive "Weiße".

Die Ereignisse haben sich aber auch beschleunigt, weil Südafrika einige seiner wichtigsten Trümpfe verloren hat: Zum einen seine strategische Position, um die Schiffahrt zwischen dem Atlantik und dem Indischen Ozean zu kontrollieren, die wichtig war während des Kalten Krieges, der nun vorbei ist. Zum anderen seine politische Rol-

le als Militär- und Interventionsmacht gegenüber den Versuchen seiner Nachbarstaaten (Angola, Mosambik, Simbabwe) ihre eigene Wege zu gehen. Diese Rolle ist jetzt auch vorüber, da die nationalen Projekte dieser Länder eine Niederlage erlitten haben. Außerdem seine wirtschaftliche Stellung als Lieferant einiger wichtiger Mineralien, die jetzt aus Rußland bezogen werden können.

Die Verhandlungsführer der Mehrheit werden von den westlichen Mächten und auch innerhalb des Landes sehr stark unter Druck gesetzt, damit sie das Projekt einer minimalen "Demokratisierung" akzeptieren. Im Widerspruch zur Realität wird behauptet, daß die schwarze Mehrheit ein großartiges Land "erben" wird und daß deshalb nur minimale Veränderungen vorgenommen werden sollten. Von der Arbeiterklasse wird jetzt erwartet, daß sie die Schritte zur "Wettbewerbsfähigkeit" "beschleunigt". Was für eine Schande! Was das Kapital mit der aktiven Unterstützung der Westmächte nicht geschafft hat, soll die Arbeiterklasse jetzt im Eiltempo schaffen. Die Gegenleistung dafür wären minimale Konzessionen gegenüber den Townships und den Industriearbeitern und praktisch keine Veränderung in den 'Homelands', mit der Absicht, die ökonomischen Privilegien eines Haufens parasitärer "Weißer" aufrechtzuerhalten! In der Zwischenzeit profitiert De Klerk von der Spaltung der Mehrheit, die mit diesem Projekt einhergeht und er kann die Unzufriedenheit in den 'Homelands' ausnützen. Daß Organisationen wie Inkatha manipuliert werden, ist in diesem Zusammenhang rational.

Der politische Rahmen eines solchen "Kompromisses" wäre eine Art "föderaler" Staat - welchen Namen er auch immer bekommt -, wo viele Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortlichkeiten an die "Staaten" oder "Provinzen" delegiert würden. In diesem Fall würde festgeschrieben, daß es "reiche" und "arme" Staaten gibt, auch wenn kein Staat auf die Landkarte gemalt werden kann, der eine weiße Mehrheit sichert. Diese Spaltung würde minimale Konzessionen gegenüber einer schwarzen politisch unerfahrenen Bourgeoisie erleichtern, die von der Fortsetzung des Systems profitiert.

... zu einer wirklichen Demokratisierung

Im Gegensatz dazu sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt im ernsthaften Beginn einer wirklichen Demokratie das geeignete Mittel, einen fortschrittlicheren sozialen Wandel zu erreichen, auch wenn dieser Wandel schmerzhaft und langwierig sein wird (30 oder 50 Jahre?). Die Bedingungen für einen solchen Fortschritt sind:

1.) Die Annahme einer einheitlichen Staatsverfassung, die die Umverteilung von Einkommen und Investitionen auf Unionsebene möglich macht, wobei verschiedene Formen lokaler Dezentralisation denkbar sind.

2.) Eine enorme Anstrengung, um die rückständigen ländlichen Gebiete zu entwickeln und eng damit verbunden, die Unterstützung einer langfristigen internen Umsiedlung der Bevölkerungen. Solche Schritte sind absolut notwendig, um eine einheitliche Volksfront, in der sich Arbeiter und Bauern vereinen, zu schaffen und um den Versuchen, sie zu spalten, entgegenzutreten.

3.) Eine Landreform in den von weißen Siedlern beherrschten ländlichen Gebieten, die dem afrikanischen Landproletariat zugute kommt, und möglicherweise die graduelle Ausbreitung neuer kleiner Farmen afrikanischer Siedler.

Auch hier hat das, was die westlichen Medien im allgemeinen behaupten, der "Erfolg" der Landwirtschaft der weißen Siedler, nichts mit der Realität zu tun. Wie sich auch im Fall von Simbabwe gezeigt hat, ist diese Art Landwirtschaft "erfolgreich" dank der äußerst billigen Arbeitskräfte, die sie ausbeutet, die fast Sklaven sind und durch das ungeheure ökologische Desaster, das durch die extensive Landnutzung hervorgerufen wird.

4.) Eine Umverteilung des Lohneinkommens zugunsten der produktiven Arbeiter der Mehrheit (und bessere soziale Bedingungen für sie, besonders im Erziehungswesen, das sich in einem traurigen Zustand befindet). Das muß finanziert werden, in dem man die Unterstützung einer großen Menge von ineffektiven Angehörigen der Minderheit reduziert. Der Entwicklungsgrad der Wirtschaft als Ganzes reicht - in einem Land, das tatsächlich ein Land der Dritten bzw. der Vierten Welt ist - nicht aus, um einer großen Minderheit ein Konsummuster im Stil der "Ersten Welt" zu ermöglichen.

5.) Schließlich eine graduelle Restrukturierung der modernen produktiven Industrie. Hier müssen wir Klarheit schaffen in der Frage, mit welchem Ziel diese Restrukturierung vorgenommen werden soll. Soll man das Schwergewicht darauf legen, so schnell wie möglich ein wettbewerbsfähiger Exporteur zu werden? Ich denke, das sollte nicht die erste Priorität sein. Zuerst sollte man das Produktionssystem restrukturieren, um den Veränderungen gerecht zu werden, die mit der Umverteilung des Einkommens einhergehen: Mehr Waren für den Konsum der breiten Masse, mehr Kapazitäten, um ein besseres Produktionssystem in den ländlichen Gebieten aufzubauen, bessere Versorgung mit Baumaterialien, um das Bedürfnis der Massen nach Wohnungen zu befriedigen usw... und weniger verschwenderischer Konsum der Minderheit (Privatautos und andere Produkte, die in Südafrika unsinniger Weise produziert werden). Ich möchte auch nicht ausschließen, daß graduelle Veränderungen vorgenommen werden, um die Exportfähigkeit des Landes zu verbessern. Aber ich bin ziemlich sicher, daß die ersten Prioritäten, die ich oben genannt habe, dieses Ziel der Wettbewerbsfähigkeit für eine Reihe von Jahren unrealistisch werden lassen. In der Zwischenzeit macht die politische Ökonomie einer wirklichen Demokratisierung etwas erforderlich, was ich 'Abkoppelung' nenne, ob dieses Konzept nun populär ist oder nicht.

Das sind meiner Meinung nach die Probleme einer wirklichen Demokratisierung Südafrikas.

Samir Amin
Übersetzung: CN

Südafrika im Weltsystem

Das halbe Jahrhundert nach dem zweiten Weltkrieg, das jetzt an seinem Ende angelangt ist, wurde charakterisiert durch den Prozeß der Industrialisierung an der Peripherie des Weltsystems. Diese Industrialisierung ist ihrem Wesen nach ungleich in ihrer Ausbreitung und spaltete die alte "Dritte Welt" in eine neue "sich industrialisierende Dritte Welt" und eine jetzt sogenannte "Vierte Welt", die in dem vorherigen Stadium eines nichtindustrialisierten Exporteurs von Landwirtschaftsgütern und Bergbauprodukten gehalten wird. In diesem Rahmen entwickelte die herrschende Klasse Südafrikas das Projekt, ihre Position im Weltsystem zu verbessern, durch eine Industrialisierung, die stark vom Staat geschützt und unterstützt wurde. In diesem Sinn war das System der Apartheid völlig rational. Billige Arbeitskräfte in der Produktion müssen nicht unbedingt ein Problem sein: die Nachfrage kann geschaffen werden, indem man das Einkommen der unproduktiven oder weniger produktiven Minderheit steigert und indem man die Exporte ausweitet, um die Rechnung für die Importe zu zahlen, die man braucht, um die Effizienz der Industrie steigern zu können. Die liberale Rhetorik, die behauptete, die Apartheid stehe im Konflikt mit dem Kapitalismus - als ob der Kapitalismus tatsächlich uneingeschränkt ein Synonym für Freiheit und Gleichheit sei -, ging total an den wirklichen Problemen vorbei.

Das Kriterium für den Erfolg oder das Scheitern der Industrialisierung der Peripherie nach dem zweiten Weltkrieg ist - in Übereinstimmung mit der Globalisierung des Kapitalismus - ihre Fähigkeit auf den Weltmärkten "konkurrenzfähig" zu sein. Aus diesem Blickwinkel lassen sich die Länder gemessen an ihrem Erfolg in vier Gruppen einteilen: (I) Jene, die sich auf den Weg der Industrialisierung begeben haben und tatsächlich konkurrenzfähig geworden sind oder zumindest mit relativ geringen zusätzlichen Modifikationen und Anstrengungen konkurrenzfähig werden können (die Länder Ostasiens mit kommunistischen oder kapitalistischen Regimes gehören eindeutig zu dieser Gruppe, wie auch größere lateinamerikanische Länder in unterschiedlichem Grad). (II) Solche Länder, die sich industrialisiert haben, aber ganz eindeutig nicht konkurrenzfähig sind oder die, um konkurrenzfähig werden zu können, ihr produktives System drastisch umstrukturieren müßten, die Einkommensverteilung, die Besteuerung, usw.... (Südafrika gehört zu dieser Gruppe, zusammen mit industrialisierten arabischen Ländern wie Ägypten oder Algerien. (III) Länder, die vorindustriell geblieben sind, aber denen es zumindest eine Zeitlang gelungen ist, die "traditionellen" landwirtschaftlichen, mineralischen oder Erdölexporte zu fördern und die - aus diesem Grund - reich und "wohlhabend" erscheinen (die ölexportierenden Golfstaaten oder Gabun gehören zu dieser Gruppe, eine Zeitlang auch die Elfenbeinküste und Kenia) und schließlich (IV) die Länder, denen es nicht gelungen ist, ihren traditionellen Export (d.h. aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg) zu fördern (die Mehrheit der amerikanischen Staaten gehört zu dieser Gruppe).

Ich behaupte, daß nur die erste Gruppe die wirklich wichtige oder moderne zukünftige Peripherie des Weltsystems darstellt.

Diese Erfolgsstorys werden immer so dargestellt als führten sie zu vollständiger Entwicklung, d.h. zum "Einholen" der fortgeschrittenen westlichen kapitalistischen Länder. Ich behaupte, daß sich die Polarisierung innerhalb des Weltsystems weiter fortsetzen wird. In der Vergangenheit beruhte diese Polarisierung auf einem klaren De-facto-Unterschied zwischen industrialisierten und nichtindustrialisierten Ländern (die letzteren stellten daher die gesamte Peripherie dar). Ich behaupte, daß die Polarisierung in der Zukunft nicht mehr auf diesem Unterschied beruhen wird. Die neuen Zentren werden diejenigen Länder sein, die das weltweite Industriesystem beherrschen. Dies wird ihnen ermöglicht sowohl durch die Verfügungsgewalt über Technologien, über die zentral kommandierte Finanzmacht und über die Entscheidungsmacht über die Verwendung der Ressourcen im Weltmarktmaßstab als auch über Kommunikationsmittel und Medien und damit über die politische Meinungensbildung sowie über den Besitz von Massenvernichtungswaffen. Während ich also behaupte, daß die Länder der ersten Gruppe die "Dritte Welt" von morgen darstellen, stellen die Staaten der drei anderen Gruppen die neue "vierte" Welt dar.

In dieser Hinsicht bietet Südafrika das merkwürdige Bild eines Landes, auf dessen Territorium Züge der Gruppen (II), (III) und (IV) nebeneinander existieren. Seiner Industrie ist es keineswegs gelungen "Konkurrenzfähigkeit" zu erreichen. Die industriellen (nichtmineralischen) Exporte Südafrikas kann man vernachlässigen oder sie sind unbedeutend im Vergleich beispielsweise mit denen Koreas, Mexikos oder Brasiliens. Zudem werden diese Importe (hauptsächlich) von den Märkten einiger Länder im südlichen Afrika aufgenommen, die Südafrika straff kontrolliert.

Aber trotz seiner unmenschlichen Politik profitierte das südafrikanische Regime von einer beispiellosen finanziellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Westeuropa. Warum dieses Scheitern Südafrikas im allgemeinen von Institutionen wie der Weltbank nicht gesehen wird, läßt sich nur mit rassistischen Vorurteilen erklären. Gleichzeitig wird ein ähnliches Scheitern der Länder, die ihre Industrialisierung in einer Atmosphäre der Feindschaft gegenüber den westlichen Mächten begannen (wie z.B. Ägypten oder Algerien) bis zum Überdruß von den herrschenden Medien kommentiert. Südafrika ist für das Weltsystem fast ausschließlich ein Exporteur von Primärgütern, zugleich gehören die 'Homelands' zu den ärmsten Gebieten der Vierten Welt und sind nicht in der Lage ihren Bewohnern minimale Überlebensmöglichkeiten zu bieten.

Samir Amin

Übersetzung: CN

Das alte Modell hat abgedankt

Wirtschaftliche Kooperation im Südlichen Afrika

In diesem Beitrag werden einige der zur Zeit in Südafrika diskutierten Perspektiven von regionaler Kooperation und Integration kritisch überprüft. Dabei bietet der Artikel keine detaillierte Analyse der Konzepte von Südafrikas Hauptakteuren. Es ist vielmehr beabsichtigt, die Stoßrichtung der wichtigsten Alternativmodelle herauszuarbeiten. Dies geschieht vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise in den Beziehungen Südafrikas zu seinen Nachbarstaaten, die bereits am Ende des zweiten Weltkrieg etabliert wurden.



Downtown Johannesburg Foto: Jochen Hanisch/EMW-Archiv

Die gegenwärtige Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Südafrika und den restlichen Staaten des südlichen Afrika ist grundlegend durch den Entwicklungsweg und den Wachstumspfad der südafrikanischen Ökonomie bestimmt. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg stützte sich der südafrikanische Wachstumspfad auf eine Import substituierende Industrialisierung (Importe ersetzende Industrialisierung). Diese Industrien sollten Konsumgüter für die Einheimischen mit hohem Einkommen produzieren. Finanziert werden sollte die Industrialisierung durch den Export von Rohstoffen. Im gesamten Zeitraum war die Industrie der Wachstumsmotor der Wirtschaft - ihr Anteil am Bruttosozialprodukt war höher als der von Landwirtschaft und Minensektor zusammen.

Regionale Industriegüterexporte

Neben der Tatsache, daß dieser Entwicklungsweg in Südafrika riesige Ungleichheiten hervorbrachte und eine extreme Abhängigkeit vom schwindenden Reichtum der Goldminenindustrie mit sich brachte, hatte diese Art der Akkumulation einen bedeutenden Einfluß auf die Ausgestaltung der Handelsbeziehungen, die sich zwischen Südafrika und den restlichen Staaten der Region entwickelten. Die Import- Substituierende-Industrialisierung (ISI) hatte unausweichlich zur Folge, daß Südafrikas Industriesektor eine Reihe von Industriegütern fertigte, die international nicht konkurrenzfähig waren. Obwohl die Industriewarenproduktion hauptsächlich auf den südafrikanischen Markt ausgerichtet war und obwohl Bergbauprodukte Mitte der achtziger Jahre immer noch mehr als ein Drittel der südafrikanischen Exporte nach Afrika (damit sind alle Nicht-Mitglieder der südafrikanischen Zollunion (SACU)[1] gemeint) ausmachten, hatten Industriegüterexporte einen bedeutenden, wenn auch selten beachteten Anteil am Wachstum der südafrikanischen Nachkriegsindustriegüterproduktion.

Beispielsweise fand eine in den siebziger Jahren durchgeführte Studie heraus, daß der Handel Südafrikas mit Botswana, Lesotho und Swasiland für 27 Prozent der Gewinne und für etwa 67.000 neue Arbeitsplätze im Industriesektor Südafrikas gesorgt hat und das obwohl die Bruttosozialprodukte der drei Länder damals nur drei Prozent des südafrikanischen Bruttosozialprodukts ausmachten.

Es gibt keine vergleichbare Studie für spätere Jahre oder für ein größeres Spektrum an Ländern, aber zugängliche Statistiken weisen auf eine weiterhin überverhältnismäßig hohe Bedeutung des regionalen und subsaharischen Handels für die südafrikanischen Industriegüterexporte hin. Zahlen von 1985, dem letzten Jahr in dem Handelsstatistiken noch vollständig veröffentlicht wurden, zeigen, daß der Handel mit den Nicht-SüdafrikaCU-Ländern Afrikas nur vier Prozent der SüdafrikaCU-Exporte ausmachte. Gleichzeitig betrug der Handel mit Nicht-SACU-Ländern 36 Prozent der Maschinenexporte, 28 Prozent der chemischen Produkte, 27 Prozent der Fahrzeuge und Transportgüter, 14 Prozent der sonstigen Industriegüter, 10 Prozent der verarbeiteten Nah-

rungsmittel und beachtenswerte Prozentanteile der Gesamtexporte von anderen weniger wichtigen industriell gefertigten Konsumgütern. Viele dieser Prozentangaben wären noch bedeutend höher, könnten sie sich auf einen Südafrika-Handel mit allen afrikanischen Staaten beziehen.

Aktuellere Zahlen belegen die fortdauernde Bedeutung des regionalen und des Sub-Sahara-Absatzmarktes für den südafrikanischen Industriegütersektor. So hat der gesamte Handel Südafrikas mit den Nicht-SACU-Ländern Afrikas 1990 weniger als 10 Prozent der Gesamtexporte des Landes ausgemacht, wobei dieser Handel für nicht weniger als 32 Prozent der südafrikanischen Industriegüterexporte verantwortlich war. Der Aufschwung bei diesem Handel seit Ende der achtziger Jahre soll unter anderem Südafrikas Stahl-, Nahrungsmittel-, Chemie- und Fahrzeugindustrie zu einem wichtigen Aufschwung verholfen haben.

Südafrikas Protektionsmuspolitik

Während also das südliche Afrika - und in geringerem Ausmaß das restliche Afrika - als bedeutender Absatzmarkt für eine Reihe südafrikanischer Industriewaren diente, die wahrscheinlich in anderen Ländern keinen Absatz gefunden hätten, war die Protektionismuspolitik Südafrikas, die als integraler Bestandteil des Nachkriegswachstumsmodells angesehen werden kann, darauf ausgerichtet regionale Importe und solche von den anderen afrikanischen Staaten einzuschränken.

Diese Politik ist bereits relativ gut aufgearbeitet. Mit Hilfe einer erstmals in den zwanziger Jahren angewandten protektionistischen Zollpolitik verbannte Südafrika hauptsächlich die Agrargüter seiner Nachbarstaaten von seinem Territorium. Man errichtete zudem ganz verschiedene nichttarifäre Handelshemmnisse, die die anderen SACU-Mitglieder daran hinderten, die im offiziellen Freihandelsabkommen gewährten Exporterleichterungen für Industriewaren zu nutzen. Sogar in dem politisch motivierten Handelsabkommen von 1964 zur Unterstützung des Smith-Regimes in Simbabwe (damals Rhodesien), war man peinlichst darauf bedacht gewesen, den Import von solchen Waren zu begrenzen, die ernsthaft mit einheimischen Industriewaren hätten konkurrieren können.

Diese Kombination von relativer Nicht-Konkurrenzfähigkeit und einer protektionistischen Haltung gegenüber regionalen Importen, die die südafrikanischen Handelsbeziehungen zu seinen Nachbarstaaten prägte, charakterisierte Reginald Green treffend mit den Worten, hier handelt es sich um den Verkauf von "überteuerten südafrikanischen Exportprodukten gegen harte Devisen". Ein Dauerproblem dieser Handelsbeziehungen war über viele Jahrzehnte die große und sich sogar noch vergrößerende Lücke zwischen den Exporten und den Importen. Den südafrikanischen Exporten nach Afrika stehen viel geringere Importe aus Afrika gegenüber mit der Folge, daß sich ein riesiges und sich vergrößerndes Defizit in der Handelsbilanz ergab. Offizielle Zahlen zeigen zum Beispiel, daß der Wert der Exporte der SACU in Nicht-SACU-Länder 1985 den 3,4fachen Wert der Importe erreichte. Für 1990 verschlechterte sich das Verhältnis sogar noch auf das 5,7fache.

Dieses Defizit beim Handel wurde in der Vergangenheit teilweise durch Einkünfte aus der Versorgung Südafrikas mit verschiedenen Dienstleistungen durch die restlichen Staaten der Region beglichen. Wobei diese Dienstleistungen den Akkumulationsprozeß in Südafrika begünstigten. Es ist allgemein bekannt, daß die Goldminen Südafrikas mit Hilfe billiger Wanderarbeiter ausgebeutet wurden. Diese Wanderarbeiter kamen nicht nur aus den südafrikanischen 'Homelands', sondern auch aus den Nachbarstaaten Südafrikas. Es ist sogar so, daß in der Vergangenheit fast immer eine Mehrheit der Arbeitskräfte in den Goldminen nicht aus Südafrika stammte und daß selbst heute noch mehr als ein Drittel der Arbeiter von jenseits der südafrikanischen Grenzen in die Minen kommt. Die Überweisungen der Wanderarbeiter an ihre Familien waren eine wichtige Quelle (unsichtbarer)[2] Einkommen für viele Nachbarländer Südafrikas. Eine weitere Einkommensquelle waren die Einkünfte aus Transportleistungen dieser Länder und in jüngster Zeit schlagen sich einige Wasser- und Elektrizitätsexportprojekte positiv auf der Einnahmenseite dieser Länder nieder. Aber in erster Linie und sogar in zunehmendem Ausmaß mußten die südafrikanischen Importe mit den Devisen bezahlt werden, die diese Länder durch den Verkauf ihrer Rohstoffe auf dem Weltmarkt erwirtschafteten.

Die Krise der siebziger Jahre und ihre Folgen

Die Krise, die das gesamte südliche Afrika seit Mitte der siebziger Jahre erfaßte, hatte gravierende Folgen für die oben geschilderten regionalen Handelsbeziehungen. Erstens sanken die Investitionsraten im Industriesektor Südafrikas, was höchstwahrscheinlich zu einer verminderten Konkurrenzfähigkeit vieler südafrikanischen Exportprodukte führte. Das Durchschnittsalter der Industrieanlagen und der Maschinen stieg an und es gibt mehrere Schätzungen, die davon ausgehen, daß die Preise einiger regional vermarkteter Industriewaren etwa 15-25 Prozent über den Preisen vergleichbarer Güter aus anderen Ländern liegen.

So ist es nur logisch, daß es Anzeichen dafür gibt, daß man sich in einigen Teilen der Region darauf vorbereitet, von südafrikanischen zu billigeren Weltmarktanbietern zu wechseln. Dies geschieht trotz der sich nicht in Preisen ausdrückenden Vorteile, die Südafrikas Anbieter weiterhin besitzen. Diese haben geringere Transportkosten und kürzere Lieferfristen (bedingt durch die unmittelbare Nähe) oder bessere Kreditbedingungen, die sie ihren Vertragspartnern anbieten können (finanziert durch von der südafrikanischen Regierung geförderte Exportgarantien und Subventionen).

Zweitens haben sich seit Mitte der siebziger Jahre zwei wichtige Faktoren in der Beziehung zwischen Südafrika und der Region verändert. Bei den Wanderarbeitern und bei den Transportleistungen sank die Nachfrage Südafrikas merklich. Dies begrenzte im Gegenzug das Wachstumspotential der Region ernsthaft und führte in einigen Fällen sogar zu einem tatsächlichen Rückgang der Einkünfte aus Dienstleistungen. Im Falle der Wanderarbeiter nahm der prozentuale Anteil 'ausländischer' Arbeiter an der südafrikanischen Minenarbeiterschaft (dem größten Arbeitgeber für ausländische Wanderarbeiter) von über sechzig Prozent 1975 auf etwa vierzig Prozent Ende der achtziger Jahre ab. In absoluten Zahlen bedeutet dies, daß die ausländische Arbeiterschaft von 220.000 1975 auf 186.000 1989 reduziert wurde.

Im Transportwesen schränkte Südafrika seinen Gebrauch von Transporteinrichtungen der Region ein und startete den Versuch mit Hilfe des 'Südafrikanischen Transportunternehmens' (SATS) den Güterverkehr der Länder ohne Meereszugang, die traditionell das Angebot anderer Staaten der Region nutzten, nach Südafrika umzuleiten.

Mosambique wurde von beiden Trends schwer getroffen. Die Überweisungen der Wanderarbeiter sanken von 64 Millionen US-$ 1981 auf 58 Millionen US-$ 1987 - bevor sie 1988 erneut auf 70 Millionen anstiegen. Die Einnahmen aus dem Transportwesen (sowohl von anderen SADCC-Ländern[3] als auch von Südafrika) fielen von 82 Millionen US-$ 1981 auf 42 Millionen US-$ 1989. In beiden Fällen stellte das Niveau von 1981 einen bedeutenden Rückgang im Vergleich zu 1975 dar.

Drittens waren die achtziger Jahre für das südliche Afrika - wie für das Afrika südlich der Sahara insgesamt - ein 'verlorenes Jahrzehnt', das durch wirtschaftliche Stagnation, sich verschlechternde 'terms of trade' und durch eine sich vergrößernde Verschuldung geprägt war. Die südafrikanische Aggressions- und Destabilisierungspolitik verschlimmerte die Situation zusätzlich. So gingen die Deviseneinnahmen vieler Länder stark zurück und verringerten dadurch deren Importkapazitäten.

All diese Faktoren hatten zur Folge, daß die bestehenden Handelsbeziehungen zwischen Südafrika und der Region ernsthaft unter Druck gerieten: Güter, die immer weniger konkurrenzfähig waren, wurden auf

Märkten angeboten, in denen die Devisen, die man zu ihrem Kauf benötigte, zunehmend rar wurden.

Südafrikas Destabilisierungspolitik

Die Welle eskalierender Gewalt und die Destabilisierungspolitik, die Ende der siebziger Jahre und in den achtziger Jahren über die Länder der Region hereinbrach, kann in Teilen als Versuch Pretorias gewertet werden, angesichts der oben beschriebenen 'Scherenbewegung', seine hegemoniale Stellung militärisch wieder herzustellen.

Eines der Ziele, das die Destabilisierungspolitik bestimmte, war ganz deutlich der Wunsch wichtige Elemente der etablierten regionalen Wirtschaftsbeziehungen aufrecht zu erhalten, während man gleichzeitig darauf bedacht war, neue Aktivitäten nur im südafrikanischen Interesse zu erlauben. Die zunehmende Abhängigkeit Angolas und Mosambiques vom südafrikanischen Transportwesen, die sich aus der Sabotage von Transportanlagen dieser Länder ergab, führte nicht nur zu einem Boom südafrikanischer Einkünfte aus Hafen- und Eisenbahngebühren. Sie sorgte gleichzeitig dafür, daß die nicht in Preisen ausgedrückten Vorteile südafrikanischer Waren zunahmen und daß dadurch Länder ohne Meereszugang in eine verstärkte Handelsabhängigkeit von Südafrika gerieten.

Gleichwohl produzierte die Destabilisierungspolitik Südafrikas zu guter Letzt ihre eigenen Widersprüche. Am Ende des Jahrzehnts wurden die möglichen Vorteile, die sich südafrikanischen Exporteuren aus dem Unterbieten der Diversifizierungsanstrengungen seiner Nachbarländer boten, durch die negativen Folgen der Destabilisierungspolitik für die Importfähigkeiten der Region mehr als kompensiert. Gleichzeitig benötigte Südafrika zu dieser Zeit verstärkt die Wasser- und Elektrizitätslieferungen aus der Region.

Neue Handlungsmöglichkeiten

Pretorias Anteil bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias führte - kombiniert mit den politischen Entwicklungen in Südafrika seit 1990 - die Ereignisse in eine Richtung, die (aus der Sicht Südafrikas) als Gegentendenz zu den Auswirkungen der Strukturkrise der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Südafrika und der Region gesehen werden kann. Nach dem Vertragsabschluß von Cuito Cuanavale und nach dem 2.Februar 1990 (der Freilassung Nelson Mandelas) haben die politischen Entwicklungen zu einer erhöhten Akzeptanz Südafrikas in der Region und auf dem gesamten afrikanischen Kontinent geführt. Dadurch ergaben sich für das Land neue Handlungsmöglichkeiten. Zum einen nahmen sofort die Wirtschaftskontakte zu. Zum anderen entwickelte sich rasch die Bereitschaft der Regierung, der Konzerne und auch der Befreiungsbewegung einen Dialog über längerfristige 'Nachapartheid'-Regionalkonstruktionen mit den Gesprächspartnern in der Region zu beginnen.

Diese Veränderungen spiegeln sich auch in der Entwicklung des Handelsvolumens wider. So stieg der Handel zwischen Südafrika und Afrika 1989 um vierzig Prozent und im folgenden Jahr nochmals um 22 Prozent.

Alle wichtigen gesellschaftlichen Kräfte Südafrikas sind sich heute darin einig, daß die Zeit nach Abschaffung der Apartheid eine Periode der engeren regionalen Zusammenarbeit und der intensiveren wirtschaftlichen Verzahnung aller Ökonomien im südlichen Afrika mit sich bringen sollte.

Es ist allerdings so, daß die Vorstellungen über die Kooperationsbedingungen und -prinzipien weit auseinandergehen. Strittig ist die Frage, welches Maß an Umgestaltung bei den existierenden Beziehungen nötig erscheint.

Eine Perspektive, die - was kaum überrascht - von vielen vertreten wird, die mit dem alten Regime verbunden sind (dies schließt die gegenwärtige Regierung ebenso ein wie weite Teile des Managements der südafrikanischen Konzerne), besteht darin, die zukünftige regionale Kooperation als Rückkehr zur 'Normalität' von vor 1970 zu betrachten. Die aktuellen regionalen Beziehungen und auch die der Vergangenheit werden dabei ziemlich unkritisch betrachtet. Als Hauptproblem der Vergangenheit sehen diese Leute nur die Existenz von politischen und vertraglichen Zugangsbeschränkungen für Südafrika auf den Märkten der Nachbarstaaten. Diese Einschränkungen hätten Südafrika daran gehindert, seine Rolle als 'Wachstumsmotor' des Subkontinents zu spielen. Sie erwarten deshalb von einem Abbau der politischen Barrieren automatisch einen Aufschwung für den südafrikanischen Außenhandel. Diese Ansicht wird von diejenigen der südafrikanischen Elite vertreten, die Afrika überhaupt ernst nehmen.



Wanderarbeiter Foto: EMW-Archiv

In der etablierten Unternehmerschaft Südafrikas ist auch eine vorsichtigere oder pessimistischere Einstellung zu finden. Diese Personen zweifeln daran, daß Afrika jemals mehr als eine marginale Rolle für Südafrika spielen kann. Sie sind der Überzeugung, daß sich Südafrika eher als Vertreter der 'Ersten Welt' verstehen und auf dem Weltmarkt agieren sollte und weniger als 'Dritte-Welt'-Land, das auf regionale Märkte beschränkt bleibt.

Diejenigen, die eine engere Zusammenarbeit und Integration zwischen Südafrika und seinen Nachbarstaaten befürworten, möchten, daß die Staaten des südlichen Afrika die politischen Einschränkungen aufheben, die den Geschäften Südafrikas mit der Region im Wege stehen. Sie schlagen des weiteren vor, diese Maßnahmen mit einer allgemeinen Liberalisierung der Handelsbeschränkungen zu verknüpfen, um die Region für südafrikanische Exporte und Investitionen zu 'öffnen'.

Die Theorie, die diesen Überlegungen zugrunde liegt, legt im allgemeinen rasche Schritte in Richtung gemeinsamer Markt nahe, ohne Handelseinschränkungen und mit ungehindertem Kapitaltransfer. Auf der praktischen Ebene existieren Anzeichen dafür, SüdafrikaCU als Ausgangsbasis für ein Freihandelsprojekt zur regionalen Integration wieder aufleben zu lassen.

Abgesehen von den direkten Handelsvorteilen, die sich Südafrika aus der Koope-

ration verspricht, soll das Engagement des 'neuen Südafrika' in dem oben genannten Projekt als Ansatzpunkt dafür dienen, die Beziehungen Südafrikas zu Drittstaaten (von außerhalb der Region) unter für Südafrika günstigen Bedingungen wieder herzustellen. So kann beispielsweise das Drängen Südafrikas auf ungehinderten Kapitalverkehr in der Region kaum mit Investitionsplänen südafrikanischer Unternehmen erklärt werden. Vielmehr steht hinter der Forderung der Wunsch, das Bild Südafrikas als 'natürlichen Zugang' zur Region und als Partner für ausländische Investoren im südlichen Afrika wieder aufleben zu lassen.

Viele dieser Überlegungen müssen als kurzfristig und einseitig an den Interessen Südafrikas ausgerichtet betrachtet werden. Sie wurden als Südafrika-zentriert kritisiert und es wurde eingewandt, daß sie weder auf die gegenwärtige Ungleichheit in den Beziehungen zwischen Südafrika und seinen Nachbarn Rücksicht nähmen noch auf das erschreckende Erbe, das die südafrikanische Destabilisierungspolitik hinterließ.

Ebenso werde nur wenig oder nicht berücksichtigt, welche Sprengkraft sich in einem Integrationsprojekt ansammle in dem nicht nur ein voraussichtlicher Kooperationspartner die dreifache Wirtschaftskraft seiner zehn Partner besitzt, sondern

- und das ist noch wichtiger - in dem heute noch strukturelle Ungleichheiten und Dominanz- und Hegemoniebeziehungen existieren.

In dem man sich kurzsichtiger Weise auf die unmittelbare, kurzfristige Export-'Dividende' konzentriert, die die Aufhebung des Paria-Status für Südafrika sehr wohl zur Folge haben kann, übersieht man gleichzeitig, daß diese Strategie nicht in eine längerfristig wachsende Handelsbeziehung münden kann, so lange die gesamte Region für sich keinen Nutzen aus der Präferenzierung (dem bevorzugten Import) südafrikanischer Waren zieht bzw. so lange die südafrikanischen Exporte nicht wettbewerbsfähiger werden. Auch die Zahlungsprobleme der voraussichtlichen Handelspartner in der Region werden nicht ernsthaft berücksichtigt. Hier wird nur die Hoffnung geäußert, daß zukünftig internationale Entwicklungshilfeleistungen für den sofortigen Aufschwung in diesen Ländern sorgen werde.

Diese Vorschläge geben demnach - längerfristig betrachtet - keine zufriedenstellenden Antworten darauf, wie ein auf gegenseitigen Vorteilen beruhendes, wachstumsorientiertes und tragfähiges regionales Kooperations- und Integrationsmodell für das südliche Afrika nach dem Ende der Apartheid geschaffen werden könnte.

Sich selbst tragender Entwicklungsweg

Der alternative Ansatz, der innerhalb der demokratischen Bewegung Südafrikas entstand, geht von der Einschätzung aus, daß die regionalen Handelsbeziehungen und die anderen wirtschaftlichen Kontakte erneuert werden müssen und zwar als Teil eines Umkehrungsprozesses des bisher eingeschlagenen Wachstumspfades. Die Erneuerung der regionalen Beziehungen wurde ursprünglich größtenteils als eine Angelegenheit der Wiedergutmachung betrachtet. Die Klagen der Region über die negativen Auswirkungen der geschichtlich gewachsenen Ungleichgewichte auf ihre Entwicklung und über die, durch die südafrikanische Destabilisierungspolitik hervorgerufenen Zerstörungen, werden als Verpflichtung für ein demokratisches Südafrika begriffen. Man möchte die regionalen Beziehungen gerechter gestalten und zwar zusammen mit den benachbarten Staaten. Man ist sich außerdem darüber im klaren, daß Südafrikas Wirtschaft nicht wachsen und gedeihen kann, so lange inoffizielle Einwanderer die Zahl der südafrikanischen Obdachlosen und Arbeitslosen anschwellen läßt und so lange der Waffen- und Drogenhandel nach Südafrika zu den einträglichsten Formen des 'nicht erfaßten Handels' in der Region zählt.

Die Wiederaufnahme der regionalen Wirtschaftsbeziehungen auf neuer Grundlage wird mitlerweile zunehmend auch als wichtiger Bestandteil einer neuen Wachstumsstrategie begriffen. Die gegenwärtigen Überlegungen innerhalb der südafrikanischen Demokratisierungsbewegung sollte man sich vielleicht am besten als Mix zwischen 'Wachstum durch Umverteilung' und 'Umverteilung durch Wachstum' vorstellen. Eine Umverteilung erscheint unabdingbar, sollen die drängendsten Armuts- und Ungleichheitsprobleme in Angriff genommen werden. Vom Umverteilungsvorhaben werden bedeutende Wachstumsimpulse erwartet, in dem der Grundversorgung für die Ärmsten und für die am stärksten Benachteiligten höhere Aufmerksamkeit gegeben wird. Aber es ist gleichzeitig immer mehr Verantwortlichen klar, daß nach innen gerichtete Umverteilungsprojekte alleine nicht ausreichen, um die Wirtschaft auf einen sich selbst tragenden Entwicklungsweg zu bringen. Die nach außen gerichtete Strategie hat sich insbesondere zum Ziel gesetzt, die gegenwärtige Abhängigkeit Südafrikas von Rohstoffexporten zu reduzieren und die Exporte von Industriegütern zu steigern.

Der Regionalhandel und der Handel mit Sub-Sahara-Afrika wird für alle Projekte, die sich die Förderung der Industriegüterexporte zum Ziel gesetzt haben, zunehmend für strategisch äußerst wichtig gehalten. Dabei könnten einige der Produkte, die als Teil der internen Umorientierungspolitik auf Grundbedarfsgüter vermehrt produziert werden sollen - zum Beispiel Baumaterialien und langlebige Haushaltsgeräte - durchaus Absatzmärkte in anderen afrikanischen Ländern finden. Afrika könnte einen gewichti-

gen Absatzmarkt für Maschinen und Ausstattungsgüter bieten - besonders bei der Minentechnologie.

Südafrika und die SADCC-Länder haben viele Ähnlichkeiten und ergänzen sich oft im Bergbausektor. Gemeinsam fördern sie einen bedeutenden Anteil der Weltproduktion von Bergbauprodukten wie Gold, Mangan, Platin, Diamanten, Kupfer, Nickel, Kobalt, Eisenerz, Asbest, Kohle, Zink, Zinn, Silber und Blei. Dies legt die Einschätzung nahe, daß im Bergbaubereich ein beträchtlicher Spielraum für Kooperationsprojekte existiert, der mit dem Ziel der Gewinnsteigerung bei Weltmarktprodukten in Angriff genommen werden könnte. Von einer wachsenden Ökonomie und von einer industriellen Weiterentwicklung Südafrikas kann



eine gesteigerte Nachfrage nach Wasser und Elektrizität erwartet werden. Zugleich könnte ein besserer Zugang zum südafrikanischen Markt einigen SADCC-Ländern zu einer solideren volkswirtschaftlichen Basis verhelfen, von der aus diese Länder die Erneuerung ihrer Ökonomien auf den produktiven und wettbewerbsorientierten Gebieten anstreben könnten.

Diese sich überschneidenden konkreten Bedürfnisse und Interessen müßten es aus meiner Sicht möglich machen, nach dem Ende der Apartheid einen für beide Seiten vorteilhaften - in den Details noch auszuhandelnden - Wiederaufbau der regionalen Wirtschaftsbeziehungen in Angriff zu nehmen. Dieser Wiederaufbau würde parallel zu einer Marktöffnung vor sich gehen, bei der einem demokratischen Südafrika ein besserer Zugang zu den Regionalmärkten gewährt und im Gegenzug die Versorgung Südafrikas mit Wasser und Energie garantiert würde. Dies wäre als Gegenleistung für die Kooperationsbereitschaft Südafrikas beim Wiederaufbau seiner Nachbarstaaten zu verstehen. Wobei sowohl die bestehenden Ungerechtigkeiten und Ungleichgewichte in den Handelsbeziehungen berücksichtigt werden müßten als auch das einkommenschaffende Potential dieser Länder. Eine Stärkung dieses Potentials könnte durch folgende Maßnahmen gefördert werden.

1. Den Nachbarstaaten wird ein verbesserter Zugang zum südafrikanischen Markt garantiert, um damit ein Zugeständnis in Richtung Ausgleich beim Handel zu erlangen.

2. Den regionalen Wasser- und Elektrizitätslieferanten sollten günstige Tarife garantiert werden.

3. Die Beteiligung am Wiederaufbauprozeß des Transportwesens in der Region sollte in einer Art und Weise geschehen, die berücksichtigt, daß einige Transportprobleme dadurch entstanden, daß frühere Transportrouten bewußt zerstört wurden. Zudem sollte eine rationellere Nutzung der regionalen Transportinfrastruktur gefördert werden.

4. Ein demokratisches Südafrika muß sich für eine regionale Lösung derjenigen Probleme einsetzen, die sich aus der Arbeitsmigration ergeben. Voraussetzung wäre, daß Südafrika anerkennt, daß das Land in der Vergangenheit die Gebiete aus denen die Arbeitskräfte abwanderten sich bewußt unterordnete und diese unterentwickelt hielt. Die Abhängigkeiten, die diese Politik in den Nachbarstaaten erzeugte, ist ebenso anzuerkennen, wie die Tatsache, daß die Destabilisierungspolitik Südafrikas den Trend zur unerlaubten oder 'illegalen' Migration anheizte.

5. Südafrika sollte sich finanziell und materiell an den Entwicklungsprogrammen für die Region beteiligen. Dabei sollten bei der Mittelvergabe prinzipiell zuerst die Interessen der ärmsten und der am meisten zerstörten Länder berücksichtigt werden.

6. Alle Länder sollten ernsthaft versuchen, die für alle Seiten nützlichen Programme gemeinsam durchzuführen. Am wichtigsten wäre dabei, das Ausloten der Spielräume für eine am Bergbau orientierte regionale Industrialisierungsstrategie.

Ein durch Verhandlungen erreichter Wiederaufbau, der sich an den oben genannten Punkten orientiert, würde viele der Ursachen angehen, die zum derzeitigen 'Verkauf überteuerter Waren gegen Devisen' führte. Vorausgesetzt, daß der Zugang zu den Regionalmärkten als Chance zur Effizienzsteigerung begriffen wird und nicht als Strategie zur Vermeidung von Wettbewerb und Produktivitätserhöhung. Die oben aufgeführten Maßnahmen würden für eine solide Basis sorgen, die wiederum als Ausgangspunkt für eine regionale wirtschaftliche Integration dienen und somit ein Gegengewicht zur gegenwärtigen Polarisierung bilden könnte. Es wäre insofern für alle vorteilhaft, da jedes Land das sich beteiligt, einen erheblichen Vorteil aus der Kooperation erwarten kann und dies bei gleichzeitiger Anerkennung der Notwendigkeit einer bewußten Umverteilung der Einnahmen zugunsten der ärmsten und am wenigsten entwickelten Partnerländer.

Robert Davies

gekürzt aus: South Africa after Apartheid, Regional Integration and External Resources (Hrsg. Bertil Odén), The Scandinavian Institute of African Studies, Uppsala 1993, Übersetzung: ug

Anmerkungen:

1) Zur Südafrikanischen Zollunion (SACU) gehören Südafrika, Botswana, Lesotho, Swasiland und seit 1990 Namibia.

2) Einnahmen bei denen keine Waren ins Ausland verbracht werden.

3) Die 'Southern African Development Coordination Conference' (SADCC) wurde 1980 gegründet. Zu ihren Mitgliedern zählen Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambique, Swasiland, Tansania, Sambia, Simbabwe und seit 1990 Namibia.

Zeitschriften & Literatur zu Südafrika

Heribert Adam **"Südafrika - Soziologie einer Rassengesellschaft"**, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1969
Grundlegende, immer noch lesenswerte Analyse der südafrikanischen Gesellschaftsstruktur.

Th. Hanf, H. Weiland, G. Vierdag **"Südafrika: Friedlicher Wandel? Möglichkeiten demokratischer Konfliktregelung - Eine empirische Studie"**, C. Kaiser Verlag, München 1978 (überarbeitete engl. Ausgabe 1983)
Klassische Analyse der Apartheidsgesellschaft der 70er Jahre und erste empirische Erfassung der politischen Zielvorstellungen der Bevölkerung.

R.M. Price **"The Apartheid State in Crisis. Political Transformation in South Africa 1975 - 1990"**, Oxford University Press, New York/Oxford 1991
Hervorragende Analyse des Wandlungsprozesses in Südafrika nach den Soweto-Unruhen. Price untersucht die Dynamik des politischen Geschehens und zeigt, wie besonders in den 80er Jahren das Gesetz des Handelns immer mehr auf die schwarze Mehrheit übergeht.

T. Lodge, B. Nasson **" All, Here and Now: Black Politics in South Africa in the 1980s"**, Hurst & Company, London 1991
Guter Überblick über die vielfältigen Aktivitäten der Demokratischen Opposition in Südafrika. Darstellung der politischen Ideologien und Einführung in die verschiedenen schwarzen Regionalkulturen.

Alister Sparks **"The Mind of South Africa"**, Heinemann Ltd., London 1990
Feinfühlige Darstellung der verschiedenen sozio-politischen und kulturellen Strömungen in Südafrika. Der Autor versteht es, als einer der besten Journalisten Südafrikas, die geistigen Strömungen aller relevanten Gesellschaftsgruppen auch in ihrer historischen Dimension wiederzugeben.

H. Adam, K. Moodley **"The Negotiated Revolution: Society and Politics in Post-Apartheid South Africa"**, Johannesburg 1993
Glänzende Darstellung der Implikationen des Transformationsprozesses in Südafrika und ein Versuch anhand einiger Szenarien die Zukunft der Kaprepublik zu erörtern.

Tom Barnard **"South Africa 1994 - 2004. A popular history"**, Southern Book Publishers, 1991
Ein politischer Zukunftsroman unter Pseudonym von einem südafrikanischen Politikwissenschaftler geschrieben. Die Gesamtlinie ist vielleicht etwas zu negativ, als politi sche Lektüre jedoch sehr unterhaltsam und aufschlußreich.

H. Adam, K. Moodley **"Südafrika ohne Apartheid?"**, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1987
Mitte der achtziger Jahre analysierten die beiden Autoren die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Transformation Südafrikas jenseits der Apartheid. Vor dem Hintergrund der tätsächlich stattfindenden Reform des Apartheidstaates eine immer noch spannende Lektüre, die zur Diskussion einlädt.

Steven Gelb **"South Africa's Economic Crisis"**, D. Philip Publishers Ltd., Claremont 1991
Interessanter Sammelband, der die internen (Apartheid) und externen (Rofstoffabhängigkeit) Gründe für die ökonomische Krise Südafrikas seit den 70er Jahren analysiert.

Pieter le Roux **"Transforming the Economy. Policy Options for South Africa"**, Indicator South Africa (University of Natal), Durban 1992
Ein Sammelband zur Debatte um die ökonomische Transformation. Überlegungen zu einer "sozialdemokratischen" Wirtschaftsordnung in einem Postapartheid - Südafrika. (s.a. Zeitschriften!)

Dieter Mahneke "Konflikt in Südafrika. Die politische Problematik Südafrikas in ihren innen- und außenpolitischen Dimensionen", Schöningh Verlag, Paderborn 1989
Umfassende deutschprachige Darstellung des Südafrikakonflikts vor der Wende. Eher für eine historische Analyse Südafrikas geeignet.

weitere Neuerscheinungen:

G. Maasdorp, A. Whiteside **"Towards a Post-Apartheid Future. Political and Economic Relations in Southern Africa"**, London/Basingstoke 1992

Marina Ottaway **"South Africa. The Struggle for a New Order"**, Washington D.C. 1993

Bernd Weimer **"Das Ende der weißen Vorherrschaft im Südlichen Afrika. Die Wirtschaftskrise in Südafrika und ihre Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Nachbarstaaten"**, Baden-Baden 1992

wichtige Zeitschriften:

International Affairs Bulletin und **South African Record** (beide: Braamfontein).
Sie werden vom South African Institute of International Affairs herausgegeben. Der S.A.Record ist eine der wenigen Dokumentensammlungen.

Politikon (Durban, Florida).
Zeitschrift der South African Political Studies Association.

South Africa International (Johannesburg).
Wird von der South Africa Foundation herausgegeben. Bringt brauchbare, zuweilen sehr offiziöse Publikationen zu außenpolitischen Themen.

South African Journal of Human Rights (Johannesburg).
Wird vom Centre for Applied Legal Studies an der University of the Witwatersrand herausgegeben. Enthält unverzichtbare Überblicke, aktuelle Veränderungen etc.

South African Labour Bulletin (Johannesburg).
Gewerkschaftsfreundlich.

Die Suid-Afrikaan (Woodstock).
Aktuelle *Themen werden in kritisch analysiert. Gibt es neuerdings auch in Englisch, vorher nur in Afrikaans.*

Indicator South Africa. The Barometer of Social Trends (Durban).
Vierteljahreszeitschrift zur politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung in Südafrika. Gute Autoren. Didaktisch hervorragend aufbereitet. Themenschwerpunkte zur Verfassungsdiskussion, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Transformation (s.o.) u.v.m. Wird vom Centre for Social and Development Studies an der University of Natal herausgegeben.

SouthScan. A Bulletin of Southern African Affairs (London).
Gut informiertes Newsbulletin im Zweiwochenrhythmus.

Informationsdienst Südliches Afrika (Bonn).
Einzige deutschsprachige Zeitschrift mit Berichten und Analysen zum Südlichen Afrika.

Zusammengestellt von Heribert Weiland (Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg) und Ulf Engel (Institut für Afrika-Kunde, Hamburg)

Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie

Helfen Sie jetzt mit bei der Abschaffung der Kinderarbeit!

Kinderarbeit und Kindersklaverei haben ihre Wurzeln in unerträglichen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und können daher nicht allein durch internationale Konventionen und nationale Gesetze abgeschafft werden: Erst wenn es gelingt, die soziale Misere in den Ländern des "Südens" zu beseitigen, werden Kinderarbeit und Kindersklaverei wirksam bekämpft werden können.

Dies ist aber weder sofort noch in allen Ländern zugleich möglich. Vielmehr müssen konkrete Ansatzpunkte zur Abschaffung von Kinderarbeit und Kindersklaverei gefunden werden, auch wenn damit jeweils nur einem kleinen Teil der leidenden Kinder geholfen werden kann.

Einer dieser Ansatzpunkte ist die Teppichindustrie, in der alleine in Indien, Nepal und Pakistan zwischen 750.000 und einer Million Kinder "beschäftigt" sind. Zwischen 200.000 und 300.000 dieser Kinder müssen als Sklaven oder Schuldknechte ohne oder gegen nur geringe Entlohnung arbeiten – sei es als "Gegenleistung" für Schulden ihrer Eltern, sei es, weil sie von ihren Eltern in der Hoffnung auf eine Ausbildung dubiosen Vermittlern anvertraut oder weil sie schlicht entführt wurden.

Angesichts des Leides der "Teppichkinder" sollten nur noch Teppiche gekauft werden, die nicht von Kindern hergestellt wurden. Diesem Ziel dient die geplante Einführung eines Warenzeichens für Teppiche "ohne Kinderarbeit" mit dem Namen *"Rugmark"*.

Dieses Warenzeichen ist zwar in greifbare Nähe gerückt, doch ob und wann es Wirklichkeit werden wird, ist noch offen. Denn die gegenwärtigen Verhandlungen in Indien zur Verwirklichung der "Rugmark" zeigen, daß das Warenzeichen nur dann eingeführt und – mehr noch – auf dem Markt durchgesetzt werden kann, wenn dies von den wichtigsten Käuferländern für handgeknüpfte Orientteppiche gefordert wird und wenn in diesen Ländern eine kräftige Nachfrage nach Teppichen "ohne Kinderarbeit" entsteht.

Der weltgrößte Absatzmarkt für handgeknüpfte Teppiche ist Deutschland. Daher haben die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Öffentlichkeit und der Teppichhandel Deutschlands die Möglichkeit, einen entscheidenden Beitrag zur Abschaffung von Kinderarbeit und Kindersklaverei in der Teppichindustrie zu leisten – indem sie sich dafür einsetzen,

- **daß das Warenzeichen für Teppiche "ohne Kinderarbeit" verwirklicht wird und**
- **daß keine Teppiche mehr importiert, angeboten und nachgefragt werden, die von Kindern hergestellt wurden.**

Jetzt kommt es darauf an, daß möglichst viele diese Forderungen unterstützen. Daher wendet sich dieser Aufruf auch an Sie:

- **Kaufen Sie keine Teppiche mehr, die von Kindern hergestellt wurden.**

- **Fordern Sie die Verbände und Unternehmen des Teppichhandels sowie Politikerinnen und Politiker dazu auf, alles Erdenkliche zur Abschaffung von Kinderarbeit und Kindersklaverei in der Teppichindustrie und zur Einführung des Warenzeichens "Rugmark" zu tun.**

Bitte machen Sie mit! Hintergrundinformationen und konkrete Handlungsvorschläge finden Sie in diesem Faltblatt.

Brot für die Welt, Misereor und terre des hommes im November 1993

Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie



MISEREOR



Geraubte Kindheit

Vom schweren Los der "Teppichkinder"

Sind auch die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der "Teppichkinder" Südasiens in mancherlei Hinsicht je nach Land unterschiedlich, so ist dennoch das Los dieser Kinder in allen Ländern gleichermaßen unvorstellbar schrecklich:

- Bereits sehr junge Kinder müssen arbeiten: Im indischen Teppichgürtel sind 15 Prozent (oder über 20.000) der "Teppichkinder" zwischen 6 und 11 Jahre alt. In Nepal liegt das Durchschnittsalter bei 13, die jüngsten KnüpferInnen sind 5 Jahre alt. In Pakistan reicht die Altersspanne von 4 bis 14 Jahren.
- Der Arbeitstag für die Kinder ist sehr lang, nie endet er vor zehn Stunden. Auch tägliche Arbeitszeiten von 14 oder gar 16 Stunden sind keine Seltenheit. Schulbesuch und zukunftsträchtige Ausbildung bleiben den Kindern verwehrt.
- Das Teppichknüpfen ist körperlich sehr anstrengend und mit hohen Gesundheitsgefahren verbunden: In den dunklen und schlecht belüfteten Kammern mit den Knüpfstühlen führt die hohe Konzentration von Wollfasern in der Luft zu bleibenden Schäden der Atemwege, die extrem schlechte Beleuchtung beeinträchtigt schon nach kurzer Zeit das Sehvermögen, und die schweren, groben Werkzeuge wie die allgemeine körperliche Anstrengung führen zu Gelenk- und Bandscheibenschäden. Hinzu kommt die oft völlig mangelhafte Ernährung.
- Die Kinder werden extrem schlecht bezahlt. In Indien verdienen sie in der Regel 8 bis 25 DM pro Monat und damit weniger als ein Fünftel des gesetzlichen Mindestlohns.
- Unter den "Teppichkindern" ist der Anteil der Kindersklaven besonders hoch – manche Schätzungen sprechen von 50 Prozent. Diese oft auch Schuldknechte genannten Kinder müssen in der Regel ohne Lohn zur "Tilgung" von Schulden ihrer Eltern arbeiten, und das kann sehr lange dauern. So sind die Kinder oft viele Jahre von ihren Familien abgeschnitten, und die ihrerseits häufig nicht wissen, wohin die Kindersklaven von dubiosen Geldverleihern und "Arbeitsvermittlern" gebracht wurden.
- Vor allem die Kindersklaven werden oft geschlagen, nicht selten sexuell mißhandelt und gefoltert.
- Die Lebenserwartung der "Teppichkinder" ist gering. Nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes sterben in Pakistan rund 50 Prozent der Kindersklaven vor dem Erreichen des 12. Lebensjahres.

Zum Beispiel Nepal:

Das bittere Los der kleinen Teppichknüpferin

Seit über zwei Jahren arbeitet Mainya Tamang in einer Teppichfabrik in Cabahil, einem schäbigen Vorort Katmandus, der Hauptstadt des Himalaja-Königreiches Nepal. Vierzehn bis siebzehn Stunden täglich sitzt sie vor ihrem Webstuhl, sieben Tage in der Woche. Es ist stickig, die Luft ist voller Wollstaub. Mainya hustet ständig. Ihre Hände haben tiefe Schnittwunden, kaum verheilt. Sie arbeitet hastig, sieht sich immer wieder nach dem Aufseher um, der sie mit dem Fahrradschlauch schlägt, wenn sie das Pensum nicht schafft. Mainya ist knapp fünf Jahre alt.

aus: die tageszeitung, 11.9.93

Kinderarbeit und Kindersklaverei

Weltweiter Skandal mit hoher Dunkelziffer

Wieviele Kinder weltweit arbeiten müssen, ist nicht bekannt. Unbekannt ist auch die Zahl der Kindersklaven. Immerhin gibt es seit jüngster Zeit ernstzunehmende Schätzungen sowohl von internationalen Organisationen wie dem Internationalen Arbeitsamt als auch von Menschenrechtsorganisationen wie der britischen Anti-Slavery International oder der South Asian Coalition on Child Servitude. Die folgende Tabelle trägt einige dieser Schätzungen zusammen, wobei die Zahlen den Stand am Anfang der neunziger Jahre wiedergeben.

	alle Wirtschaftsbereiche Anzahl Fälle		Teppichindustrie Anzahl Fälle	
Region/Land	Kinderarbeit insg.	davon Kindersklaven	Kinderarbeit insg.	davon Kindersklaven
Welt	100 bis 200 Mio.	20 Mio.		
Nepal	2 Mio.	über 1 Mio.	100.000 bis 200.000	50.000 bis 150.000
Pakistan	über 8 Mio.	7,5 Mio.	500.000	über 50.000
Indien	offiziell: 44 Mio. Schätzungen: 50 bis 100 Mio.	8 bis 15 Mio.	150.000 bis 300.000	50.000 bis 100.000

Die Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie will zur Abschaffung der Kinderarbeit unter anderem dadurch beitragen, daß sie ...

- **mithilft bei der Durchsetzung eines Warenzeichens für Teppiche, die nicht von Kindern hergestellt wurden,**
- **mithilft beim Aufbau von Ausbildungs- und Rehabilitationsmaßnahmen für befreite Kinder und**
- **mithilft bei der Verwirklichung eines Einfuhrverbotes für Teppiche, die von Kindern geknüpft wurden.**

Eine Hoffnung gewinnt Gestalt

Internationale Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie

▪ Seit Mitte der achtziger Jahre haben *indische Menschenrechtsorganisationen* wie die "Front zur Befreiung der Schuldknechte" (Bandhua Mukti Morcha) den Skandal der Kinderarbeit und vor allem der Kindersklavenarbeit mit einer breiten Kampagne aufgegriffen und vor Unterorganisationen der Vereinten Nationen ausgesagt. Die Regionalverbände dieser Menschenrechtsorganisationen aus Mirzapur konnten bereits über 4.000 Kinder aus der Sklaverei befreien und entsprechende Urteile des Obersten Gerichtshofes Indiens erwirken. Märsche von Hunderten befreiter Kinder – wie der 1.500 km lange Marsch im Februar 1993 nach New Delhi – erregten breites öffentliches Interesse.

▪ Ende der achtziger Jahre griff diese Bewegung auf Pakistan und Nepal über. Das *Südasiatische Bündnis zur Abschaffung der Kindersklaverei* (South Asian Coalition on Child Servitude, SACCS) entstand. Zu dessen über 60 Mitgliedsorganisationen gehören Bandhua Mukti Morcha, Child Workers in Nepal Concerned Center und Bonded Labour Liberation Front of Pakistan.

▪ Seit Jahren verweisen Menschen- und Kinderrechtsorganisationen in *Europa* wie die britische Anti-Slavery International auf den Skandal der Kinderarbeit und -sklaverei.

▪ Seit 1991 laufen in Indien Bemühungen zur Entwicklung eines *Warenzeichens für Teppiche "ohne Kinderarbeit"*, die vom Indo-German Export Promotion Project, einem Handelsförderungsprojekt der GTZ koordiniert werden. Das Warenzeichen soll von einer privaten, nichtkommerziellen Gesellschaft vergeben werden. Diese *"Rugmark-Foundation"* wird aus Vertretern des indischen Teppichhandels, indischer Nichtregierungsorganisationen wie SACCS und unabhängiger internationaler Organisationen bestehen.

Diese Gesellschaft soll das Warenzeichen "Rugmark" in Lizenz für Teppiche vergeben, die ohne Kinderarbeit und unter Befolgung der gesetzlichen Mindestlohnvorschriften hergestellt werden. Ein international anerkanntes Controlling-Unternehmen soll die Einhaltung der Kriterien überwachen.

Die Verhandlungen über die Einführung der "Rugmark" sollen in Indien bis Ende 1993 abgeschlossen werden. Dann könnte die Registrierung des Warenzeichens zu Beginn des Jahres 1994 beantragt werden. Noch ist aber die endgültige Einführung aufgrund der widersprüchlichen Haltung der Teppichindustrie unsicher.



Foto: Brot für die Welt

Die vier Hauptforderungen von SACCS

1. Einfuhrverbot für von Kindern hergestellte Produkte
2. Ausbildungs- und Rehabilitationsmaßnahmen für Kinder, die aus Sklaverei und Teppichknüpferei befreit wurden
3. keine internationalen Kredite für Projekte, die direkt oder indirekt zur Schaffung oder Absicherung von Kinderarbeit beitragen
4. internationaler Druck auf die Regierungen Südasiens, damit diese die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 einhalten und die eigenen Gesetze gegen Kinderarbeit und -sklaverei endlich wirksam durchsetzen.

▪ Ende 1991 ist in Indien eine Vereinigung von kleinen und mittleren Teppichproduzenten entstanden, die auf Kinderarbeit verzichten. Diese *Carpet Manufacturers' Association without Child Labour* zählt zur Zeit rund 40 Mitglieder.

▪ In den USA hat Senator Tom Harkin im März 1993 einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Einfuhr von mit Kinderarbeit hergestellten Produkten untersagt werden soll. Das Anliegen dieser *Child Labor Deterrence Bill* griff George Brown mit einem eigenen Gesetzesentwurf im Repräsentantenhaus auf. Ende September 1993 beauftragten beide Häuser des Kongresses das Labor Department mit der Vorlage von Berichten über Länder und Branchen mit Kinderarbeit bis zum Juli 1994. Dann will der Kongreß über das weitere Vorgehen beschließen.

▪ Im Juli 1993 forderte das *Europäische Parlament* mit einer Entschließung die Kommission der Europäischen Gemeinschaft unter anderem dazu auf, dem Rat ein Einfuhrverbot für Produkte "mit Kinderarbeit" vorzuschlagen.

Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie

Unser Beitrag in Deutschland – Einladung zum Mitmachen

In *Deutschland* hatte terre des hommes bereits Mitte der achtziger Jahre gegen die Kinderarbeit in der Teppichindustrie protestiert. Brot für die Welt und Misereor folgten. Diese drei Hilfswerke unterstützen die indische Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie maßgeblich, tragen seit Anfang der neunziger Jahre die deutsche Kampagne und führen unter anderem zahlreiche Gespräche mit dem Teppichhandel. Aktionsgruppen und Einrichtungen wie das Informationszentrum Dritte Welt in Herne griffen das Thema Kinderarbeit und -sklaverei in der Teppichindustrie auf.

In enger Abstimmung mit indischen Menschenrechtsorganisationen fordert die Kampagne unter anderem die Einführung des Warenzeichens für Teppiche "ohne Kinderarbeit" als ersten Schritt hin zur Befreiung der "Teppichkinder".

VertreterInnen der deutschen und der indischen Teppichbranche haben in den letzten beiden Jahren der Kampagne gegenüber ihre Bereitschaft erklärt, künftig Teppiche ohne Kinderarbeit herzustellen beziehungsweise nur noch solche Teppiche zu verkaufen. Jetzt kann die Teppichbranche zeigen, ob sie diese Absichtserklärung ernst gemeint hat – indem sie nämlich die Einführung des Warenzeichens "Rugmark" aktiv unterstützt. Noch aber scheint sie – wenn nicht alle Zeichen trügen – zu zögern.

Deshalb ist es jetzt ganz wichtig, daß die deutsche Öffentlichkeit den Teppichhandel unüberhörbar auffordert, künftig wirklich bei der Abschaffung von Kinderarbeit und -sklaverei mitzuhelfen. Dies geht aber nur, wenn auch Sie mitmachen. Deshalb bitten wir Sie um Ihre schnelle Mithilfe, für die wir Ihnen sehr danken:

- Schreiben Sie bitte an Teppichhändler, Warenhäuser und die Verbände des Teppichhandels (Bundesverband der Orientteppich-Importeure e.V. – BVOI, Dammtorstraße 22, 20354 Hamburg; Fachverband des Deutschen Teppich- und Gardinenhandels e.V., Sachsenring 69, 50677 Köln). Fordern Sie die Abschaffung von Kinderarbeit und -sklaverei in der Teppichindustrie und drängen Sie darauf, daß keine Teppiche "mit Kinderarbeit" mehr eingeführt und Teppiche mit dem Warenzeichen "Rugmark" angeboten werden.
- Schreiben Sie an die Bundestagsabgeordneten Ihres Wahlkreises, an die Bundestagsfraktionen und an die Bundesregierung mit der Forderung, alles zu tun, um die Einfuhr von Produkten wie Teppichen mit Kinderarbeit zu unterbinden. (Musterbriefe können bei der werkstatt ökonomie angefordert werden.)
- Schicken Sie bitte Kopien Ihrer Briefe an die werkstatt ökonomie.
- Beteiligen Sie sich an den Unterschriften- und Anzeigenaktionen der Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie. Entsprechende Unterlagen erhalten Sie bei der werkstatt ökonomie.
- Führen Sie bitte Informationsveranstaltungen durch, wir helfen Ihnen gerne dabei, etwa durch die Vermittlung von ReferentInnen.
- Laden Sie VertreterInnen des Teppichhandels Ihrer Region zu einem Gespräch ein. Besuchen Sie Teppich- und Warenhäuser, und sprechen Sie die GeschäftsführerInnen auf das Thema "Kinderarbeit in der Teppichindustrie" an.
- Werben Sie in Ihrem Bekanntenkreis um Unterstützung.

Musterbrief an ein Unternehmen des Teppichhandels:

Sehr geehrte Damen und Herren,

sicherlich stimmen Sie mit mir darin überein, daß Kinderarbeit und Kindersklaverei weltweit bekämpft werden müssen. In diesem Sinne haben auch die Kinder in der Teppichindustrie ein Recht auf ein kindgemäßes Leben und auf eine Ausbildung, die die Grundsteine legt für ihr weiteres Leben.

Daher begrüße ich es, daß Vertreter der deutschen Teppichbranche in den letzten Jahren ihre Bereitschaft erklärt haben, zur Abschaffung der Kinderarbeit beizutragen und künftig auf Teppiche "mit Kinderarbeit" zu verzichten.

Diesem Ziel dient auch die Einführung des Warenzeichens "Rugmark" für Teppiche ohne Kinderarbeit. Wie Sie sicher wissen, sind in Indien die Verhandlungen über die Einführung dieses Warenzeichens in der Schlußphase. Sie werden nur dann erfolgreich beendet werden können, wenn der internationale Teppichhandel die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der "Rugmark" deutlich signalisiert.

Daher bitte ich Sie dringend:

Erklären Sie der Öffentlichkeit und ihrem Verband gegenüber ihre Bereitschaft, künftig auf Teppiche "mit Kinderarbeit" zu verzichten und Teppiche mit dem Warenzeichen "Rugmark" in Ihr Angebot aufzunehmen.

Setzen Sie sich bitte nach Kräften für die Einführung der "Rugmark" ein.

Ich jedenfalls werde keine Teppiche "mit Kinderarbeit" mehr kaufen.

Für Ihre Mithilfe danke ich Ihnen

Die Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie bietet kostenlos (k) oder zum Selbstkostenpreis (s) folgendes Material an (nähere Angaben finden Sie auf den jeweils aktuellen Materialübersichten), das Sie bei der werkstatt ökonomie (Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg, Telefon 06221/720296) bestellen können:

- Faltblatt "Aufruf gegen Kinderarbeit" (Nov. 1993, k)
- Unterschriftenliste "Gegen Kinderarbeit" (Nov. 1993, k)
- Mustertexte und Anschriften für Briefe an PolitikerInnen und an VertreterInnen des Teppichhandels (Nov. 1993, k)
- Unterlagen zur Aktion Zeitungsanzeigen (Nov. 1993, k)
- Plakate in Din A3 und Din A2 (s)
- Materialienmappe (Dez. 1993, s)
- Aktionsbrief "Teppichknüpfer" (s)

Impressum

Herausgeber: Brot für die Welt, Misereor, terre des hommes
Redaktion: werkstatt ökonomie, Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg, Telefon 06221/720296, Fax 06221/781183
November 1993, Auflage: ca. 60.000

"Wir fordern, daß auch die Frau alle Rechte haben soll ..."

Interview mit Frauen von der 'Unabhängigen Frauenunion' Südkurdistans

Zum 8. März diesen Jahres gründete sich in Südkurdistan die "Unabhängige Frauenunion" (UFU). Heute gibt es Niederlassungen in Hewler, Sülaymania, Penjwin, Halabja, Qala Dize und Rania. Die Gründung der Union war zum Teil auch eine Reaktion darauf, daß Frauenverbände in Südkurdistan zwar existieren, aber meist an Parteien angeschlossen und mit "Wohlfahrtsaufgaben" beschäftigt sind. In Sülaymania hat die UFU am 8. März mit sechs Mitgliedern angefangen und hatte einen Monat später schon 22, jetzt sind über 50 Frauen dort organisiert.

Die meisten der Frauen arbeiten oder sind nach der kurdischen Intifada arbeitslos geworden. In Sülaymania sind viele Frauen in den Fabriken - Zigaretten, Kleider - und vor allem in den kleinen Klitschen in Privatbesitz mit 5 bis 15 ArbeiterInnen beschäftigt. Das sind eher Manufakturen, in denen Kekse, Produkte aus Trockenfrüchten oder Papiertaschentücher hergestellt werden. Parallel zur Organisierung aller Arbeiter in diesen Manufakturen haben die Frauen eine eigene Arbeitsgruppe innerhalb der UFU gebildet. Weiterhin gibt es eine Menge Lehrerinnen, Angestellte und Arbeiterinnen aus dem Gesundheitswesen in der UFU.

Frauen sind nach der Intifada durch das Embargo noch schneller arbeitslos geworden als Männer, deshalb stellt die Situation der Arbeitslosen einen großen Bereich der Arbeit der UFU dar.

Ein anderer Schwerpunkt ihrer Arbeit ist momentan, in die Debatte um eine eigene kurdische Gesetzgebung einzugreifen. Das kurdische Regionalparlament ist schon seit einem Jahr dabei, die in der selbstverwalteten kurdischen Region immer noch gültige irakische Gesetzgebung abzuschaffen und ein eigenes Gesetzbuch zu beschließen. Gesetze, die die Situation der Frauen, deren Bewegungsfreiheit und Arbeitssituation betreffen, stehen dabei ebenfalls zur Debatte. Die im Regionalparlament vertretenen Mullahs (das sind zehn im Gegensatz zu sieben Frauen) stellen allen Liberalisierungsversuchen erbitterte Opposition entgegen. Die UFU hat schon mehrere alternative Gesetzesentwürfe eingereicht und plant Aktionen, falls diese ignoriert werden.

Das folgende Gespräch fand während einer Vollversammlung der UFU in Sülaymania statt. Zu jeder Frage äußerten sich mehrere Teilnehmerinnen.

Frage: Was ist die Zielsetzung der UFU?

A: Das Entstehen der UFU ist nicht isoliert zu sehen. Wir haben jetzt in Kurdistan die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Organisierung. So wie die Arbeitslosen sich organisiert haben, wie Gewerkschaften in den Krankenhäusern entstanden sind, aus der gleichen Diskussion ist auch die UFU entstanden.

Wenn wir die Situation der Frauen heute analysieren, dann wird klar, daß die allermeisten Frauen den ganzen Tag im Haus verbringen und Hausarbeit machen, die eigentlich auch gesellschaftliche Arbeit ist. Unsere Forderung ist, die Arbeit der Frauen zu vergesellschaften und sie damit in eine eigenständige Position zu bringen.

Heute ist die Situation schon besser als sie vor einiger Zeit war, und ich sehe die wirkliche Befreiung der Frau auch nur in einer totalen Veränderung der Gesellschaft und in der Befreiung der Arbeiter, aber ich finde es wichtig, daß wir die Situation der Frauen zur Sprache bringen, weil sie ganz spezifische Probleme haben.

B: Dann gibt es noch das Problem der persönlichen Freiheit der Frauen. Wir fordern, daß auch die Frau alle Rechte haben soll, über die die Männer in der Gesellschaft verfügen. Aber da gibt es riesige Mängel. Auf den Frauen lastet ganz anderer gesellschaftlicher Druck als auf den Männern. Das fängt schon damit an, allein aus dem Haus zu gehen oder irgendetwas alleine zu unternehmen. Wenn eine Frau das versucht, dann geht das Gerede los, man läßt sich über ihre Moral aus, redet über sie. Die Ehre der Frau wird als Unterdrückungsmittel angewandt. Du kannst dich als Frau diesem gesellschaftlichen Druck kaum entziehen, weil er so sehr verwurzelt ist. Also über persönliche Freiheiten verfügen die Frauen hier eigentlich nicht. Rechte der Frauen heißt für uns auch, diese Moralvorstellungen zu ändern.

Frage: Habt ihr denn Schwierigkeiten, wenn ihr versucht, auch die Hausfrauen zu erreichen? Mit ihren Männern oder ihren Familien zum Beispiel?

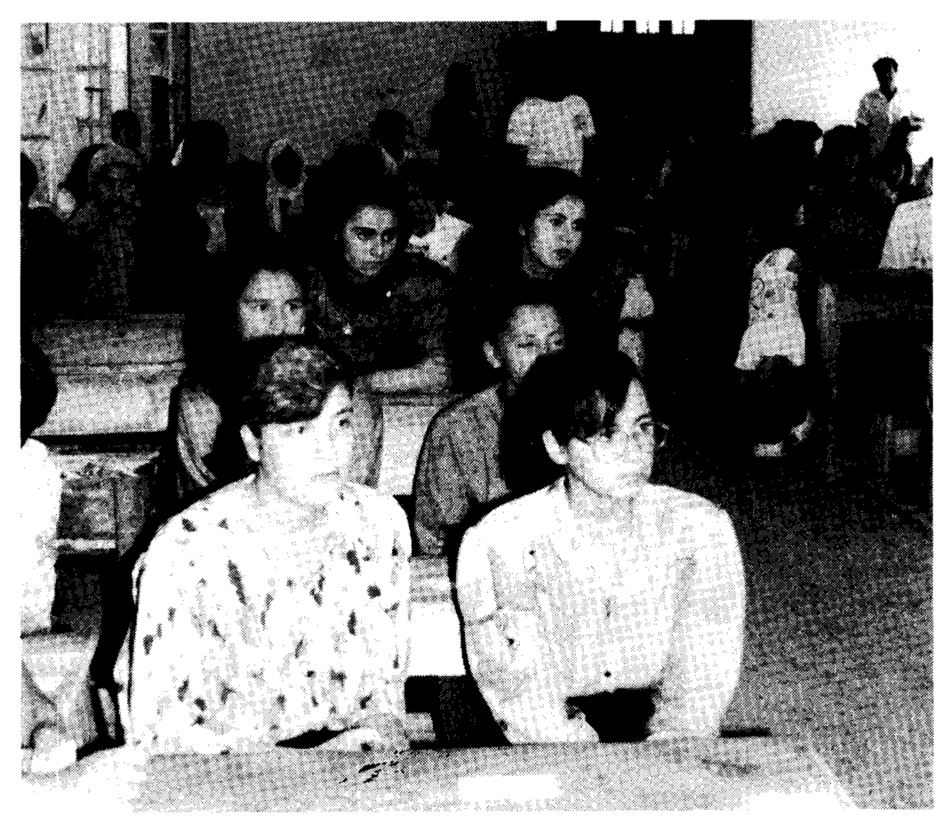
A: Es gibt große Schwierigkeiten, wenn es darum geht, daß die Frauen einfach ohne Erlaubnis das Haus verlassen. Das Problem ist, daß wir gegen kein Gesetz angehen, sondern gegen das, was wir "die Verfügungsgewalt des Mannes über die Frau" nennen. Die Frau muß nach der Hochzeit ihrem Mann gehorchen und darf das Haus nur verlassen, wenn sie gefragt hat - fertig. Das gilt auch, wenn die Frau berufstätig ist, wenn sie Lehrerin oder Beamtin oder sogar Ministerin ist. In privaten Dingen ist sie immer der Aufsicht des Mannes unterstellt, wenn der sagt "Das geht nicht", dann geht es eben nicht.

Es bleibt auch nicht auf dieser privaten Ebene. Der Mann kann vor Gericht gehen und seine Frau anklagen, daß sie ihm nicht gehorcht. Er kann sich dann scheiden lassen ohne jegliche Unterhaltsansprüche von seiten der Frau. Das lassen unsere Gesetze zu, genauer gesagt, das "Gesetz über die persönliche Moral" im irakischen Gesetzbuch. Solange der Mann die Gerichte im Rücken hat, kann er sogar bestimmen, mit wem seine Frau sich unterhalten darf.

Frage: Habt ihr Probleme mit gesellschaftlichen Gruppen, die eben diese Ordnung vertreten, den islamischen Gruppen zum Beispiel?

C: Die islamische Bewegung kämpft natürlich gegen alles, was die persönlichen Freiheiten der Frau garantieren könnte. Sie führt erst einmal einen politischen Kampf gegen uns und alle, die Rechte der Frauen fordern. Sie berufen sich auf die Ehre und versuchen die Frauen damit zu terrorisieren.

D: Ich will dir ein konkretes Beispiel geben: Am Tag vor dem 8. März kam eine Frau aus Halabja hierher, um an der Kundgebung teilzunehmen. Als sie nach Halabja zurückkam, haben die Islamisten sie regelrecht terrorisiert, sie und ihre ganze Familie. Sie haben die Kinder bedroht und sie



Vollversammlung der UFU

mißhandelt. Die Frau ist jetzt hier, sie hat Angst, nach Hause zu gehen, denn in Halabja sind die Islamisten sehr stark.

A: Wir müssen auch noch über körperliche Gewalt gegen Frauen reden. Zur Zeit des Baath-Regimes wurden Frauen in den Gefängnissen fürchterlich behandelt, schlimmer als Männer. Aber auch jetzt in Kurdistan sind viele Frauen im Gefängnis ohne verurteilt worden zu sein, ohne Gerichtsverhandlung. Meistens handelt es sich dabei um Frauen, die sich gegen die "Ehre" vergangen haben, Mädchen, die von zu Hause weggelaufen sind oder Frauen, die vor den Schlägen ihres Mannes geflohen sind.

Am 8. März haben wir gefordert, daß das geändert werden muß, keine Frau darf mehr ohne Gerichtsurteil eingesperrt werden. Wenn es hier Demokratie geben soll, dann ist das das mindeste.

Das Gesetz "über die persönliche Moral" aus dem irakischen Gesetzbuch ist die Grundlage für ein solches Vorgehen gegen die Frauen. Wir wollen, daß dieses Gesetz in Kurdistan abgeschafft wird. Wir wollen, daß es kein Gefängnis mehr für "Ehrenverbrechen" gibt, das ist unsere Forderung an die kurdische Regionalregierung - und natürlich auch, daß es keine politischen Gefangenen mehr gibt, weder Frauen noch Männer.

Frage: Wieviele Frauen sind denn heute z.B. in Sülaymania im Gefängnis.

A: Natürlich waren es unter dem Baath-Regime viel mehr. Einige unserer Mitglieder hier haben das selber erlebt. Aber auch jetzt werden Frauen eingesperrt. Vielleicht werden wir als Mitglieder der UFU morgen auch eingesperrt. Bei Frauen ist das deshalb leichter, weil man ihnen immer ein Ehrenverbrechen andichten kann.

D: Ich war unter dem Baath-Regime im Gefängnis. Mein Kind war damals gerade einen Monat und einige Tage alt. Ich mußte es bei meinen Eltern zurücklassen. Sie haben uns alle fürchterlich behandelt, aber die Frauen noch schlimmer als die Männer.

E: Es gibt ein spezielles Frauengefängnis heute, einige der Frauen haben ihren Mann umgebracht, weil sie es nicht mehr ausgehalten haben. Andere, wie gesagt, sind weggelaufen, dafür werden sie bestraft. Aber makabrerweise geht es manchen Frauen im Gefängnis besser als zu Hause, wo Vater, Bruder oder Mann Gewalt anwenden. Viele haben Angst, entlassen zu werden und wieder nach Hause zu müssen.

Frage: Eine Frage zu einem anderen Punkt: ihr versucht in der UFU Entscheidungen basisdemokratisch zu fällen, das heißt ihr diskutiert und entscheidet in Vollversammlungen. Das ist in der kurdischen politischen Landschaft nicht eben üblich. Wie sieht es da mit euch selber aus, gibt es interne Schwierigkeiten, diesen Ansatz zu realisieren?

E: Unser größtes Problem ist, daß es hier keine Demokratie gibt. Wenn es die gäbe, dann könnten wir ganz anders darüber diskutieren, wie wir Politik machen wollen. Aber solange Frauen noch nicht einmal das Recht haben, sich ihren Mann auszusuchen, solange sind wir noch weit unter Null. Die meisten Frauen haben auch keine Arbeit und lernen so nie, sich in einer größeren Gruppe zu verhalten. Wir sehen ja, daß die Arbeiterinnen und berufstätigen Frauen sich eher äußern können als die Hausfrauen. Das alles sage ich, damit du dir vorstellen kannst, wie schwierig es für uns ist, eine wirklich demokratische Vorgehensweise zu lernen und zu verinnerlichen. Da sehen wir den grundsätzlichen Unterschied zwischen unserer Vereinigung und den bürgerlichen Frauenorganisationen. Wir wollen zuallererst, daß die Frauen Persönlichkeiten werden, die ihre Meinung und ihre Forderungen vertreten können. Das verstehen wir unter persönlicher Freiheit, nicht, ob Frauen abends auch ins Kasino gehen oder nicht. Grundlage für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit sind nicht ein paar mehr Freiheiten, sondern Arbeit und finanzielle Eigenständigkeit. Das fordern wir hier, und das wollen wir lernen, noch effektiver zu fordern.

Frage: Wie sieht momentan eure Zusammensetzung aus, wieviele Arbeiterinnen, berufstätige Frauen, wieviele Hausfrauen machen bei euch mit?

A: Genau können wir das noch nicht sagen, denn alles ist noch ziemlich in der Entwicklung, wir haben Arbeiterinnen hier bei uns, Angestellte und einige Lehrerinnen, aber die meisten von uns sind arbeitslos, also waren mal berufstätig.

Frage: Es gibt innerhalb der verschiedenen ausländischen Initiativen eine Diskussion, Projekte speziell für Frauen anzugehen. Was wären denn eurer Meinung nach da die Prioritäten, also wenn es Geld für Frauen in Kurdistan gibt, wozu sollte das verwendet werden?

G: Für die Frau ist momentan das wichtigste, daß sie nicht mehr im Haus festgehalten und daß ihre Hausarbeit vergesellschaftet wird. Also auch, daß es eine Möglichkeit gibt, Kinder unterzubringen, wenn eine Frau arbeiten will. Daß die Gesellschaft die Verantwortung dafür übernimmt.

E: Wenn es um Projekte geht, dann möchte ich sagen, daß wir Arbeitsmöglichkeiten brauchen. Mit "wir" meine ich Frauen und Männer. Und zwar solche, wo alle die gleichen Chancen auf einen Job haben. Es gibt ja schon Projekte von den Frauenvereinigungen der beiden großen Parteien, z.B. eine Art Kleiderfabrik, aber da kommen nur die Mitglieder der jeweiligen Partei zu einem Arbeitsplatz.

D: Wir wollen Fabriken hier, damit Arbeitsplätze entstehen, aber so, daß die Fabriken uns nutzen und nicht denen, die sie hier aufbauen. Wir fordern Arbeitsplätze, aber bitte nicht irgendwo 12 Stunden Arbeit zu einem Hungerlohn. Wenn hier z.B. von Projektgeldern eine Fabrik gebaut wird, dann soll die so kalkuliert werden, daß die Löhne dieser Fabrik ausreichen, Lebensmittel für die ganze Familie einzukaufen, also Arbeitsplätze, die uns in die Lage versetzen, mit der wirtschaftlichen Situation hier fertigzuwerden.

F: Auf jeden Fall muß das ein Projekt sein, das die Frauen aus ihren Häusern holt und zu einem aktivem Teil der Gesellschaft macht. Wenn für die Frauen nur Heimarbeit geschaffen werden soll - dann: nein danke.

Frage: Wie sieht es denn mit Heimarbeit in Kurdistan aus? In der Türkei z.B. ist das sehr verbreitet. Gibt es das hier auch?

A: Das gibt es hier auch. Früher noch mehr als heute. Als in den vergangenen

zehn Jahren die großen Fabriken gebaut worden sind, da hat die Heimarbeit stark abgenommen, denn in den Fabriken gab es wesentlich mehr Geld. Doch heute gibt es das auch noch, vor allem Näharbeiten machen viele Frauen zu Hause. Für ein lächerliches Geld. Viele Frauen machen nur dann Heimarbeit, wenn sie ein Kind bekommen haben. Denn es gibt keinerlei Unterstützung für sie, weder Kinderkrippen noch finanzielle Unterstützung.

Dabei fällt mir noch etwas anderes ein: Viele Frauen nehmen ihre Kinder mit in die Fabrik, sobald sie alt genug sind mitzuarbeiten. Wir arbeiten dafür, daß in den neuen Gesetzen hier Kinderarbeit verboten wird. Außerdem werden die Frauen in der Regel zumindest in den kleinen Privatbetrieben schlechter bezahlt als Männer.

C: Viele Frauen produzieren auch einfach zu Hause und verkaufen ihre Sachen in Eigenregie. Kleinere Sachen für den Haushalt oder Kleidung. In den Dörfern um Sülaymania herum machen die Frauen Joghurt und verkaufen es auf dem Markt. Alles für extrem wenig Geld. Sie tragen so zum Unterhalt der Familie bei, ohne irgendwelche Rechte zu haben, ohne als berufstätig akzeptiert zu werden und vor allem ohne sich zu organisieren. Das wollen wir ändern. Du siehst, es läuft immer wieder aufs gleiche raus, Arbeitsmöglichkeiten für Frauen.

F: Und soziale Rechte, also z.B. Arbeitslosengeld, natürlich nicht nur für Frauen. Das ist eine allgemeine Forderung, die auch für Männer gilt.

C: Zum Schluß eine Bitte: Wir möchten Erfahrungen der Frauenbewegung und -organisierung in den europäischen Ländern kennenlernen. Wer immer Interesse hat, soll mit uns in Kontakt treten und uns Erfahrungen aus Europa übermitteln. Wir sind hier sehr neu und wollen wissen, was woanders auf der Welt in Bezug auf Frauenorganisierung passierte und passiert.

me, Sülaymania, August 1993

Vom Stahl- über den Blau- zum Grünhelm

Militarisierung der Flüchtlingsabwehr an den Grenzen nimmt zu

Mobile Wärmebildgeräte, BGS-Hilfspolizisten und Bundeswehrsoldaten sollen neben dem zuständigen Bundesgrenzschutz die Ostgrenzen von BRD und EG gegen MigrantInnen sichern. Die Mauer hat sich nach Polen und die Tschechische Republik verschoben und wird von den östlichen Nachbarn weiter gerückt. Diese neuen Mauern im Osten besuchte jetzt eine von der Grünen-Europaabgeordneten Claudia Roth und ihren MitarbeiterInnen organisierte rund 50köpfige Delegation mit VertreterInnen von Flüchtlings- und Asylgruppen sowie BürgerInnen- und Menschenrechtsorganisationen. Die Reise diente der Untersuchung der Folgen der bundesdeutschen Flüchtlingsabwehrpolitik an den Grenzen zu den östlichen Nachbarn. Besonderes Augenmerk wurde auf die Militarisierung der Grenzsicherung gelegt. Es galt, die Auswirkungen von Asylpolitik und zunehmendem Rassismus in staatlicher Politik wie in der Bevölkerung zu erfassen.

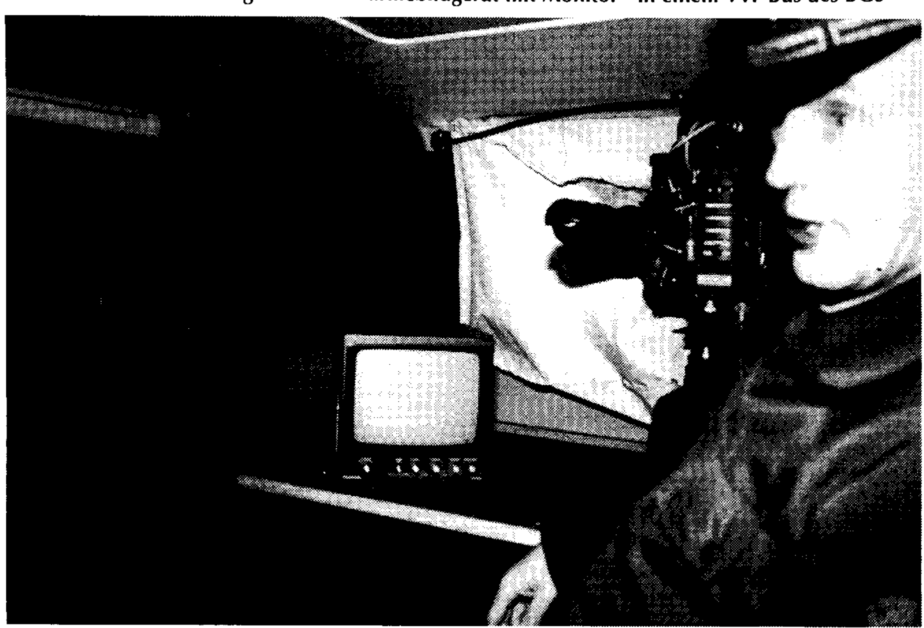
"Seid froh, daß ihr nicht hier seid, es ist nicht gut hier", umschreibt ein Insasse des "Berliner Abschiebungsgewahrsams" in der Kruppstraße die Bedingungen für die hier einsitzenden "Abschieber", wie sie im Polizeijargon heißen. Jeweils acht Menschen unterschiedlicher Nationalität liegen Tag für Tag in als "Verwahrräumen" verbrämten Zellen. Vor den vergitterten Fenstern befindet sich eine weitere Gitterwand in einem Meter Abstand. Die Aufenthaltsräume sind ebenfalls mit mehreren Gitterwänden unterteilt, hinter zwei Gittern steht der TV-Apparat, die einzige aktuelle Informationsquelle für die derzeit rund 130 dort auf ihre Abschiebung wartenden Menschen. Der Aufenthalt in der Kruppstraße dauert zwischen einer Woche und mehreren Monaten. Etwa 9 Menschen befinden sich seit mehr als 200 Tagen in Abschiebehaft. Bei ihnen handelt es sich um Flüchtlinge, die nach einem abgelehnten Asylantrag einen Folgeantrag gestellt haben - keine StraftäterInnen. Die Häftlinge dürfen Besuch empfangen, 15-30 Minuten lang pro Tag in einem Verschlag, getrennt vom Besucher durch eine Glasscheibe - aus "Sicherheitsgründen", erfreut sich der Berliner Abschiebeknast doch seines Rufs als "drogenfrei".

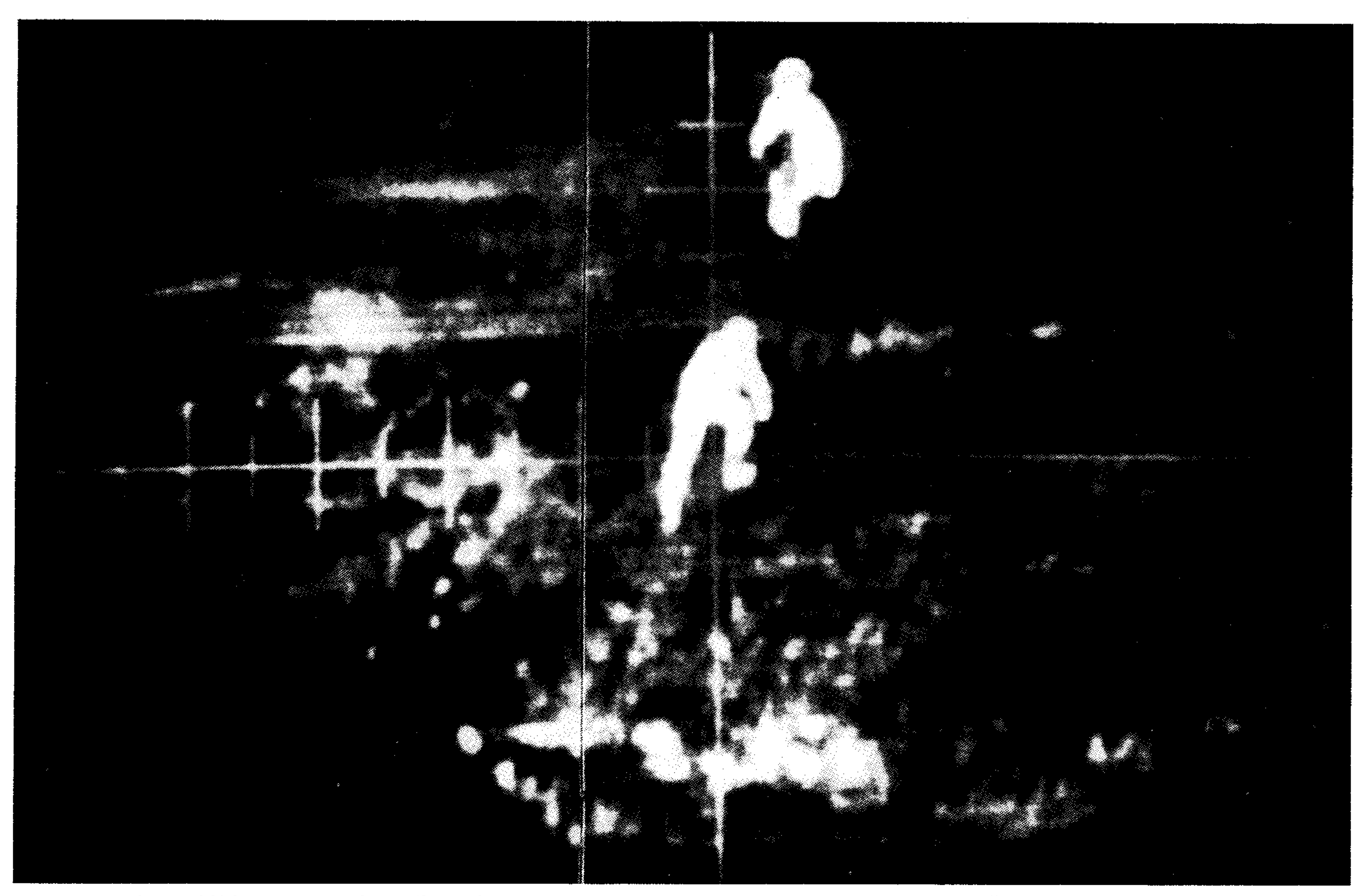
Der Besuch im Abschiebeknast Kruppstraße bildete den Auftakt der "Grenztour zu den neuen Mauern in Europa", die zwischen dem 29. Oktober bis zum 3. November 93 stattfand. Die TeilnehmerInnen der Delegation kamen aus Berlin, Rostock, Greifswald, Frankfurt/Oder, Slubice (Polen), Görlitz, Seifhennersdorf, Zittau, Usti Nad Labem (Tschechische Republik - CR), Prag und dem oberpfälzischen Schwandorf.

Abschottung

"Seit bekannt ist, daß es in Deutschland kein Asyl und keine Sozialhilfe mehr gibt, ist die Zahl der hier illegal über die Grenze kommenden Menschen gesunken," verkündet sichtlich zufrieden ein Beamter des Bundesgrenzschutzes am Grenzübergang vom brandenburgischen Schwedt nach Polen. Und die, welche die Grenze passieren, bleiben meist nicht lange auf deutschem Territorium. Aufgegriffen vom Bundesgrenzschutz (BGS) werden sie unmittelbar verhaftet, einer vollständigen Leibesvisitation unterzogen, erkennungsdienstlich behandelt und bis zu ihrer Abschiebung in BGS-Gewahrsam genommen. Ein Asylantrag nützt nach dem neuen deutschen Asylrecht wenig, da Polen als sicheres Drittland eingestuft ist - dorthin wird zurückgeschoben. Bis auf ein geringes Taschengeld wird den Aufgegriffenen ihr Geld abgenommen - zur Finanzierung eines Strafverfahrens wegen illegalen Grenzübertritts, welches nie durchgeführt wird, weil die Betroffenen längst außer Landes geschafft sind sowie zur Bezahlung der Abschiebekosten. RumänInnen (überwiegend Roma) und BulgarInnen werden, da sie aus "verfolgungsfreien Herkunftsländern" stammen, zum Berliner Flughafen Schönefeld gebracht und zurückgeflogen. Die übrigen Flüchtlinge werden im Rahmen des deutsch-polnischen Rückübernahmeab-

Von der Bundeswehr ausgeliehenes Wärmebildgerät mit Monitor - in einem VW-Bus des BGS





Absicherung der Wohlfahrtsgrenze auf amerikanisch: zwei Flüchtlinge im Visier einer Infrarotkamera beim Überklettern des US-Zauns

kommens auf dem Landweg durch Polen abgeschoben.

"Illegale Einwanderung" ist in der Inneren Sicherheits-Philosophie der Bundesregierung in Übereinstimmung mit den anderen Staaten des Schengener Abkommens (Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Spanien, Portugal, Italien und Griechenland) sowie der EG neben der sogenannten Organisierten Kriminalität und dem "Terrorismus" zur Hauptbedrohung für die "Innere Sicherheit" avanciert. Ein effektiver Schutz der Außengrenzen der Europäischen Gemeinschaft und ihres Binnenmarkts ist demnach vordringliches Ziel der Schengen-Staaten. Nach Ost-Europa hin ist dies die Aufgabe der BRD, und sie erfüllt ihre Aufgabe mit deutscher Gründlichkeit. 25 Grenzübergänge ermöglichen die legale Einreise von Polen in die BRD, 14 Grenzschutzstellen "Grüne Grenze" dienen dem Bundesgrenzschutz als Basen zur Überwachung des Grenzverlaufs in enger Kooperation mit dem deutschen Zoll und dem polnischen Grenzschutz. Unterstützt werden die Grenzschützer hier wie auch an der tschechischen Grenze von technischen Einrichtungen der Bundeswehr. Nachtsichtbrillen und Wärmebildgeräte sollen Flüchtlinge auch zu Nacht- und Nebelzeiten beim Grenzübergang sichtbar machen. Über 1.600 "Illegale" hat der BGS zwischen Februar und Juni 93 mittels der Wärmebildgeräte gefaßt.

Soldaten auf Leihbasis

Und künftig werden 465 Bundeswehrsoldaten ihren "Urlaub" an der deutschen Ost-Grenze verbringen und verkleidet mit BGS-Uniformen dort die von der Bundeswehr ausgeliehenen rund 60 Wärmebildgeräte, bedienen bis der BGS 105 neue, effizientere und ergonomischere Geräte angeschafft hat. Der für die Grenzsicherung im Bundesinnenministerium zuständige Abteilungsleiter Horst Eisel versicherte der Delegation während eines Gesprächs in Frankfurt/Oder, verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Einsatz der Bundeswehr an den Grenzen bestünden nicht, die Soldaten verrichteten diesen Dienst als "Privatpersonen im Wege der Beurlaubung oder Abkommandierung". Diese Aufweichung der verfassungsmäßig gebotenen Trennung von Militär- und Polizeiaufgaben stößt nicht nur bei den Delegationsmitgliedern auf Protest. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wendet sich während der Frankfurter Veranstaltung entschieden gegen den Einsatz von Soldaten: "Wer plant, über den Einsatz von Bundeswehrangehörigen schrittweise eine Militarisierung vorzunehmen, schadet dem Ansehen der deutschen Polizeibeamten und dem der Bundesrepublik bei unseren polnischen und tschechischen Nachbarn. An der strikten Trennung zwischen Polizei und Bundeswehr darf kein Zweifel aufkommen", heißt es in einer Erklärung des GdP-Bundesvorstandes. Und der bei der GdP für den Bezirk BGS-Präsidium Ost zuständige Sven Hüber verortet auch sogleich Selbstverständnisprobleme bei der Bundeswehr: "Vom Stahlhelm über den Blauhelm zum Grünhelm?"

Auf wenig Verständnis stößt dieses Vorhaben des Bundesinnenministeriums (BMI) auch bei dem im BGS-Amt Frankfurt/Oder für die Ausbildung an den Wärmegeräten zuständigen Beamten. "Wir haben unsere Leute bislang selbständig an den Geräten trainiert. Wir brauchen keine Soldaten". Pragmatisch gibt sich hingegen der Chef des Grenzschutzpräsidiums Ost, Lothar Pusch: "Das spart Personal für andere Einsätze". Mehr Beamte braucht Pusch für den Einsatz an der deutsch-dänischen Grenze. Seit der High-Tech-Überwachung der deutschen Ostgrenzen ist es nach Beobachtungen von BGS und BMI zu einer Verlagerung der Migrationsströme vom Osten sowohl in den Norden, aber auch an die deutsch-österreichische und die deutsch-schweizerische Grenze gekommen, so daß die Grenzschutzeinheiten zumindest an der dänischen Grenze auch durch Ost-BGSler bereits verstärkt wurden.

Fluchthilfe

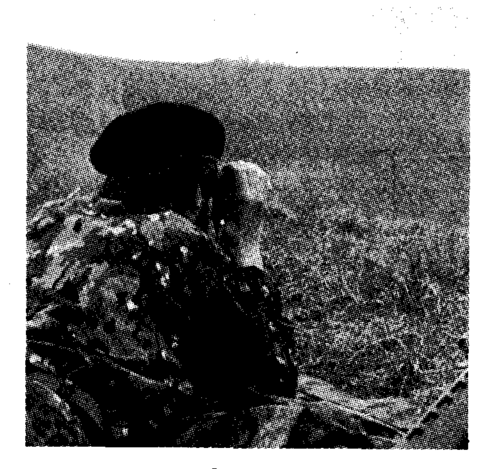
Diese Verschiebung der Migration ist nach Ansicht der BGS-Beamten in erster Linie auf die Aktivitäten von Schleusern (zu DDR-Zeiten: Fluchthelfer) zurückzuführen. "Schleuseraktivitäten bewegen sich wie das

Wasser, sie suchen sich ihren Weg", erläutert GdP-Funktionär Hüber. Und sowohl Politik wie BGS stehen dem recht ratlos gegenüber. "Wir kriegen nur die kleinen, die die Drecksarbeit leisten, die Leute über die Grenze schaffen und dort dem BGS in die Arme laufen" gibt BMI-Abteilungsleiter Eisel zu und deutet damit die Existenz mächtiger Schleuserkartelle im Hintergrund an. Dem will Eisel (BMI) mit einem europäischen Abkommen entgegentreten, welches die Verfolgung von Schleppern nicht nur in dem Land, in das sie schleusen, sondern auch in dem Land, von dem aus sie schleusen, zuläßt.

Daß Fluchthilfe jedoch noch immer auch Familien- und Freundessache ist, ergibt sich bei einem Besuch an der grünen Grenze zwischen der BRD und der CR im sächsischen Seifhennersdorf nahe Zittau. Dort wurden vom BGS AsylbewerberInnen aus ost- und westdeutschen Städten sowie ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter als Schleuser von Familienangehörigen und Landsleuten aufgegriffen. Jede Nacht kommen nach Angaben des Leiters des Grenzschutzamtes Pirna, Steffen Claußner, zuständig für den sächsisch-tschechischen Grenzabschnitt, Nicht-Deutsche ohne Einreisepapiere über die grüne Grenze. Bei 2.450 versuchten illegalen Einreisen zwischen dem 1.7. und dem 1.11.93 wurden 76 Asylbegehren gestellt, 10 durften tatsächlich in die BRD einreisen.

Armutsgrenze

Seit 1945 war die Grenze zwischen der CSSR, jetzt Tschechischen Republik, und der DDR, jetzt BRD-Land Sachsen, bis auf eine kurze Phase 1968 infolge des Prager Frühlings offen, der Zaun war abgerissen, Bäume und Gestrüpp wuchsen beiderseits der Grenzen, Häuser, und ganze Dörfer siedelten unmittelbar am Grenzrand. Seit Anfang November haben ABM-Kräfte in Seifhennersdorf viel zu tun. Sie heben einen Graben zwischen der BRD und der CR aus, Bäume und Gestrüpp werden gerodet, um dem BGS ein freies Sichtfeld bis weit in die CR zu gewähren. Eine Vielzahl von Einbrüchen, Fahrrad- und KFZ-Diebstählen, auch körperliche Angriffe haben die Bevölkerung Seifhennersdorfs wie auch anderer unmittelbarer Grenzdörfer wütend werden lassen. Deutsche wie tschechische Kleinkriminelle kommen weitgehend ungesehen über die Grenze und verschwinden ebenso schnell wieder mit ein bißchen Diebesgut, ohne daß die Polizei eingreifen kann. Selbstorganisierte Streifen mit bissigen Hunden sollten Polizei und BGS deshalb auf Trab bringen. Ein unauffälliges orangefarbenes Schild mit der Darstellung eines gesprengten Steines, an einem direkt an der Grenze stehenden Baum angebracht, deutet jedoch auf mehr: BürgerInnen haben selbst Sprengkörper entlang ihrer Grundstücke verlegt. "Hier wird soviel eingebrochen, weil wir soviel haben", erkennt der zuständige Dezernent im Landratsamt Zittau, Alfred Röthig. Vor der "Wende", zu DDR-Zeiten hat es "das nicht gegeben", versichert der Seifhennersdorfer Bürgermeister Christof Lommatzsch. "Damals gab es bei uns nichts zu holen und drüben auch nicht".



Mauer-Verschiebung nach Osten

Heute ist diese Grenze EG-Außengrenze und damit auch Armutsgrenze. Täglich versuchen Menschen insbesondere aus Bulgarien, Rumänien, aus den GUS-Staaten, aber auch aus Asien, vornehmlich den Philippinen und Sri Lanka über die CR in die BRD zu gelangen. Und täglich werden rund 70 Menschen zurück in die CR geschickt, erklärt im Haus der Kulturen in Prag Marian Zajicek, Vertreter des tschechischen Innenministeriums. Derzeit vollziehen sich die Rückschiebungen von der BRD in die CR noch auf Grundlage des "Passauer Protokolls", einer Vereinbarung zwischen Bayern und der CSFR. Ein Rückübernahmeabkommen mit der BRD analog zum deutsch-polnischen Abkommen wird jedoch gegenwärtig verhandelt. Dabei wird die CR finanzielle Zuwendungen bekommen, um ihre Ostgrenze (zur Slowakei) zu befestigen und zu überwachen. "Noch ist die tschechisch-slowakische Grenze sehr offen, aber es wird eine klassische Grenze werden. Denn in Zukunft müssen alle Grenzen wie die deutsch-tschechische Grenze befestigt werden, da der Flüchtlingsstrom aus dem Osten und vom Balkan her am stärksten ist", erläutert Zajicek die tschechische Grenzpolitik. Mit einer Reihe von bilateralen Abkommen schafft die CR überdies die rechtlichen Voraussetzungen, um ihrerseits Flüchtlinge zurückschieben zu können. Bislang hat sie Rückübernahmeabkommen mit ihren Nachbarstaaten Österreich, Polen und der ehemaligen Föderationspartnerin Slowakei abgeschlossen. Verträge mit Ungarn, Kroatien und Rumänien sind in Vorbereitung. "Es handelt sich tatsächlich um eine Kette, die in Gang gesetzt wurde und noch kein Ende gefunden hat", beschreibt Zajicek den Dominoeffekt, den die rigorose Flüchtlingsabwehrpolitik von BRD und EG Richtung Osten in Gang gesetzt hat.

Neue Mauern im Osten - es gibt sie! Es werden High-Tech-Mauern an den deutschen Ostgrenzen hochgezogen gegen MigrantInnen. Die Nachbarländer Polen und Tschechische Republik übernehmen weitgehend das deutsche Asylrecht und deutsche Grenzsicherungsregime. Doch geschieht dies nicht gegen ihren Willen oder ihre Absicht. Sie ziehen ihrerseits weitere Mauern weiter östlich hoch, um sich und dem reichen Westeuropa MigrantInnen fernzuhalten und hoffen dadurch, in die Familie der westeuropäischen Staaten aufgenommen zu werden, sich gemeinsam gegen Armut und Flucht abschotten zu dürfen.

Katina Schubert

Dienstplan ohne Grenzen

Zur Migration von Krankenschwestern

In der gängigen Asyl- und Migrationspolitik werden MigrantInnen als Problem definiert. Eine Diskussion um die Ursachen von Migration wird dadurch verhindert. Stattdessen steht die Regulierung der Einwanderung und die Begrenzung der MigrantInnenzahlen im Vordergrund. Ignoriert wird dabei, daß die Globalisierung der Waren- und Arbeitsmärkte, die Migrations- und Fluchtbewegungen und die Brandstifter an den Schreibtischen und auf der Straße zusammengehören. Wer vom Rassismus redet, sollte vom Weltmarkt nicht schweigen.

Das jüngst im iz3w-Verlag erschienene Buch "Heute hier - morgen fort" *versucht, die soeben angesprochenen defizitären Diskussionen um die Zusammenhänge von Migration und Rassismus auf ihre weltmarktpolitischen Füße zu stellen. Herausgeberin ist die Arbeitsgruppe 501, ein Nachfolgeprojekt der Kampagne "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand."*

Im folgenden veröffentlichen wir den Buchbeitrag "Dienstplan ohne Grenzen. Zur Migration von Krankenschwestern" von Hanna Beneker und Eva Wichtmann. Zuvor wollen wir, entsprechend der Vorgehensweise im Buch, noch kurz auf die Situation der "Migrantinnen im Weltmarkt für Arbeitskraft" - so der Titel des Buch-Beitrags von Lydia Potts - eingehen. Lydia Potts gibt darin einen Überblick über die historischen, rassistischen und sexistischen Strukturen der weltweiten Arbeitsmigration.

Transfers lebendiger Arbeit im Interesse europäischer Ökonomien sind so alt wie die europäische Expansion und zentrale Bestandteile von Kolonialismus und Imperialismus in allen ihren Phasen. Mit 'Feminisierung der Migration' - ein noch relativ neues Phänomen - bezeichnet Potts die Zunahme des weiblichen Anteils an der Migration bzw. an den EinwanderInnenzahlen. In den USA machen Frauen mehr als die Hälfte der jährlichen EinwanderInnen aus. Die Mehrheit der Flüchtlinge weltweit sind Frauen und kleine Kinder. Zudem haben sich spezifische Formen der Migration entwickelt, die ausschließlich weibliche sind: Heiratsmigrantinnen, Hausangestellte, Krankenschwestern, Prostituierte. Frauen haben auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft im Gegensatz zu männlichen Migranten mehrere Funktionen - oftmals gleichzeitig - zu erfüllen: sie werden wie Männer als Arbeitskräfte rekrutiert, sollen als Produzentinnen zukünftiger Arbeitskräfte dienen und werden weltweit als Sexualobjekte verschoben. Die Nachfrage seitens der patriarchalen, stark auf Dienstleistung ausgerichteten Industriestaaten des Nordens nach möglichst rechtlosen Frauen aus den Ländern des Trikonts und zunehmend auch aus Osteuropa als Sexualobjekte wächst. Die Möglichkeiten der Transport- und Kommunikationstechnologie führen über Militärpräsenz und Tourismus zu neuen Formen der Migration. Die legalen, illegalen und halblegalen Formen der Immigration berauben die Eingewanderten wesentlicher Rechte und machen ihren Verbleib davon abhängig, ob sie die ihnen zugedachte(n) Funktion(en) erfüllen. Traditionell als weiblich definierte Arbeiten und Tätigkeiten, die Frauen in hochindustrialisierten Gesellschaften teilweise verweigern, werden weder abgeschafft noch zwischen Männern oder Frauen geteilt. Sie werden Frauen anderer Kontinente und Kulturen zugewiesen: Tätigkeiten wie Fließband- und Putzarbeit, Prostitution, das Gebären und Aufziehen von Kindern sowie die Reproduktion der Arbeitskraft und natürlich: der Einsatz als Pflegekräfte zur Stabilisierung der Dauerkrise des Gesundheitssystems.

Ausländische Krankenschwestern im deutschen Stationsdienst werden gemeinhin nicht mit Frauenhandel in Verbindung gebracht. Die Beschreibung der "sanften Engel" aus Korea und den Philippinen und der "leisen Zuverlässigkeit" der osteuropäischen Pflegerinnen sind allerdings auffällig, und für die ausländischen Frauen sind irritierende "Weiblichkeitserwartungen" alltäglich. Der allgemeine Pflegenotstand in den Industrieländern belegt den gesellschaftlichen Verlust an Fürsorglichkeit und zwingt zum forcierten Rückgriff auf die Kapazitäten des freien Weltmarktes.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten sind weltweit Frauen in Bewegung gesetzt. Hausangestellte, Tages- und Leihmütter, Prostituierte und Krankenschwestern folgen als Wanderarbeiterinnen den Gesetzen von Angebot und Nachfrage und überwinden das Kaufkraftgefälle zwischen reicher und armer Welt. Sie sollen die Zuwendungsbedürfnisse der Länder höherer Marktordnung befriedigen, deren Wirtschaftsrationalität auch die letzten Privatsphären durchdrungen hat.

Bereits mit dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft war 1977 eine Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung der Diplome und Titel der jeweiligen Krankenschwestern und -pfleger für die EG in Kraft getreten. Zugleich sollte die Niederlassung und Berufsausübung in den Einwanderungsländern erleichtert werden. Für Portugal und Spanien trat die volle Freizügigkeit innerhalb der Gemeinschaft erst Anfang 1992 in Kraft.

Ob die damals intendierte Mobilisierung des europäischen Pflegepersonals auf eine Initiative der reicheren EG-Länder zurückging und man sich davon Abhilfe für den nationalen Mangel an Krankenschwestern und -pflegern versprach, bleibt dahingestellt. Jedenfalls hatten die geschaffenen rechtlichen Grundlagen keine beeindruckenden Folgen: Für Deutschland, Irland, Griechenland und Spanien sind keine Migrationszahlen bekannt, aber die Daten der übrigen acht Länder weisen zwischen 1979 und 1990 lediglich 9.174 eingewanderte Krankenschwestern und -pfleger aus[1].

Obwohl die Zahlen also alles andere als vollständig sind und zudem je nach Quelle erheblich voneinander differieren, läßt sich keine große 'Flexibilisierung' von europäischen Krankenschwestern und Krankenpflegern erkennen. Nur ein Promille der 1,7 Millionen examinierten Krankenpflegekräfte sind innerhalb der zwölf EG-Länder als Migranten und Migrantinnen erfaßt. Zu sehr unterschieden sich die Gesundheitssysteme und zu unterschiedlich seien die Aufgaben und Rollen des Pflegepersonals in den jeweiligen Systemen, meinen die Sachverständigen. Dies gelte sowohl für die Kran-

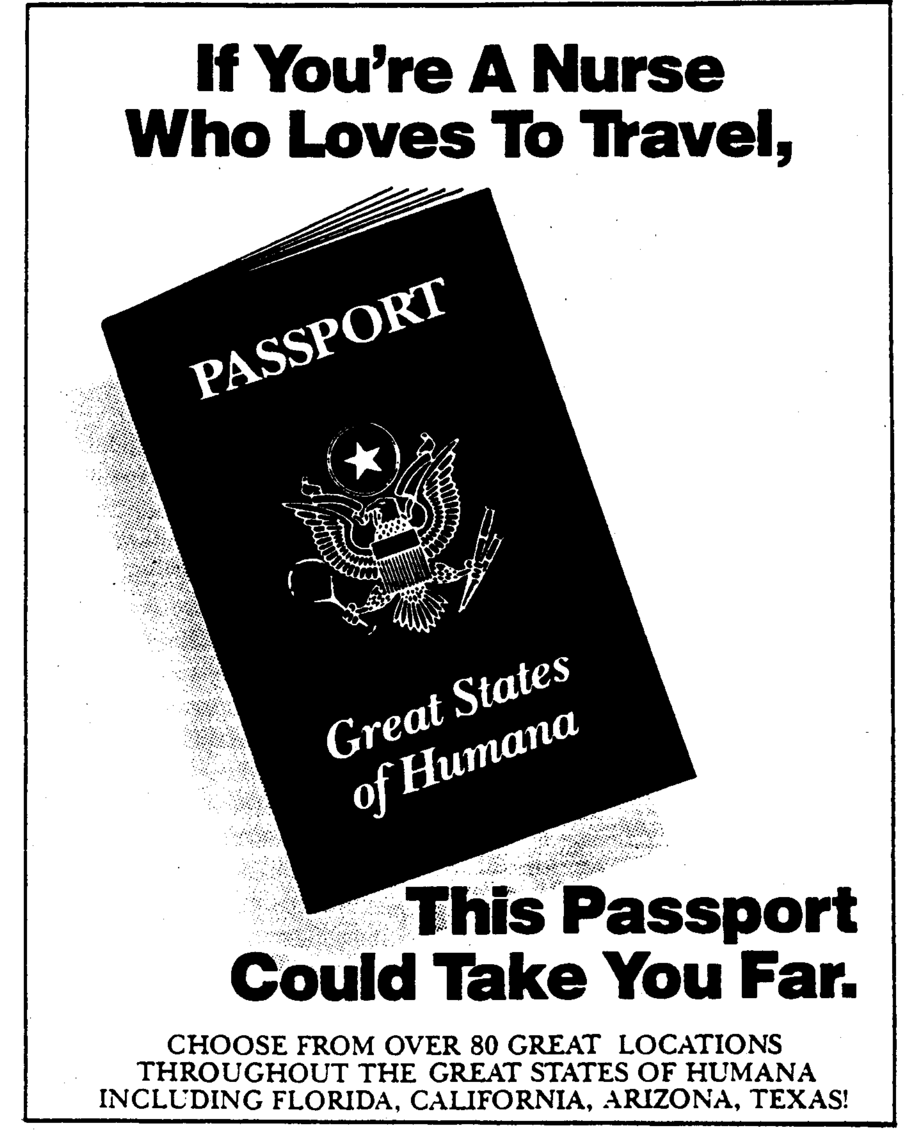
kenhäuser als auch für die Heimpflege. Als weitere Gründe werden die Sprachunterschiede genannt und die Migrationsbeschränkungen der überwiegend weiblichen Pflegekräfte, insbesondere der verheirateten Frauen[2].

Anwerbungspraxis und Einreisebedingungen

Bei Frauen aus der 'Dritten Welt' wird diese Flexibilität aber durchaus vorausgesetzt: Migrationsbereitschaft mit jahrelanger Trennung von der Familie, Einpassung in ein fremdes Gesundheitswesen mit völlig anderem Pflegerollenverständnis und Integration in eine rassistische und sexistische kulturfremde Gesellschaft. Damit diese Belastungen aber nicht die Arbeitsfähigkeit einschränken, wurden zum Beispiel in einem 'Philippinenprogramm' von deutscher Seite ausdrücklich eine psychologische Begutachtung der Streßfähigkeit unter Berücksichtigung eines mindestens dreijährigen Familienentzugs für jede Arbeitsvermittelte gefordert.

Großbritannien erleichtert die Einreise von Krankenschwestern aus 'Dritte-Welt-Ländern', wenn diese Einladungsbriefe von englischen Krankenhäusern besitzen. Ein Studienvisum wird in solchen Fällen zugesichert. Staatsangehörige aus dem Commonwealth bekommen umstandslos die Einreiseerlaubnis, wenn sie sich für eine 'Arbeitsfreizeit' von bis zu 2 Jahren bewerben. Arbeitsmärkte werden von Pflegezeitschriften in Großbritannien organisiert, wo sich Arbeitnehmer und - ausländische - Pflegekräfte 'kennenlernen' können. Sie müssen allerdings auf eigene Kosten und mit unkalkulierbarem Risiko einreisen und auch die mehrmonatige Überprüfung mit eigenen Mitteln überbrücken. Andererseits wandern englische Krankenschwestern in die USA, nach Kanada, Australien oder Singapore ab. In den USA sind Pflegekräfte aus 102 Nationen, von Argentinien bis Zaire eingestellt und die Anwerbekommissionen sind in über 32 Ländern aktiv, mit Schwerpunkten in London, Dublin und Manila.

Manche Kritiker problematisieren zwar die Praktiken der Kommissionen, die kein Recht hätten, eine Anwerberazzia in Ländern mit kritischer Pflegestellenbesetzung wie England, Kanada oder Australien durchzuführen, aber dort wie auch in Deutschland wird mit dem Vorteil für die Exportländer argumentiert, die ja schließlich die neuesten Modelle der Betriebsorganisation und die neuesten Behandlungstechnologien mit dem zurückkehrenden Personal transferiert bekämen. An Betriebsorganisation haben die ehemaligen Kolonien durch die jahrzehntelange Migrationsgeschichte und den privilegierten Fachkräfteaustausch jedoch vor allem die krankenhauszentrierte Gesundheitsversorgung mit hauptstädtischer Zentralisierung und eine geschlechtliche Arbeitsteilung bei den medizinischen Berufsgruppen gelernt. Sie haben gelernt, daß mit der neuesten Technik vieles für wenige machbar ist zu Kosten, die für die überwältigende Mehrheit nicht aufgebracht werden können, und daß deshalb dem Privatsektor ein hoher Stellenwert eingeräumt werden muß. Sie haben auch gelernt, daß diese Technologien nur von fachärztlichem Personal richtig genutzt werden können und daß es die Spezialisierung verbietet, sich um präventive, sozialmedizinische Programme zu kümmern.



Der Paß "Great States of Humana" verspricht viel - ist aber keine Gewähr für dauerhaften Aufenthalt. Foto: Mabuse-Verlag

Nicht alle Herkunftsländer sind von diesen Vorteilen überzeugt. So wehren sich inzwischen Länder wie Australien, Neuseeland und Südafrika gegen die Abwerbung und stellen den Kommissionen kein Visum für ihre Rekrutierungsreisen mehr aus. Der philippinische Krankenschwesternverband protestiert lauthals gegen das 'Ausbluten' der eigenen Gesundheitsversorgung, und Indien verbietet, wie auch andere Länder, daß Eignungsprüfungen für eine Kandidatinnenauswahl im Lande gemacht werden.

Die amerikanischen Krankenhausträger werben nun um so intensiver mit Anzeigen und dem seltenen Privileg offener Grenzen: Der Paß der 'Great States of Humana' bietet alle Einreisemöglichkeiten, die eine schlechtverdienende Krankenschwester der 'Dritten Welt' sich nur wünschen kann, inklusive freier Auswahl zwischen 80 verschiedenen Arbeitsstandorten und einer 13-wöchigen 'Arbeitsfreizeit'. Ist die Ausländerin aber erst einmal eingeflogen, hat sie angesichts der verschärften Einwanderungsbedingungen und Quotierung trotzdem Mühe, eine dauerhafte Aufenthaltsberechtigung zu erhalten.

Kongreßabgeordnete plädieren für eine Ausnahmeregelung: Alle diejenigen, die sich nach fünf Jahren verpflichten, noch weitere fünf Jahre in chronischen Mangelregionen zu arbeiten, sollen automatisch ihre Aufenthaltsberechtigung erhalten. Analog zu der geringen europäischen Pflegemobilität kann auch von den US-amerikanischen Krankenschwestern kein überregionales Arbeitsinteresse erwartet werden; sie sind familiär gebunden und vom lokalen Stellenmarkt abhängig. Ortsferne Alternativen gibt es für sie kaum, bei Mangel an akzeptablen Arbeitsplätzen in der Umgebung oder

Unzufriedenheit mit der ausgeübten Tätigkeit geben sie ihre Berufstätigkeit auf.



Die ersten japanischen Krankenschwestern trafen 1965 in der Bundesrepublik ein und wurden für die Krupp-Krankenanstalten in Essen engagiert

Koloniale Bande

Fast alle westlichen Industrieländer litten während der 60er und 70er Jahre unter ernstem Pflegenotstand und behalfen sich in dieser Zeit mit Krankenschwestern und -pflegern aus der sogenannten Dritten Welt. In Großbritannien waren 1972 mehr als 10.000 ausländische Pflegekräfte beschäftigt, in Deutschland waren es noch weit mehr. Allein der Pharmakonzern Boehringer Ingelheim behauptet mit Stolz, die Vermittlung von mehr als 10.000 Filipinas in deutsche Krankenhäuser angebahnt zu haben.

Weltweit wird für 1972 ein Nettotransfer von etwa 4.300 Krankenschwestern in die Industrieländer geschätzt, eine Zahl, die bei dem massiven Rückgriff westeuropäischer und nordamerikanischer Gesundheitssysteme auf die Personalressourcen der 'Dritten Welt' unglaublich niedrig klingt und eine mangelhafte Erfassung nahelegt. Untersuchungen über die migrationsbedingten Gesamtgewinne an qualifiziertem Pflegepersonal fehlen bedauerlicherweise.

Europaweit wurden die noch immer bestehenden 'kolonialen Bande' neu genutzt; England importierte Pflegepersonal aus dem Commonwealth, Australien, Neuseeland, Westindien, der Karibik, Mauritius, dem südlichen Afrika und Irland, Frankreich und Luxemburg überwiegend aus dem Maghreb, Belgien aus dem Kongo.

Die kirchlich getragenen Krankenhäuser hatten den Vorteil noch bestehender missionsärztlicher Beziehungen in Südkorea, Indien, Philippinen und Schwarzafrika, über die sie ganz selbstverständlich und in ständiger Bedarfsentsprechung Krankenschwestern und pflegeausgebildete Ordensfrauen zu 'Fortbildungs-' und 'Austauschzwecken' einreisen lassen konnten. Die Verbindungen ließen sich auch staatlicherseits nutzen. So fand die Bundesrepublik Deutschland ihr Pflegereservoir vor allem in den ausbaufähigen 'Exportländern' Philippinen und Südkorea, die auch Italien, die Schweiz, Holland und die skandinavischen Länder, vor allem Schweden, 'mitversorgten'. Auch wenn der Beschäftigung ausländischen Krankenpflegepersonals durch die beschränkten Integrationskapazitäten der nationalen Krankenhausträger enge Grenzen gesetzt waren und sich das eigene Pflegepersonal häufig der plötzlichen 'Überfremdung' des Stationsdienstes und der zusätzlichen Einarbeitungsbelastung vehement widersetzte, war der Pflegekraftimport aus der 'Dritten Welt' fast immer die entscheidende Katastrophenhilfe für die krisenhaft verschärfte stationäre Versorgung.

In der BRD pflegten 1973 über 5.000 Koreanerinnen, über 2.000 Filipinas, über 500 Indonesierinnen, in Hessen 150 junge Frauen aus Taiwan und in Rheinland-Pfalz 22 Pflegekräfte aus Mauritius. Während die bundesdeutschen Krankenschwestern nach durchschnittlich eineinhalb Jahren ihre Arbeit aufgaben, war das Pflegepersonal aus Fernost auf drei Jahre an ein Krankenhaus verpflichtet.

Bleiben konnten sie zunächst für fünf Jahre, danach sollte eine Weiterbeschäftigung in der Regel ausgeschlossen sein, denn "dann erwirbt die Schwester ja erst das erste Anrecht auf spätere Rente". Nach fünf Jahren sollte ausgewechselt, neue Kräfte herangeholt werden. Bis 1976 wollte man 14.000 Pflegekräfte einfliegen. Das Geld für den Rückflug wurde ihnen monatlich vom Lohn abgezogen.

Nach den ersten Ausweisungen waren Mitte Juli 1978 noch ca. 12.000 der angeworbenen Fachkräfte in Deutschland. Bei den Ausländerinnen, die vor 1972 gekommen waren, setzten sich vielfach die Krankenhausinteressen zur Weiterbeschäftigung der eingearbeiteten Krankenschwestern durch und die Arbeitsverträge wurden auch über die Fünf-Jahresschwelle hinaus verlängert. Damit war ihre Ausweisung schwieriger als bei den späteren Migrantinnen, die ab 1977 mehr oder weniger freundlich verabschiedet wurden.

Die Bleibenden hatten jedoch, bei veränderter deutscher Arbeitsmarktlage, oft nur die Möglichkeit, an unbesetzbaren Arbeitsplätzen eingestellt zu werden. So etwa hatte sich eine Inderin 50 mal beworben und schließlich eine Anstellung als Nachtschwester gefunden. Beim Arbeitsamt erklärte man ihr deutlich, daß ihre Arbeitserlaubnis sich auf den Nachtdienst beschränke, weil kaum eine deutsche Bewerberin diese strapaziöse Arbeit auf sich nehmen wolle. Nachfrage bestand auch nach 1977 in der schlechtbezahlten Altenpflege, die viele der Frauen als letzte Chance zu bleiben betrachteten. Besonders diejenigen, die mit dem Versprechen auf Pflegeausbildung und anschließender Berufstätigkeit in der Bundesrepublik angeworben waren, sahen sich bei ihrer Rückkehr großen Problemen gegenüber, da die meisten Herkunftsländer die kürzere

Ausbildung in der BRD nicht anerkannten[3].

Weltweiter 'brain drain'

Inzwischen haben sich die Migrationsbewegungen diversifiziert: Die asiatischen 'Billigproduzenten' exportieren, wo immer bezahlte Stellen in Aussicht gestellt werden. Die ölexportierenden Länder haben zwischen 1965 und 1980 einen Zuwachs von Pflegepersonal in Höhe von 110 Prozent verzeichnet. Dieser ist im Wesentlichen auf Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Indien, Pakistan, den Philippinen und Korea zurückzuführen.

Ab etwa 1983 wurde versucht, das fernöstliche Gesundheitspersonal durch arabische WanderarbeiterInnen auzutauschen, quantitativ jedoch anscheinend nur ein äußerst ungenügender Ersatz. Vor allem aus den reichen Ölländern migrieren auch Patienten und Patientinnen, die sich vom hochentwickelten westlichen Medizinsystem für gutes Geld 'reparieren' lassen. Für die Bevölkerungsmehrheit muß jedoch weiterhin Pflegekraft importiert werden. In Saudiarabien kamen 1987 ca. 95 Prozent oder knapp 24.000 Pflegekräfte aus dem Ausland, überwiegend aus den Philippinen und Indien.

In manchen indischen Bundesländern, vor allem in der katholischen Enklave Kerala, die die kirchlich getragenen Krankenhäuser vieler Industriestaaten versorgte, soll die wirtschaftliche Erfolgsstory vor allem an den Export von Pflegekräften geknüpft sein. Das Verbot der Tätigkeit ausländischer Anwerbeagenturen im Lande hatte auch für die Krankenschwestern und Pfleger aus Bangladesh Konsequenzen. Sie hatten nämlich zuvor ihre Aufnahmeprüfungen in Indien absolviert. Nach Einführung der indischen Maßnahmen gegen den 'brain drain' reisten auch sie auf eigene Kosten und eigenes Risiko nach Thailand.

Knapp die Hälfte des pakistanischen Pflegepersonals arbeitete Ende der 80er Jahre im Ausland. Dabei benötigte das Land dringend eigene Fachkräfte. 1983 war jede Pflegekraft statistisch für die unrealisierbare Versorgung von knapp 17.250 Personen zuständig gewesen und auch 1990 war die Pflegesituation nur vor diesem Hintergrund "deutlich verbessert". In Singapore arbeitet ein wachsender Anteil von Pflegekräften aus Malaysia, das wiederum Krankenschwestern aus den Philippinen anwirbt.

Aber auch Europa wirbt wieder an: Seit Ende der 80er Jahre sind die osteuropäischen Arbeitsmärkte vielversprechend und die hohen Investitionen, die die 'realsozialistischen Länder' im Gesundheitsbereich gemacht haben, werden im nachhinein von den westlichen Marktwirtschaften hoch gepriesen. Ein 'Überschuß' an Pflegekräften läßt sich rein statistisch behaupten, ohne daß die Proteste der Krankenpflegeverbände über faktischen Personalmangel berücksichtigt werden müssen. In den enormen gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruchsituationen ist die Migrationsbereitschaft allgemein hoch.

Die Ökonomie der Migration

Der Transfer von Pflegepersonal vollzog sich lautlos. Wenn er überhaupt thematisiert wurde, brachte man ihn meist nur mit dem Vorteil von Devisengewinnen für die Herkunftsländer in Zusammenhang. In den Exportländern sind die Geschäftsinteressen auch kaum zu übersehen. Für eine Stellenvermittlung in die USA läßt sich die behördlich vorgeschriebene philippinische Agentur 2.300 US-Dollar bezahlen (Angabe von 1988).

Etwa 300 kommerzielle Maklerbüros haben sich auf die Vermittlung von Pflegepersonal spezialisiert. Hunderte von jungen Frauen und Männern studieren dort täglich die Arbeitsangebote in Kuwait, Hongkong, Italien, Kanada, USA. Wer nach der Ausbildung bereits in Spezialabteilungen, etwa Neurochirurgie, Intensivmedizin, Geriatrie oder Rehabilitationsmedizin gearbeitet hat, besitzt einen deutlich höheren Marktwert.

Für die philippinische Pflegelaufbahn ist Migration seit Jahrzehnten der Normalfall. Von 160.000 diplomierten Krankenschwestern und -pflegern arbeiteten Ende der 80er Jahre immerhin 127.000 im Ausland, 1990 waren nur noch knapp 10.000 in philippinischen Einrichtungen beschäftigt. Das ergibt ein Vermittlungsgeschäft von mehr als 300 Millionen Dollar für die philippinischen Agenturen. Ein kompliziertes Netz von zuarbeitenden Informanten wird über immer kleinere Prämien beteiligt. Krankenschwestern und -pfleger erhalten ein gutes Taschengeld, wenn sie Ausreisewillige an eine bestimmte Agentur vermitteln.

Die versteckten Profite der Pflegemigration sind unvergleichlich größer. Die philippinischen Helferinnen haben, sind sie erst einmal eingestellt, eine deutlich niedrigere Ausfallquote. Sie bleiben und bemühen sich sogar intensiv um wiederholte Verlängerung ihrer Verträge, die auf ein bis drei Jahre befristet sind. Die eigene hohe Berufsausstiegsrate von 11 bis 30 Prozent verursacht den amerikanischen Krankenhausträgern jährliche Kosten in Höhe von zirka drei Milliarden Dollar und läßt sie langfristigere Notstandsplanungen umsetzen, die diese Ausgaben drastisch senken sollen.

Die amerikanischen Hospitalketten, die gleich in den Herkunftsländern produzieren lassen, indem sie Ausbildungsinstitute unterhalten und die Aufnahme mit dem Anstellungsvertrag in ihren überseeischen Häusern verbinden, scheinen auch in Deutschland Nachahmung zu finden. Als geeignete billige Produktionsstandorte werden neben Portugal neuerdings auch osteuropäische Länder genannt.

Nach Ansicht der amerikanischen Kolle-

ginnen hat aber die Filipina eigentlich ein Glückslos gezogen. Zuhause würde sie nur etwa 1.800 US-Dollar im Jahr verdienen, in Taiwan 6.000, in England oder Irland kaum mehr als 15.000, in Kanada vielleicht 20.000 US-Dollar. In den USA hat sie aber mindestens 23.000 US- Dollar.

Allerdings gibt es einige Abzüge: 1986 wurden von allen philippinischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten allein an Steuern über 680 Millionen US-Dollar an die philippinische Regierung abgeführt, dazu kam die Versteuerung im Aufnahmeland.

Von ihrem Nettogehalt können die Migrantinnen aber immer noch außer ihrem eigenen Lebensunterhalt den der Angehörigen daheim bestreiten. Manche finanzieren die Ausbildung für alle Geschwister und danach die ihrer entfernteren Verwandtschaft. Manche schicken monatlich ein Viertel oder gar ein Drittel ihres Gehaltes zurück. Die Kombination von traditioneller Familienverpflichtung und die absolute Armut zuhause schafft ein hohes Maß an 'freiwilliger Abhängigkeit' und macht den eigentlichen Marktwert der philippinischen Krankenschwester aus: Ihre Arbeitsmoral und Motivation ist ungewöhnlich hoch. Filipinas beschweren sich selten über Arbeitsbedingungen oder Arbeitspensum; im Gegenteil, bereitwillig arbeiten sie sogar in Zusatzschichten.

Oft genug lassen sie sich - als Voll- oder Teilzeitkraft - in zwei oder mehreren Krankenhäusern einstellen, so daß ihnen letztlich nur zwischen vier und sechs Stunden arbeitsfreier Zeit bleiben. Wie sie die verschiedenen Schichten kombinieren und nicht selten zuhause noch Kleinkinder versorgen, bleibt vielen Pflegedienstleitungen ein Rätsel.

Fremde Hilfe bei der Reform des Gesundheitswesens

Filipinas sind die idealen Lückenbüßerinnen, die Perfektionierung ihres weltweiten 'Vertriebs' ermöglicht vielen Industrieländern, die ursächlichen Faktoren für die Pflegelücke auf Dauer zu tolerieren. Die finanzielle Aufwertung des Pflegeberufes sei eine Grundvoraussetzung für eine größere Attraktivität, heißt es nahezu einhellig. Die Personalkosten im Krankenhaus seien einer der größten Posten im galoppierenden Gesamtbudget der Gesundheitsversorgung und angesichts des allgemeinen sozialstaatlichen Notstandes kaum zu erhöhen, wird dem entgegengehalten.

Bei einem derartigen Spardruck muß, wo immer es geht, rationalisiert werden. 'Fremde Hilfe' ist willkommen. Daß dabei das hochentwickelte, aber 'momentan' krisengeschwächte Sozialstaatskonzept an das 'unterentwickelte', familiengetragene Fürsorgesystem der 'Drittländer' appelliert und um Katastrophenhilfe ersucht, während man gleichzeitig vorgibt, den Familien der Helferinnen aus Not und Elend zu helfen, ist sowohl bittere Ironie wie auch ein gutes Geschäft. Auf der strukturellen Ebene werden nämlich weitaus größere Gewinne mit der 'Vermittlung' von Krankenschwestern gemacht als auf der der Kleinmaklerbüros, deren Profitspanne durch einen harten Konkurrenzkampf eingeschränkt ist.

Personalintensive Bereiche wie die Pflege sind bei den Bemühungen um Senkung der Lohnnebenkosten vorrangig 'reformbedürftig'. Nicht nur die Gehälter fallen dabei ins Gewicht, sondern ebenso alle Kosten, die für Familie und Gesellschaft entstehen, bis die Krankenschwester ihren ersten Stationsdienst antritt. Allein die Ausbildungkosten einer examinierten Pflegekraft wurden 1988 in Deutschland mit mindestens 20.000 DM beziffert. Da die Schülerinnen und Schüler unterbezahlt auf die Stellenschlüssel angerechnet werden, verbergen sich diese Beträge. Aber kostenfrei, wie Verantwortliche im Gesundheitsministerium behaupten, ist die Ausbildung keinesfalls. Der Preis dafür wird in den leeren Krankenpflegeschulen sichtbar: Jugendliche verweigern sich auch der Zumutung, ihre Ausbildung durch 'Abarbeit' selbst zu finanzieren.

Erst die Aufschlüsselung dieser versteckten Ökonomie der Migrationspolitik erklärt die weltweite Wanderbewegung von Krankenschwestern und den weltweit existierenden Pflegenotstand. In den reichen Ländern wirkt dieser als Anziehungskraft, in den armen Ländern als zusätzliches Druckmittel zur Emigration. An der Ausweisung des enormen Transfers von Humankapital in Geldbeträgen fehlt offenbar hier wie dort das öffentliche Interesse.

In manchen Ländern, so etwa Norwegen, sieht man langfristig jedoch auch wirtschaftliche Nachteile bei dem Rückgriff auf ausländische Pflegekräfte. Bei der deutlichen Veränderung des Krankheitsspektrums und des Pflegebedarfs von chronisch Kranken und alten Menschen käme es wesentlich auf eine rasche psychosoziale Rehabilitierung der Patienten und Patientinnen an. Ausgezeichnete Kommunikationsfähigkeit und hervorragende Kenntnisse der gesamtgesellschaftlichen Angebote seien für ein rasches Selbständigwerden der Kranken in jeder Wirtschaftlichkeitsrechnung unverzichtbar. Dies könnten Ausländerinnen aber so gut wie gar nicht erwerben.

Wirtschaftlichkeitsüberlegungen führen heute zu neuen Tendenzen: Extrem teure Operationen wie etwa Transplantationen werden in Ländern der 'Dritten Welt' durchgeführt, wo auch der Zugriff auf Organe in einer kaufkraftgeregelten Grauzone gesichert ist. Der Handel mit menschlichen Ersatzteilen in die Industrieländer ist nicht nur sehr viel teurer, sondern auch sehr viel skandalgefährdeter. In Grenzgebieten mit Kaufkraftgefälle findet sich oft eine Ansammlung therapeutischer Zentren auf der ärmeren Seite. So gibt es etwa im Nordwesten Mexikos eine Konzentration von 'Reproduktionszentren', von Bars, Bordellen und Schönheitsfarmen angefangen bis hin zu medizinischen Ambulatorien und modernsten Therapiezentren. Zahnprothetische Behandlung wird angeboten, aber auch ein umfangreiches Apothekensortiment sowie Heilmittel, für die im kostengedämpften Gesundheitswesen des reicheren Landes eine Selbstfinanzierung verlangt wird und die dort entsprechend der größeren Kaufkraft auch auf höherem Preisniveau vermarktbar ist.

In der BRD machte die Drohung eines Vertreters der gesetzlichen Krankenversicherung Schlagzeilen: Wenn die Kassenzahnärztliche Vereinigung nicht in der Lage sei, die zahnärztliche Versorgung der Kassenversicherten sicherzustellen, dann müsse man eben bei einfachen Zahnschäden per Bus nach Österreich oder in die Schweiz fahren, bei aufwendigem Zahnersatz sei es samt Flugkosten und Ferienaufenthalt immer noch preiswerter, eine Behandlung in Südostasien zu organisieren[4].

Kranke mit schulmedizinisch aussichtsloser Diagnose versuchen nicht selten, bei traditionellen 'Wunder-' oder 'Geist'- Heilern in der 'Dritten Welt' von Krebs- oder Schmerzleiden befreit zu werden. Die Übergänge zur Reiseerwartung von Normaltouristen sind fließend. Frustrierte Deutsche lassen ihre 'Pflege' von exotischen Frauen besorgen und tanken in fremden Naturressourcen wieder auf.

Hanna Beneker / Eva Wichtmann

Anmerkungen:

1) Davon zogen 83 nach Portugal, 121 nach Dänemark, 484 nach Italien, 841 nach Belgien, 870 in die Niederlande, 1.566 nach Luxemburg, 1.940 nach Frankreich und 3.269 nach Großbritannien. Von dieser letzten Gruppe stammten 2.485 Pflegekräfte aus Irland, dem traditionellen Anwerbeland für das britische Gesundheitswesen. 1990 wurden schätzungsweise 150 ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an deutsche Gesundheitseinrichtungen überlassen, in der Mehrzahl britische, irische und französische Leiharbeitskräfte, wobei weniger als 100 ausländische Leasingfirmen die deutsche Lizenz hatten.

2) Deutsche Krankenpflegezeitschrift 9/1992 "...im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt nach 1992", Prof. Dr. George C.M.Evers

3) Der einen Not - der anderen Nutzen, Die Zeit, 12.1.73, Zeitmagazin 11.11.77: Der Dank: ein Fußtritt

4) Medical Tribune, November 1990

Auf dem Weg zum totalen Krieg?

Der folgende Beitrag spiegelt die Diskussionen in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung zu Kurdistan wider. Gerade in der Auseinandersetzung mit den der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zugeschriebenen Aktionen wird deutlich, für wie schmal die Kurdistansolidarität den Grat zwischen der Kritik an der PKK und dem Verrat an der Sache der Kurden und Kurdinnen hält.

Mit der Ausweitung der Dorfzerstörungen bis zur Entvölkerung ganzer Landstriche im Stile "ethnischer Säuberungen" und der Bombardierung und weitgehenden Zerstörung von Städten wie der Kreisstadt Lice mit zahlreichen Todesopfern zeigt der türkische Staat derzeit, wie ernst es ihm diesmal mit der angekündigten Vernichtung der kurdischen Rebellen der PKK bis zum Frühjahr ist. Der Übergang zum offenen Völkermord an der kurdischen Zivilbevölkerung wird dabei eiskalt einkalkuliert. Solche martialischen Ankündigungen hat es schon mehrfach gegeben, dennoch offenbaren die Begleitumstände der türkischen Innenpolitik und das Ausmaß der militärischen Angriffe eine neue Qualität. Unisono reden Generalstabschef Güres und andere Militärs, aber auch Staatspräsident Demirel, Ministerpräsidentin Ciller und fast alle "zivilen" VertreterInnen der türkischen Politik von "Ausrottung" der kurdischen Rebellion.

Seit der Beendigung des einseitigen Waffenstillstandes der PKK Ende Mai 1993 sind durch militärische Aktionen beider Seiten über 1.600 Menschen, zu einem großen Teil Zivilpersonen, ums Leben gekommen. Schätzungen über die Zahl der entvölkerten Dörfer bewegen sich für die letzten drei Jahre auf 800 bis 900 Ortschaften. Zur Zeit ist es nichts Ungewöhnliches, wenn pro Woche 20 bis 30 Dorfzerstörungen gemeldet werden. Medico international äußerte jüngst die Befürchtung, daß ein großer Teil der etwa 1,7 Mio. Menschen, die sich derzeit auf der Flucht oder in Elendsquartieren befinden, den Winter kaum überleben dürfte.

Die Militarisierung des Kurdistankonfliktes

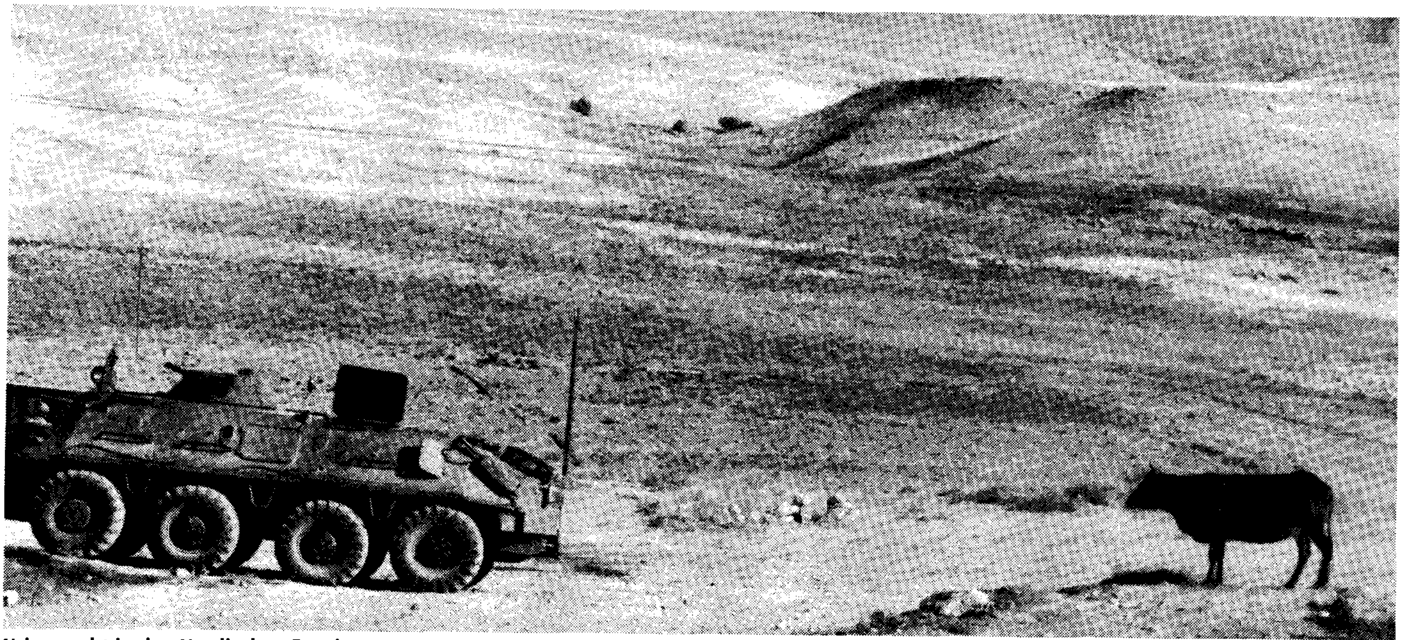
Die Schätzung der aktiven PKK-UnterstützerInnen auf 300.000 - 400.000 KurdInnen seitens des Generalstabes, der eine Massenbasis der PKK bislang geleugnet hat, läßt den wachsenden Kontrollverlust des türkischen Staates über die kurdischen Gebiete erkennen - auch wenn gleichzeitig die Existenz einer kurdischen Frage weiter verneint und auf ein "Terrorismusproblem" reduziert wird. Für den Fall, daß sich die angestrebte "militärische Lösung" des kurdischen Konfliktes bis zum Frühjahr nicht verwirklichen läßt, wurde vom Militär bereits die Verhängung des Kriegsrechts über die 'Gebiete im Ausnahmezustand' - so die offizielle Bezeichnung der kurdischen Provinzen - angekündigt. Bereits jetzt ist von einem "schleichenden Staatsstreich" die Rede, denn mit dieser Eskalation vollzog sich eine Entwicklung in der Türkei, die als völliges Abdanken der Politik gegenüber dem Militär bezeichnet werden kann.

Die mit 18 Mitgliedern im Parlament in Ankara vertretene prokurdische Partei HEP wurde im Sommer diesen Jahres verboten, ihre Nachfolgepartei DEP wird jetzt schon massiv bedroht. Zahlreiche Parteivorstände aus den Provinzen der 'Gebiete im Ausnahmezustand' sitzen in Haft. Mehrere Parteifunktionäre wurden ermordet und am 4.9. wurde mit Memed Sincar erstmals einer ihrer Parlamentsabgeordneten von der Konterguerilla getötet. Auch die prokurdische Tageszeitung Özgür Gündem, von deren JournalistInnen bisher zehn von Todesschwadronen der Konterguerilla ermordet wurden, ist von einem Verbot bedroht, der Gerichtsbeschluß wird Anfang Dezember erwartet. Gündem-Herausgeber und DEP-Vorsitzender Yasar Kaya sitzt im Gefängnis, weil er bei Veranstaltungen Lösungsvorschläge über die kurdische Frage formuliert und diskutiert hat, was ihm als strafbare, separatistische Propaganda nach dem Antiterrorgesetz ausgelegt wird.

Das Antiterrorgesetz wird gerade verschärft durch ein Zensurgesetz (Zeitungen müssen vor ihrem Erscheinen der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden) und weitere Bestimmungen die fast jede mit Kurdistan in Zusammenhang stehende kritische Äußerung oder Aktion wie Ladenschließungen oder Streiks als Terrorismus einstufen und mit extrem hohen Geld- und Haftstrafen bedrohen. Im Ergebnis wird die bloße Erwähnung der Existenz einer kurdischen Frage heute wieder kriminalisiert.

Während die politischen Repräsentanten des türkischen Staates zunehmend nur noch die Durchhalteparolen der Militärs nachbeten, stellt sich Generalstabschef Güres immer mehr mit bewußt "politisch" gehaltenen Erklärungen in den Vordergrund. Die neue Ministerpräsidentin Tansu Ciller, die vor ihrem Aufstieg von der Wirtschaftsministerin im Demirel-Kabinett zur Ministerpräsidentin keine Stellung zur Kurdistanfrage bezogen hatte, hat nun mehrfach die Existenz einer Kurdistanfrage verneint und hält sich völlig an die Vorgaben der Militärs. Diese werden von Generalstabschef Güres regelmäßig auf 'Besprechungen' verkündet, zu denen etwa die Chefs aller wichtigen Tageszeitungen oder der im Parlament vertretenen Parteien - bis auf die prokurdische DEP oder die Zeitung Özgür Gündem versteht sich - eingeladen oder besser zitiert werden.

Das beharrliche Schweigen der Bundesregierung zur türkischen Kurdistanpolitik und die bundesdeutsche militärisch-materielle Unterstützung für den schmutzigen Krieg in Kurdistan hat die Durchsetzung der rein militärisch orientierten Vorstellungen in der türkischen politischen Elite begünstigt, da sie dem türkischen Staat die Fortsetzung des schmutzigen Krieges mit seinen enormen Kosten überhaupt erst ermöglichte. Selbst so eindeutige Beweise für den Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung, wie sie zuletzt in der Fernsehsendung "Monitor" am 18.11. vorgelegt



Kriegsrecht in den Kurdischen Provinzen

wurden, haben bisher zu keinem Überdenken dieser Politik geführt. Im Interesse einer effektiven Bereinigung der "Irritationen" im deutsch-türkischen Verhältnis wird fast widerspruchslos die Reduzierung des Kurdistankonfliktes auf die Bekämpfung des "Terrorismus" der PKK übernommen und Entgegenkommen beim von der Türkei geforderten Verbot der PKK in der BRD signalisiert. Die friedlichen Großdemonstrationen der kurdischen Bewegung mit bis zu 100.000 TeilnehmerInnen werden ignoriert, während die von Entgleisungen überschatteten und von Verzweiflung über diese ganze Entwicklung gekennzeichneten kurdischen Anschlagsserien gegen türkische Einrichtungen auf deutschem Boden zum willkommenen Anlaß genommen werden für massive Repressionsmaßnahmen (Durchsuchung von über 40 kurdischen Vereinen und Institutionen am 4./5. November) und letztlich das Verbot der PKK, Ende November. Auch die mehr als zögerlichen Bemühungen um die Freilassung unseres in der Türkei wegen seiner Recherchen in Kurdistan zu drei Jahren und neun Monaten Gefängnis verurteilten Freundes und Kollegen Stephan Waldberg, der von der türkischen Regierung ganz offen als Faustpfand gegenüber der BRD eingesetzt wird, sprechen Bände. Im Fall des britischen Journalisten Norman Penny, der ebenfalls nach einem Rechercheaufenthalt in einem PKK-Lager im Nordirak bei seiner Rückkehr in die Türkei unter der Anschuldigung verhaftet wurde, durch Kurierdienste die PKK unterstützt zu haben, brauchte die britische Regierung, als sie auf Druck aus der Öffentlichkeit und dem Unterhaus bei der Türkei interveniert hatte, ganze zehn Tage für dessen Freilassung.

Stärke der Guerilla

Die Stärke der Guerilla und die damit verbundene politische Autorität der PKK im türkischen Kurdistan ist seit dem Ende des Waffenstillstandes so offensichtlich geworden, daß heute die von der PKK selbst angegebene Stärke von ca. 15 000 Guerillas und bis zu 60.000 milizartig organisierten aktiven UnterstützerInnen kaum noch in Zweifel gezogen werden. Der Zustrom aus der zornigen und verzweifelten kurdischen Jugend ist so groß, daß die Kapazitäten der zahlreichen PKK-Camps inner- und außerhalb der Türkei gar nicht zur Ausbildung aller kampfwilligen Frauen und Männer ausreichen. Heute wird der von PKK-Chef Öcalan angekündigte Ausbau der Guerillakräfte auf 30.000 im nächsten Jahr trotz der hohen Verluste bei den Kämpfen mit der türkischen Armee nicht mehr als völlig übertrieben angesehen. Klar ist auch, daß jede weitere militärische Eskalation des türkischen Staates, jedes neue Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung den Zulauf zur Guerilla weiter erhöht.

Der PKK wird in letzter Zeit wieder verstärkt vorgeworfen, bei ihren militärischen Aktionen vor allem gegen die für den türkischen Staat kämpfenden Dorfschützer rücksichtslos auch gegen deren Familien vorzugehen und auch anderweitig kurdische Zivilisten zu töten, die von ihr als Kollaborateure eingestuft werden. Fast jede Woche gehen Meldungen durch die Presse, nach denen PKK-Guerillas bei Überfällen Frauen und Kinder ermordet haben. Die Wahrheit ist schwer zu ermitteln, da die betreffenden Gebiete meist von den Sicherheitskräften tagelang völlig von der Außenwelt abgeriegelt werden und jeder freie Zugang für die Presse vereitelt wird. Oft handelt es sich bei den Berichten um Propagandameldungen der halbamtlichen türkischen Nachrichtenagentur Anadolu oder um die Übernahme türkischer Medienberichte, die auf den Angaben der Militärkommandeure beruhen. Bei Recherchen, die unter Lebensgefahr von den KorrespondentInnen von Özgür Gündem unternommen werden, stellt sich oft heraus, daß es sich in Wahrheit um Massaker von Sicherheitskräften oder der mit diesen in Verbindung stehenden Konterguerilla gehandelt hat, die der PKK in die Schuhe geschoben werden sollen. Ein solcher Fall war das Massaker an 23 Kindern und Frauen auf einer Hochweide bei Bahcesaray.

Es hat sich jedoch in zahlreichen Befreiungskämpfen weltweit gezeigt, daß ein allgemeines Klima der Brutalisierung und der Gewalt, auch wenn es von der Unterdrückerseite ausgeht, auch bei den Kämpfen der Unterdrückten Wirkung zeigt. Gerade Gnadenlosigkeit gegenüber tatsächlichen oder mutmaßlichen Kollaborateuren tritt dabei meist in Erscheinung, und so gut wie keine Befreiungsarmee hat sich gänzlich von Praktiken freihalten können, die als Menschenrechtsverletzungen zu werten sind. Allerdings muß auch gesagt werden, daß die PKK gerade den Dorfschützern gegenüber immer wieder Amnestieangebote für den Fall gemacht hat, daß diese ihre Waffen niederlegen.

Der Autoritätsverlust des türkischen Staates in Kurdistan manifestiert sich in vielerlei Hinsicht. So haben die Aktivitäten der Guerilla inzwischen die Entwicklung des gigantischen GAP-Projektes praktisch zum Erliegen gebracht, an den meisten Staudämmen finden derzeit keine Arbeiten mehr statt. Auch im Bereich der zivilen Verwaltung ist der türkische Staat in Kurdistan kaum mehr existent, bei zivilen Streitfällen wenden sich die Menschen zunehmend an die Guerilla statt an die regulären Gerichte. Vor diesen finden praktisch nur noch politische Prozesse statt. Nachdem die Guerilla zahlreiche türkische Lehrer erschossen hat, die nicht der Aufforderung gefolgt waren, den kemalistischen Schulunterricht zu quittieren, sind die meisten Schulen in Kurdistan geschlossen worden. Im ganzen Ausnahmezustandsgebiet führt die Guerilla regelmäßig Straßen- und Personenkontrollen durch, ohne daß die Sicherheitskräfte dies verhindern könn-

ten. Über einige Regionen und Städte wie z.B. Cizre hat die PKK ein Alkoholverbot verhängt, das auch von allen Läden und der Gastronomie befolgt wird. Die kurdische Bevölkerung wurde aufgefordert, die Fernsehantennen abzumontieren und den "Empfang der Sendungen der türkischen Kolonialmacht" einzustellen.

Handeln wie ein Staat

Eine ganze Reihe von Maßnahmen der PKK gehen also in eine Richtung, die sich als Beginn der Ausübung einer Art staatlicher Autorität durch die PKK werten läßt. Daß die Guerilla bei Firmen und staatlichen Institutionen Steuern eintreibt, läßt sich durchaus mit der Ausbeutung des kurdischen Volkes durch diese Institutionen rechtfertigen und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn heute die meisten Institutionen des türkischen Staates in Kurdistan Steuern an dessen Erzfeind zahlen, um überhaupt noch arbeiten zu können - so jedenfalls die Auskunft von Guerillakommandanten. Bei manchen Maßnahmen läßt sich jedoch der Eindruck kaum vermeiden, daß es der PKK auch darum geht, sich demonstrativ Attribute staatlichen Handelns anzueignen und so dem türkischen Staat direkt entgegenzutreten. Nur so lassen sich Verfügungen wie die Einführung einer Art Wehrpflicht für die kurdische Jugend bei der Guerilla in Form eines "Militärdienstgesetzes" verstehen. Bereits seit längerem verlangt die PKK von Kurdistanreisenden aus Europa, daß sie sich eine Art Visum bei der Europavertretung der PKK-Frontorganisation ERNK ausstellen lassen und sie hat die Entführung mehrerer TouristInnen damit begründet, daß sie bei Kontrollen ohne ein solches Visum angetroffen worden seien.

Heftige Kritik hervorgerufen hat hierzulande jedoch das vor kurzem von der PKK erlassene Parteien- und noch mehr das Presseverbot. Beide werden damit begründet, daß die türkische Presse wie die bürgerlichen Parteien der Türkei zu Instrumenten der schmutzigen Kriegsführung des türkischen Staates geworden seien. Für die staatstragenden Parteien der Türkei trifft dies durchaus zu, auch wenn sich einzelne kurdische Lokalpolitiker dieser Parteien (ohne großen Erfolg) immer wieder für die Belange der Menschen in ihren Gemeinden eingesetzt haben, auch bei Morden der Konterguerilla und bei staatlichen Übergriffen. Um der Aufforderung zur Schließung der Parteibüros in Kurdistan Nachdruck zu verleihen, wurde von der PKK der Vorsitzende der sozialdemokratisch orientierten SHP in Diyarbakir entführt. Das Parteienverbot dürfte auch mit den bevorstehenden Kommunalwahlen im nächsten Frühjahr zusammenhängen, deren Aussetzung auch vom türkischen Militär bereits angedroht wurde. Der Knackpunkt für die kurdische Bewegung besteht in der Frage, ob eine Teilnahme der DEP an den Wahlen möglich sein wird oder vom Staat verhindert wird.

Auch auf die bürgerliche Presse der Türkei trifft es zu, daß sie sich mit einer verzerrten Berichterstattung in den Dienst der Kriegspropaganda des Staates stellt, oft nur die Erklärungen der Sicherheitskräfte oder von Anadolu nachdruckt und meinungsbildend im Sinne der Armee tätig wird. Auch der Vorwurf, daß die bürgerliche Presse sich oft nur allzu gerne an die vom Generalstabschef ausgegebenen Anweisungen hält und zu den Morden an den JournalistInnen der oppositionellen Presse schweigt, ist berechtigt. Fragt sich nur, ob ein von der PKK verhängtes Zugangsverbot für diese Presse in Kurdistan daran irgend etwas ändert. In Verlautbarungen der kurdischen Kräfte wurde das Verbot auch als Protest gegen die Ermordung und Verfolgung kurdischer JournalistInnen bezeichnet. Besondere Aufregung rief in der Bundesrepublik die Tatsache hervor, daß auch die ausländische Presse in das Verbot mit einbezogen wurde. Dies wurde zum einen damit begründet, daß auch die bürgerliche Presse in Europa verzerrt über den Konflikt in Kurdistan berichtet, zum anderen wurde darauf verwiesen, daß zahlreiche türkische JournalistInnen auch für ausländische Zeitungen oder Agenturen arbeiten und dort ihre Propaganda im Dienste des Staates treiben. Das Verbot für die ausländische Presse wurde dann allerdings schnell (von der Europavertretung der ERNK) wieder aufgehoben und durch eine Einladung an die internationale Presse nach Kurdistan zu kommen ersetzt. Ein Sprecher des Deutschland-Büros von Özgür Gündem bestätigte, daß von ausländischen JournalistInnen eine Art Akkreditierung bei der ERNK erwartet wird, wenn sie in Kurdistan arbeiten wollen.

Kurdische Anschläge und staatliche Repression in Europa

Seit der Serie kurdischer Anschläge auf türkische Einrichtungen Anfang November 1993 steht, wie bereits nach der Anschlagsserie Ende Juni, statt der verzweifelten Situation der kurdischen Menschen angesichts des türkischen Vernichtungskrieges in ihrer Heimat, die PKK und ein Verbot dieser Organisation im Mittelpunkt erregter Diskussionen. Daß die Eskalation des schmutzigen Krieges in Kurdistan, die auch die hier lebenden KurdInnen täglich mit Nachrichten über Tod, Vertreibung, Verhaftung und Folter von ihren Verwandten konfrontiert sowie die bundesrepublikanische Unterstützung des türkischen Staates und dessen Ignoranz gegenüber den legitimen demokratischen Forderungen der kurdischen Bevölkerung, den eigentlichen Hintergrund solcher Verzweiflungstaten bildet, steht außer Frage. Nicht erst durch die militanten Aktionen kurdischer Menschen wird die BRD in diesen Krieg "hineingezogen", sondern sie ist durch Waffenlieferungen und Türkeipolitik längst involviert. In diesem Punkt ist der Erklärung der PKK-Europavertretung und ähnlichen Erklärungen anderer kurdischer Organisationen und Vereine zu den Anschlägen zuzustimmen.

Anschläge allerdings, welche sich wie der auf das türkische Lokal in Wiesbaden gegen alle zufällig anwesenden türkischen Menschen richten und nur durch glücklichen Zufall nicht noch mehr Todesopfer gefordert haben, sind durch nichts zu rechtfertigen und lassen sich kaum noch von rassistisch motivierten Anschlägen unterscheiden. Gerade von einer Organisation mit linkem Selbstverständnis wie der PKK, die immer erklärt hat, daß sie gegen den türkischen Staat und nicht gegen das türkische Volk kämpft, kann hier eine deutliche Stellungnahme erwartet werden. Indem die PKK lediglich erklärt, daß sie mit den Anschlägen nichts zu tun hat, aber diese als "verständliche Reaktion gegen die Massakrierung und Vernichtung einer Nation" bezeichnet, läßt sie genau diesen Punkt offen.

Es geht allerdings völlig an der Sache vorbei, wenn die Problematik auf eine Diskussion um den Charakter der PKK reduziert wird. Hinter der PKK steht heute eine Massenbewegung, die alle Bereiche der kurdischen Gesellschaft umfaßt. Dies wird durch die eindrucksvolle Demonstration von über 20.000 KurdInnen in Bonn am 20.11. gegen die Durchsuchung kurdischer Vereine und gegen die Verbotsdrohung gegenüber der PKK ebenso deutlich, wie durch die Tatsache, daß sich im Zusammenhang mit den Anschlägen nach vorliegenden Informationen keine einzige kurdische Organisation aus der Türkei von der PKK distanziert hat. Über den umstrittenen Aktionen darf nicht aus den Augen verloren werden, daß noch nie in der Geschichte der BRD eine hier lebende ethnische Minderheit mit so zahlreichen friedlichen Demonstrationen ihre legitimen Forderungen zum Ausdruck gebracht hat wie die KurdInnen aus der Türkei. In der Türkei machen seit langem gesellschaftliche Organisationen wie z.B. Berufsverbände und auch die legale kurdische Opposition klar, daß sie keinen Keil zwischen sich und die Guerilla der PKK treiben lassen. Ein Aufkündigen der Solidarität gegenüber der PKK und ihr nahestehenden kurdischen Organisationen und Institutionen träfe daher automatisch den legitimen kurdischen Freiheitskampf in der Türkei insgesamt.

Das jetzt erlassene Verbot der PKK und der kurdischen Vereine in der BRD als angebliche Unterorganisationen der PKK kann nur zu einer noch weiteren Diskriminierung und Unterdrückung der hier lebenden KurdInnen führen, als dies schon aufgrund der bestehenden Ausländergesetze und Abschiebepolitik ohnehin der Fall ist. Es muß auf den entschiedenen Protest und Widerstand aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der BRD treffen!

U.Wolter

Bonner Interessenpolitik contra Menschenrechte

Die Interessenlage der bundesdeutschen Politik gegenüber der Türkei hat jüngst der Direktor des Hamburger Orient Institutes Udo Steinbach in einem Essay auf den Punkt gebracht: "Die Türkei liegt am Berührungspunkt von drei für die internationale Politik wichtigen Großräumen: dem Raum des Balkans/Schwarzen Meeres - Zentralasiens - und des mittleren Ostens. Mit allen dreien durch geographische Lage, Geschichte und Kultur verbunden, muß das Land für den Westen ein wichtiger Partner bei der Verwirklichung politischer und wirtschaftlicher Interessen sein" (FAZ 29.10.'93). Und hinter diesen Interessen treten die Menschenrechte immer deutlicher zurück.

Nicht nur, daß der von dem Waffenembargo 1992 kurzfristig unterbrochene Waffenfluß in die Türkei längst wieder funktioniert. Unbeeindruckt von der gegenwärtigen Eskalation und zahlreichen Berichten über den Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung sind 155 Mio.DM Militärhilfe für nächstes Jahr bereits beschlossene Sache. Am 24.September bei der "aktuellen Stunde" im Bundestag zu Kurdistan hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt Schäfer einen Einsatz deutscher Waffen beim staatlichen Morden in Kurdistan noch abgestritten. Auf der außenpolitischen Bühne werden die Themen Kurdistan und Menschenrechte fast vollständig ausgeklammert. Der Besuch der türkischen Ministerpräsidentin Ciller war dafür ebenso ein gutes Beispiel wie der Besuch von Bundeskanzler Kohl in der Türkei im Mai 1993. Im Interesse einer Bereinigung der "Irritationen" im deutsch-türkischen Verhältnis (entstanden durch den kurzzeitigen Lieferstopp von Rüstungsgütern 1992) wird fast widerspruchslos die Reduzierung des Kurdistankonfliktes auf die Bekämpfung des "Terrorismus" der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) übernommen.

Gegen die Bundesregierung haben bereits im Januar 1993 zahlreiche kurdische Institutionen und deutsche Solidaritätsgruppen sowie Menschenrechtsgruppen (u.a. medico international, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), das Rüstungsinformationsbüro) und der Bundesvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Anzeige wegen Beteiligung am Völkermord am kurdischen Volk gestellt. Daß diese von der Bundesanwaltschaft bisher ohne Antwort geblieben ist, ist nicht weiter verwunderlich - schließlich wird dort gegenwärtig in Sachen Kurdistan ein neues Ermittlungsverfahren gegen die PKK wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung innerhalb der Partei" konstruiert und durchgeführt.

Abgesehen von außenpolitischen Interessen sind für die Bundesregierung die rassistischen Anschläge auf türkische Menschen in der BRD erklärtermaßen ein Grund, von Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei abzusehen. Daß es sich um einen zynischen politischen Deal handelt, wenn im gegenseitigen Interesse ein Mantel des Schweigens über die Vernichtung von Menschenleben gebreitet wird, wird hier gar nicht mehr als politischer Skandal wahrgenommen. So hat der in Deutschland lebende kurdische Journalist und Schriftsteller Namo Aziz am 12.11.'93 in der ZEIT Verständnis dafür geäußert, daß die Bundesregierung "nach den Brandanschlägen von Rechtsradikalen gegen türkische Mitbürger zurückhältender bei ihrer Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei geworden" sei.

U. Wolter



Türkisches Militär in der kurdischen Stadt Cizre

Indonesische Literatur (I)

Lyrik

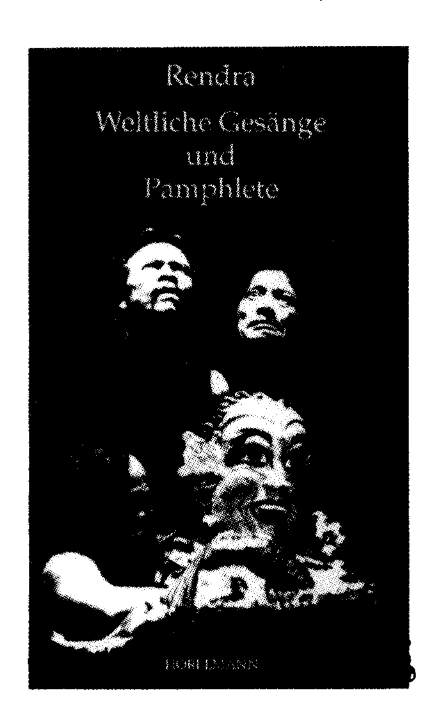
Ein Verleger, der einen Lyriker bekannt machen will, muß nicht nur großen Idealismus haben, sondern er darf auch keine hohen Umsätze erwarten. Um wieviel mehr muß dies gelten, wenn sich ein Verlag daran macht, Literaten, die zudem nicht aus dem europäischen Kulturkreis kommen, dem deutschen Publikum vorzustellen. Der Horlemann-Verlag in Bad Honnef macht sich seit einigen Jahren um die Veröffentlichung literarischer Werke aus Indonesien verdient. Als erster Band wurde der Roman 'Dämmerung in Jakarta' von Mochtar Lubis vorgelegt, der die politischen und sozialen Verhältnisse der indonesischen Hauptstadt in den fünfziger Jahren unter der Regierung des damaligen Präsidenten Sukarno beschreibt (vgl. blätter Nr. 174, Juli 1991). Seither sind mehrere Bücher erschienen, die in dieser und späteren Ausgaben der "blätter des iz3w" vorgestellt werden.

Eine der eindrucksvollsten und zugleich einflußreichsten Gestalten der literarischen Szene Indonesiens ist der Dichter und Dramatiker Rendra, von dem jetzt zum ersten Mal mit 'Weltliche Gesänge und Pamphlete' eine Auswahl seiner Gedichte in deutscher Sprache zugänglich ist.

Rendra wurde 1935 in der mitteljavanischen Stadt Solo in eine javanisch-katholische Familie hineingeboren. Beide Eltern entstammten dem niederen javanischen Adel, so daß die höfischen und literarischen Traditionen des Landes neben dem Katholizismus des Elternhauses zu den prägenden Einflüssen wurden. Schon während seiner Schulzeit veröffentlichte Rendra vereinzelt Gedichte, die 1957 in seinen ersten Gedichtband "Balladen Geliebter Menschen" mit aufgenommen wurden. In den folgenden Jahren kamen weitere Publikationen hinzu. Die Gedichte der fünfziger und frühen sechziger zeigen einen jungen Dichter, der sich im Ablösungsprozeß von Elternhaus und vertrauter Umgebung befindet und sich auf den Weg in seine Lehr- und Wanderjahre begibt.

Entscheidende Impulse erhielt Rendra dabei durch seinen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten (1964-1967). In dieser Zeit wandte er sich mit großer Intensität dem Theater als neuer Ausdrucksform zu. Zugleich studierte er in New York Soziologie, um die politischen Vorgänge in seinem Lande, die er nur diffus wahrgenommen hatte, besser einordnen und verstehen zu können. Der Wunsch nach fundiertem politischen und ökonomischen Wissen entsprang der Einsicht Rendras, daß sich Literatur in die politischen Prozesse eines Landes einmischen müsse.

Den künstlerischen Durchbruch erlebte Rendra nach seiner Rückkehr nach Indonesien, die in die kurze Phase einer kulturellen Entspannung und Kreativität nach dem Ende der "gelenkten Demokratie" Sukarnos fiel (1967/1968). Rendra gründete in Yogyakarta das "Werkstatt-Theater". In seinen Stücken, die meistens improvisiert und ohne Textbuch auf die Bühne gebracht wurden, griff er aktuelle Themen auf. Dieses experimentelle Theater erregte großes Aufsehen in Indonesien und fand großen Widerhall beim Publikum. Die politischen und sozialkritischen Teile der Inszenierungen stießen jedoch auf das Mißfallen der Sicherheitsorgane. Rendras öffentliche Wirksamkeit erhöhte sich noch, als er 1971 mit seiner Truppe in die Hauptstadt Jakarta übersiedelte. 1978 wurde er vorübergehend in Haft genommen und darüber hinaus mit einem Auftrittsverbot belegt. Daß diese erzwungene Abwesenheit von der politischen und der Theaterbühne seiner Popularität keinen Abbruch tun konnten, bewiesen die 5.000 Zuhörer, die 1985 zu seiner ersten öffentlichen Dichterlesung nach dem Auftrittsverbot kamen. Auch in den darauffolgenden Jahren geriet Rendra immer wieder in Konflikt mit den Behörden, Texte durften nicht veröffentlicht werden, Theateraufführung mußten kurzfristig abgesetzt werden.

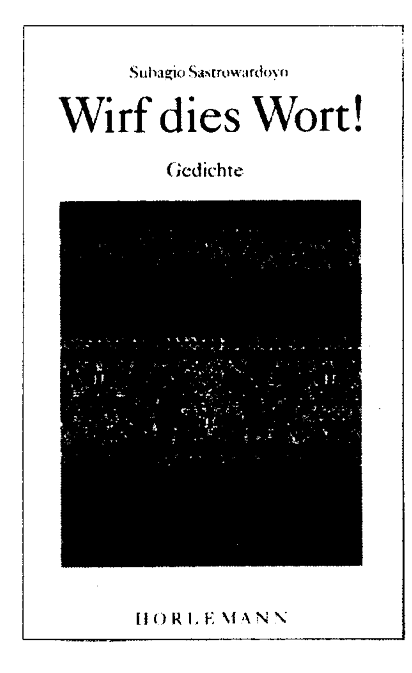


Die Gedichte des vorliegenden Bändchens sind zwei wichtigen Sammlungen entnommen. Der erste Teil "Pamphlete" entstammt der Sammlung "Porträt des nationalen Aufbaus in der Poesie" (1980), der als dichterisches Echo auf die Modernisierungspolitik der indonesischen Militärregierung bezeichnet werden kann. Der zweite Abschnitt "Weltliche Gesänge" stellt eine Auswahl aus dem Band "Blues für Bonnie" (1971) dar, in dem Rendra seine amerikanischen Erfahrungen reflektierte und mit der er 1971 als Lyriker in Indonesien populär wurde.

Die vom Übersetzer gewählten Überschriften "Pamphlete" und "Weltliche Gesänge" beinhalten gewissermaßen eine "Regieanweisung" und deuten damit den Charakter der Gedichte an. Denn Rendras Gedichte sind nicht für den stillen Konsum geschrieben, sondern sind auf Außenwirkung angelegt; sie fordern den öffentlichen Vortrag. Und wenn Rendra selbst seine Gedichte rezitiert, geraten diese Dichterlesungen immer wieder zu "Gedichtinszenierungen". Der starke Eindruck und die Wirkung, die Rendras Gedichte in der indonesischen Öffentlichkeit hinterlassen, sind zu einem guten Teil auf diese Disposition zurückzuführen. Der Dichter stellt sich

damit bewußt in die Tradition der Literaturen Indonesiens, die davon lebten, öffentlich zu Gehör gebracht und dargestellt zu werden. In der formalen Gestaltung seiner Lyrik löst er sich jedoch aus den Beschränkungen der javanischen Literatur und kommt zu neuen zeitgemäßen, seinen Zeitgenossen zugänglichen Ausdrucksweisen.

Die in diesem Band versammelten Gedichte zeigen Rendra als einen politischen Dichter, der Anteil nimmt am Leben der Randgruppen. Außenseiter stehen häufig im Mittelpunkt. Sie verfallen jedoch nicht in Agonie, sondern wollen aktivieren. Ein Gedicht, das allerdings nicht in diesem Band abgedruckt ist, trägt den herausfordernden Titel "Huren von Jakarta, vereinigt Euch!".



Aus dem gleichen kulturellen Umfeld Javas stammt der Autor des zweiten Gedichtbandes, den der Horlemann-Verlag vorlegt: Subagio Sastrowardoyo, 'Wirf dies Wort!' Etwa zehn Jahre älter als Rendra gehört Subagio (geboren 1924 in Ostjava) zu jener Generation von Indonesiern, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Unabhängigkeitsbewegung engagiert waren und den neu errichteten Staat mitgestaltet haben. Nach seinem Studium in Indonesien und den Vereinigten Staaten lehrte er an verschiedenen indonesischen und australischen Universitäten. Außerdem ist er stellvertretender Direktor von Balai Pustaka, einem der ältesten Buchverlage in Indonesien.

Zwischen Subagio und Rendra gibt es rein äußerlich einige Parallelen. Auch Subagio legt 1957 seinen ersten Gedichtband unter dem Titel "Symphonie" vor, er hielt sich wie Rendra für mehrere Jahre in den USA auf (und darüberhinaus in Australien), seine Interessen gingen ebenfalls über die Literatur hinaus (er studierte neben Malerei und Literatur- und Theaterwissenschaften auch Psychologie und Philosophie). Die Wahrnehmung und Reflexion der ihn umgebenden Wirklichkeit führten bei Subagio jedoch zu formal und literaturästhetisch ganz anderen Ergebnissen. Seine Gedichte sind kurze und dicht ausformulierte Gedanken und Assoziationen. Selten bemüht er die Form einer Ballade. Eine ruhige und nuancenreiche Tonart herrscht vor, die die Leser und Leserinnen zu genauem Lesen und Hinhören veranlassen. Was für die Gedichte Rendras gilt, trifft auf diejenigen Subagios erst recht zu: die des Indonesisch mächtigen Leser und Leserinnen wünschten sich an manchen Stellen, einen Blick auf den Originaltext auf der gegenüberliegenden Seite werfen zu können, um sich über die (Be-) Deutung des Gelesenen zu vergewissern.

Die Gedichte in diesem Buch wollen einen Überblick über das poetische Werk Subagios geben, der daneben auch als Autor von Kurzgeschichten sowie von literarischen und kulturkritischen Essays hervorgetreten ist. Das Spektrum reicht von frühen Gedichten aus dem Debütband "Symphonie" von 1957 bis hin zu Dichtungen aus den achtziger Jahren, die er 1990 als "Symphonie II" veröffentlichte. In ihnen zeigt sich Subagio als ein Dichter, der aus seinen indonesischen und javanischen Quellen schöpft, ohne dabei provinziell zu sein. In vielen Versen sind allgemein menschliche Erfahrungen und Gedanken formuliert, die die Leser und Leserinnen ohne Rücksicht auf ihren Kulturkreis ansprechen. Dabei sind es nicht nur individuelle und individualistische Reflexionen. Subagio verarbeitet ebenso politische Entwicklungen und soziale Verhältnisse (an Titeln erkennbar wie "Südafrika"(1957), "Ostern im Kentucky Fried Chicken (1990), S. 104 bzw. 120).

Die Lektüre dieser beiden Bücher lohnt sich nicht nur, weil man in ihnen zwei ausdrucksstarke Dichter kennenlernt, sondern sie stellen eine wichtige Brücke dar, auf der sich die deutschen Leser und Leserinnen der scheinbar exotischen und fremden Kultur Indonesiens nähern können. Literatur und insbesondere Dichtung sind ein bedeutendes Element der kulturellen Tradition dieses Landes. Umso wichtiger ist es, wenn uns mit diesen Texten ein Zugang zu den zeitgenössischen Entwicklungen und Veränderungen dieser Traditionen eröffnet wird, in denen wir uns an manchen Stellen als Mensch und als Europäer widergespiegelt finden.

Klaus H. Schreiner

Rendra, Weltliche Gesänge und Pamphlete, mit einem Vorwort, zusammengestellt und aus dem Indonesischen übersetzt von Beate und Rainer Carle, Bad Honnef, Unkel: Horlemann 1991; 95 Seiten.
Subagio Sastrowardoyo, Wirf dies Wort!, Gedichte, aus dem Indonesischen von Helga Blazy, Bad Honnef, Unkel: Horlemann 1992, 158 Seiten.

Der Dichter als Interpret seiner Zeit

Interview mit Rendra

Wann wird Indonesien demokratisch sein ?

Es ist eine dringende Notwendigkeit, daß Indonesien demokratisch wird. Wir brauchen die Demokratie so schnell wie möglich. Was wir besonders brauchen, ist eine besser funktionierende Legislative und Jurisdiktion. Sie werden zur Zeit noch zu stark von der Exekutive [einer Militärregierung, d.Ü.] beherrscht. Ohne eine echte Demokratie wird es keine gerechte Verteilung des Wohlstandes geben.

Sie haben als Oppositioneller im Gefängnis gesessen und Sie hatten auch Berufsverbot. In der Presse liest man, daß es schwierig sei, seine Meinung offen zu vertreten, weil man Repressionen fürchten muß; Suhartos Zensoren haben große Ohren. Können Sie sich, wenn Sie sich im Ausland aufhalten, frei äußern?

Ich glaube fest an die Verfassung. Und ich bin nicht der Meinung, daß ich gegen die Verfassung verstoße, wenn ich meine Meinung sage. Darum habe ich nichts zu befürchten. Wenn die Regierung Probleme hat, mit dem was ich sage, dann steht sie im Gegensatz zur Verfassung.

Für die Javanen ist Harmonie ein ganz zentraler Wert. Sie sind ein Oppositioneller und zugleich Javaner. Wie lassen sich Harmoniestreben und Opposition miteinander vereinbaren?

Die Handlungen der Regierungsbehörden in Indonesien zerstören die Harmonie des Lebens. Ohne Demokratie wird es keine Harmonie geben. Die Energien des Lebens wurden und sind noch immer gestört. Hinzu kommt, daß es keine Harmonie zwischen der Seele und den Gedanken gibt, wenn man seine Meinung nicht frei aussprechen kann. Die Ausgeglichenheit zwischen Vernunft, Seele und Körper ist gestört, weil zuviel Macht in den Händen der Exekutive angesammelt ist. Und es kann auch solange keine Harmonie des Lebens geben, so lange es keine Sicherheit im Leben gibt. Das tägliche Leben ist ungewiß und unsicher, wenn die Gesetze nicht gerecht sind und richtig angewandt werden, sondern nur den Herrschenden dienen. Um Sicherheit und Harmonie im Leben zu erreichen, ist es notwendig, daß die Gesetze über den Mächtigen stehen. Das ist unser Problem in Indonesien. Die Menschen haben keine gesetzlichen, verbrieften Rechte.

Sie gelten als Erneuerer des indonesischen Theaters. In den sechziger Jahren konnten Sie sich mit einem Stipendium in den USA aufhalten, u.a. um das dortige Theater zu studieren. Inwieweit trägt die Erneuerung des indonesischen Theaters US-amerikanische Züge?

Der amerikanische Einfluß auf das indonesische Theater ist nicht sehr groß. Auch der Einfluß auf die bildende Kunst und die Literatur ist gering. Es gibt einige Einflüsse aus dem westlichen, d.h. vor allem aus dem europäischen Theater, so z. B. der Gebrauch von Textbüchern. Traditionelles indonesisches Theater kennt kein Skript. Die Dialoge sind improvisiert. Von den Europäern und Japanern haben wir gelernt, Rollenbücher zu schreiben und Bühnenproben zu machen. Meine Art, Theater zu machen, ist wesentlich von indonesischen Traditionen inspiriert. Sie ist nicht einfach eine Kopie der Traditionen, sondern ein Zwiegespräch mit ihr. Deshalb sehen die indonesischen Kritiker in meinen Inszenierungen auch einen neuen Trend, eine Weiterentwicklung. Mein Hauptinteresse liegt nicht darin, etwas Neues zu schaffen, sondern es gilt dem Dialog. Durch diesen Dialog mit den Traditionen des indonesischen Theaters und denen des europäischen Theaters entsteht das Neue.



Rendra

Sie haben einmal gesagt "Als Dichter bin ich auch Heiler, bin ich auch ein Schamane." Wenn Sie ein Gedicht rezitieren, sprechen Sie es als Heiler oder als Schamane?

[Lacht] Wissen Sie, die Indonesier im allgemeinen und die Javanen im besonderen sind sehr religiöse Menschen; sie sind es immer gewesen. Wir [die Javanen, d.Ü.] haben Religionen, aber ohne heilige Bücher und ohne Propheten.[1] Wir haben Schamanen. Schamanen waren Dichter; sie übersetzten und interpretierten die Ereignisse im Leben. Das ist der Grund, warum die Dichter in Übereinstimmung mit der Tradition eine sehr starke und machtvolle Stellung in der Gesellschaft eingenommen haben. Und diese Tradition lebt bis heute weiter. Dichter wie Chairil Anwar[2] und Sitor Situmorang[3] und auch ich haben eine besondere und starke Position in der indonesischen Gesellschaft, indem wir unseren Zeitgenossen das Leben interpretieren und verständlich machen. Deshalb ist es in der Vergangenheit häufig geschehen, daß die Regierenden nervös geworden sind, wenn sie mit einem solchen Dichter konfrontiert wurden.

Übersetzungung: khs

Anmerkungen:

1) Javanen, die ungefähr die Hälfte der indonesischen Bevölkerung ausmachen, bekennen sich zu einem größeren Teil nominell zum Islam. In der täglichen Religionsausübung folgen viele jedoch verschiedenen Richtungen der hindu-javanischen Mystik.

2) Chairil Anwar (1922 - 1949) gilt als einer der bedeutendsten Lyriker der indonesischen Sprache, der in seinen Gedichten dem Lebensgefühl vieler Indonesier in den Jahren des Unabhängigkeitskampfes gegen die Niederländer Ausdruck verlieh.

3) Sitor Situmorang (geb. 1923) ist ein anderer wichtiger Dichter, der sich neben seiner literarischen Arbeit auch politisch engagierte. Unter dem gegenwärtig noch herrschenden Militärregime mußte er eine langjährige Haftstrafe absitzen und lebt seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Exil.

Die pharmazeutischen Firmen in diesem Land haben eine lange Tradition. Bereits Anfang des Jahrhunderts, noch vor der Gründung der I.G. Farben, gelang es der deutschen pharmazeutischen Industrie, zur "Apotheke der Welt" aufzusteigen. Und auch heute sorgen die deutschen Pharmakonzerne mit dem weltweit größten Export von Arzneimitteln für die Gesundheit in anderen Ländern. Auf den ersten Blick jedenfalls.

Die Autoren des Buches "Arzneimittel in der Dritten Welt" untersuchen, welche Pharmaprodukte diese Firmen in die 'Entwicklungsländer' exportieren und warum sie daran so gut verdienen. Während die Versorgung mit notwendigen Medikamenten für immer mehr Menschen unbezahlbar wird und das Ziel einer medizinischen Versorgung aller Menschen in weite Ferne gerückt ist, überschütten die Pharmakonzerne die Menschen in den Ländern der 'Dritten Welt' mit freiverkäuflichen Produkten zweifelhaften medizinischen Nutzens. Die hohe Auslandsverschuldung und die bittere Pille, die der IWF mit der Kürzung der Staatsausgaben verordnete, haben in den meisten Ländern einen flächendeckenden Ausbau der basismedizinischen Versorgung verhindert.

Die Autoren widmen sich dabei insbesondere der klinisch- therapeutischen Qualität der aus der BRD exportierten Arzneimittel. Dies geschieht in Anlehnung an das bereits 1976 von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelte Konzept "essentieller Arzneimittel" zur Befriedigung der medizinischen Grundbedürfnisse. Und sie kommen zu interessanten Ergebnissen: so würden zum Beispiel im Durchschnitt nur ca. 15 Prozent aller von BRD-Firmen in die 'Dritte Welt' exportierten Medikamente von der WHO als "wichtig" eingestuft werden. Den Einsatz fast der Hälfte aller Exporte bewerten die Autoren gar als klinisch- pharmakologisch unbegründet.

Das Buch bietet eine Fülle an wissenschaftlichen Fakten und Daten. Eine Änderung der bundesdeutschen "Entwicklungshilfe" und Wirtschaftspolitik erscheint - auch medizinisch gesehen - dringender geboten denn je.

Robert Hartog, Hermann Schulte-Sasse Arzneimittel in der Dritten Welt. Die Rolle der deutschen Pharmaindustrie. Mabuse-Verlag Wissenschaft, Frankfurt 1993, ISBN 3-925499-55-5 235 Seiten, DM 42,-

Anfang des Jahres begann die schrittweise Rückkehr der über 50.000 Menschen, die seit ihrer Flucht vor dem Terror der guatemaltekischen Armee in den Flüchtlingslagern Mexikos um ihr Überleben und für ihre Rückkehr kämpften. Daß die Flüchtlinge jetzt endlich wieder auf ihr eigenes Land zurückkehren können, ist erst durch langwierige Verhandlungen mit der Regierung Guatemalas und auf internationalen Druck hin möglich geworden. Doch nicht nur neue Hoffnung, auch alte Ängste kehren mit ihnen zurück. Denn die meisten der Wiederansiedlungsgebiete werden von den Militärs kontrolliert, die die Indígenas Guatemalas zuvor mit Massenerschießungen und dem Niederbrennen ihrer Dörfer ermordet oder vertrieben hatten, und sie liegen in der Nähe der noch umkämpften Gebiete. InternationalistInnen aus verschiedenen Ländern begleiten nun die Zurückkommenden in der Hoffnung, als ständige BeobachterInnen neue Übergriffe des Militärs verhindern zu können.

Während dieser Begleitung ist der im Trotzdem-Verlag erschienene Bildband "Ojalá" entstanden. Dieses Buch dokumentiert mit vielen Fotos und kurzen Interviews den (Über)lebenskampf der Menschen, die Bedrohung durch das Militär, den Umgang mit der jahrelangen Flüchtlingssituation und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in den wieder aufgebauten Dörfern. Internationale Unterstützung ist noch auf lange Zeit notwendig. Sie ist zu einer Überlebensfrage für die Indígenas Guatemalas geworden.

Ojalá. Guatemalas Flüchtlinge kehren zurück. Mit einer Rede von Rigoberta Menchú an die Flüchtlinge. Herausgegeben von der Informationsstelle Guatemala e.V. und medico international, 100 Seiten mit ca. 60 SW-Fotos, Trotzdem-Verlag, 71117 Grafenau, ISBN 3-922209-47-5 DM 28,-

Mit derselben Thematik setzt sich der Film '»Ojalá« - Hoffnung auf ein neues Land' von Uli Stelzner und Thomas Walther auseinander. Es werden Bilder vom Leben in den guatemaltekischen Lagern gezeigt. Ein älteres Ehepaar erzählt seine Geschichte, untermalt mit kurzen verfremdeten Bildern der Flucht. Campesinos auf dem Feld, Frauen bei der Arbeit und Sprecher eines Lebensmittelladens schildern die schwierigen Jahre des (Über-)Lebens im Exil. Außerdem zeigen die Bilder die Situation in den Rücksiedlungsgebieten vor der Ankunft der ersten RückkehrerInnen.

Der Film liegt auf VHS vor (50 min) und kann bestellt werden bei: autofocus, Oranienstraße 45, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/6155458. Verleih: 35,- DM + Porto; Verkauf: 250,-.

Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper heißt der im Herbst von medico international und den anderen deutschen Trägerorganisationen der internationalen Landminenkampagne herausgegebene Kampagnen-Reader. Das Buch gibt als Aufsatzsammlung unterschiedlicher Autoren einen möglichst breiten Überblick über die Minen-Problematik. Das fängt an bei sehr detaillierten technischen Informationen über die Waffengattung Mine, geht über eine Auflistung deutscher Minenhersteller und einen historischen Abriß der Entstehung und Entwicklung dieser Waffe bis hin zu einer Analyse der Minenwerbung in der militärischen Fachpresse.

Die internationale Minen-Kampagne ging zunächst von der 'Stiftung der US-amerikanischen Vietnamveteranen' aus. In Deutschland griffen verschiedene in der Friedensarbeit aktive Gruppen das Thema auf. Sie streben sowohl das weltweite Verbot von Produktion, Export und Anwendung von Landminen an als auch die Regelung der Minenräumung und der Rehabilitation nach dem Verursacherprinzip. Diese Forderungen knüpfen an die 1981 von der UNO verabschiedete Konvention zu 'wahllos wirkenden Waffen' an, für welche nun, zwölf Jahre später, eine Überprüfungskonferenz einberufen werden soll.

In dem Reader wird natürlich auch der politische Umgang mit Minen innerhalb der UNO wie auch innerhalb des deutschen Bundestages analysiert. Dabei bleibt der Ansatzpunkt nicht immer auf die Minenproblematik beschränkt, sondern sie wird in einen größeren Kontext gestellt. So spricht Mechthild Jansen die Minenkriegführung in ihrem ausgezeichneten Beitrag 'Westliche Minenkriegführung nach dem Ende des Kalten Krieges' gar nicht direkt an. Aber indem sie den Wandel vom Anspruch der Selbstverteidigung zur aggressiven Interessensicherung der westlichen Militärpolitik aufzeigt, wird deutlich, in welchem Kontext die technologische Aufrüstung, die eben auch Minen beinhaltet, zu verstehen ist.

Neben der Schilderung der Situation in Kurdistan und Mosambik widmen sich die Beiträge in der zweiten Hälfte des Buches hauptsächlich den unterschiedlichen Formen der Minenräumung und der Rehabilitation der Minenopfer.

Sozusagen zum Abschluß erweitert Herbert Leuninger von Pro Asyl mit seinem Beitrag 'Die Militarisierung der Grenzsicherung' noch einmal den thematischen Rahmen, indem er die bereits hochgezogenen Mauern der 'Festung Europa' anhand konkreter Beispiele darstellt.

Ein informativer Anhang rundet dieses lesenswerte Buch ab. Es treten zwar gelegentlich inhaltliche Wiederholungen auf, wohl bedingt durch die Form der Aufsatzsammlung, und leider sind auch einige Druckfehler zu finden, aber als Beitrag zur internationalen Landminenkampagne ist der Band den Taschenbuchpreis von 10.-DM auf jeden Fall wert.

dm

Das Bild der Welt als kontrollierter Explosivkörper, medico international, Frankfurt/M. 1993, 150 Seiten, 10.-DM, Bezug: medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt/M., Tel.: 069/24438-0, Fax:069:436002

Demokratendämmerung

Durch das Aufgreifen linker Positionen und deren Neuinterpretation gewann die neue Rechte lange Zeit Terrain. Aus dem von links formulierten Recht jeder Kultur auf eigenständige Entwicklung, die gegen den westlichen, vereinheitlichenden Universalismus gerichtet war, machte die Rechte die Pflicht für MigrantInnen, ihre 'Andersheit' in ihren eigenen, nationalen Grenzen auszuleben. Diese Zeiten sind vorbei. Heute sind keine U-Boote von rechts mehr notwendig - der herrschende Diskurs hat längst rechte und linke Positionen zu einer 'vernünftigen' Mitte zusammengeschweißt. Deutlich wird das auch in dem von Christoph Butterwegge und Siegfried Jäger herausgegebenen Sammelband "Europa gegen den Rest der Welt?". Das Fragezeichen am Ende des Titels dient mehr der moralischen Entlastung der Herausgeber als der Infragestellung herrschender Flüchtlingspolitik.

In drei Kapiteln wird zu den Ursachen der aktuellen Fluchtbewegungen in und nach Europa Stellung bezogen, die Situation in der Bundesrepublik analysiert und europäische Entwicklungstendenzen in der Flüchtlingspolitik ausgelotet. Dabei dominiert die Einschätzung: Es kommen zu viele MigrantInnen aus Süd und Ost, politische Regulierung der 'Ströme' tut Not. Die von den westlichen Industrieländern verursachten Bedingungen der Migration werden unterschlagen zugunsten einer Perspektive, die die "Sozialverträglichkeit" der Zuwanderung für die einheimische Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt.

Aus dieser Perspektive ist es nur noch folgerichtig, daß MigrantInnen nur noch kommen dürfen, wenn ihre Arbeitskraft von der deutschen Wirtschaft gebraucht wird. Und gerade wenn sich Christoph Butterwege von dieser kapitalkompatiblen Lösung abgrenzt, ohne den herrschenden "Regulierungsdiskurs" infrage zu stellen, verstrickt sich der selbsternannte humanistische Krisenmanager in negativ-sexistische Konstruktionen. Er fordert eine Kontingentierung der Zuwanderung nach Geschlechtszugehörigkeit, um den 'Ängsten der männlichen, einheimischen Bevölkerung' - daß der "ausländische Mann" " die deutsche Frau" verführt - gerecht werden zu können (S. 217).

Auch wenn der allgemeine Tenor von einzelnen Autoren durchbrochen wird (z. B. von Jürgen Link in seinem Beitrag "'Asylanten' - Zur Erfolgsgeschichte eines deutschen SchlagWorts" oder von Werner Ruf "Neue Risiken - alte Antworten: Migration und militärpolitische Emanzipation Deutschlands"), ist dieses Buch alles in allem ein Plädoyer für den Erhalt des Status quo. Aus diesem zieht zweifelsohne auch die ehemalige Metropolenlinke viele Vorteile. Sie sollte sich aber hüten, dieses Interesse als 'fortschrittliche und menschenfreundliche Strategie' zu verkaufen.

Gegen den Trend einer parteienübergreifenden 'Das Boot ist voll'-Politik liegt das von den Nürnberger Krisis-Leuten herausgegebene Buch "'Rosmaries Babies'. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen". Ganz im Gestus ihres wohl bekanntesten Vertreters Robert Kurz wird hier nicht isoliert an dem 'Migrationsproblem' herumgedoktert, sondern weltwirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse, das Versagen der Demokratie, die neuen Migrationsbewegungen und der sich ausbreitende Rassismus als integrale Bestandteile behandelt.

Demokratie und die heutigen Versuche, über die Mobilisierung demokratischen Bewußtseins rechtsextreme und rassistische Tendenzen im Zaum zu halten, müssen nach Robert Kurz zwangsläufig ins Leere laufen. Denn: die demokratische Form bildet nur die Kehrseite eines an der gesellschaftlichen Basis wirkenden Zwangsverhältnisses, das die Subjekte der Logik des Marktes und der Herrschaft des Geldes unterwirft. Die Freiheit auf der Basis der Marktwirtschaftsdemokratie impliziert einen unerbittlichen Konkurrenzkampf um Möglichkeiten der "Selbstverwertung", d. h. um Arbeitsplätze, durch die erst Existenzberechtigung unter Beweis gestellt wird.

Diese "Herrschaftslogik" der Demokratie ist für Kurz die Basis für rechtsextreme Denkformen. Denn mit der Globalisierung der kapitalistischen Produktion und den damit verbundenen Krisenprozessen verallgemeinert sich das Prinzip des "survival of the fittest"; in der Angst, durch das löchrig gewordene Netz der sozialen Sicherung herauszufallen, wird auf rassistische Konstruktionen und nationale Mythen zurückgegriffen, um potentielle Konkurrenz aus dem Süden oder Osten auszuschalten.

Die "ideologische Schwäche" des nur am materiellen Mammon orientierten und nicht auf einer "wahren" nationalen Überzeugung basierenden Nationalismus bildet für Kurz den Kern dafür, daß sich ein nationalsozialistisches Herrschaftsregime nicht wiederholen wird. Es kann auch keine Verbindung mehr zwischen rechtsextremer Bewegung und dem Kapital geben: Weder innenpolitisch noch in einer vom Weltmarkt abhängigen Ökonomie hätten faschistische Regime die Möglichkeit, Krisenprozesse zu regulieren. Vielmehr driften heute am Endpunkt kapitalistischer Entwicklung Ökonomie und politische Regulation unwiderruflich auseinander - bis zum Zusammenbruch.

Auch auf der Subjektseite wird nach den Nürnbergern diese Entwicklung nachvollzogen. Johanna W. Stahlmann beschreibt die rassistischen Gewaltexzesse als Form, die es dem zwischen seinem Verstand und Gefühl aufgespaltenen Individuum ermöglicht, sich "ganz" zu fühlen. Die Subjektwerdung vollzieht sich nicht mehr nach dem alten philosophischen Prinzip "Ich denke, also bin ich", sondern verkehrt sich heutzutage in "Ich töte, also bin ich". Das vernunftgeleitete, bürgerliche Individuum ist am Ende ; werte-, bindungs- und beziehungslose Monaden rotten sich in rechtsextremen Grüppchen zusammen, sie könnten sich aber genausogut im Fitness-Center oder beim Drachenfliegen treffen.

Hier zeigt sich das Manko, der ansonsten lesenswerten Analysen, ein Manko allerdings, das schon aus früheren Aufsätzen und Büchern der Gruppe bekannt ist. In dem Versuch, alle aktuellen Krisenerscheinungen als Endkrise des Kapitals darzustellen, werden gesellschaftliche Prozesse, die dieser Prognose entgegenstehen, einfach ausgeblendet, oder uminterpretiert. Für die theoretische Konstruktion des bevorstehenden Zusammenbruchs brauchen sie das von allen Bindungen und Idealen befreite Individuum - den auch aus den Medien bekannten Einzeltäter - und verkennen dabei die organisatorische Kraft und Restrukturierungsversuche im rechten Lager. Auch mag es bei oberflächlicher Betrachtung gerechtfertigt sein, Rassismus und Antisemitismus in einem Zuge mit religiösem Spiritualismus und Abenteuersport zu nennen; erklärt wird dabei aber nicht die spezifische Funktion rassistischer Denkformen für die Reproduktion hiesiger "Dominanzkultur" bzw. der psychische Gewinn, den die Individuen heute aus ihnen ziehen. Das alles mag vom theoretischen Ausgangspunkt der Autoren betrachtet nebensächlich und belanglos sein, geht es doch ihrer Meinung nach dem großen Show-Down entgegen. Für die Entwicklung antirassistischer Strategien ist die Beantwortung dieser Fragen jedoch unerläßlich.

Christine Parsdorfer

Christoph Butterwegge/Siegfried Jäger (Hrsg.): Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik, Bund Verlag 1993, 330 S., 29,90 DM

Edition Krisis: Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen, Horlemann 1993, 220 S., 24,- DM

Weder arm noch ohnmächtig

Da muß ein Nerv getroffen worden sein - die Heftigkeit der öffentlichen Reaktionen, die Häme der Kritik wie der Enthusiasmus der Befürworter bewiesen, daß die Autorin eine längst fällige Debatte provoziert hatte. "Un cri de colère", ein Aufschrei des Zornes, sei dieses Buch, so die Autorin in einem Interview, und leidenschaftlicher Zorn vibriert denn auch in jedem Kapitel dieser "Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer", gelegentlich zugespitzt zu wutschnaubenden Attacken oder giftigen Pointen. Mit "Weder arm noch ohnmächtig" (das französische Original erschien 1991 mit einem rhetorisch gemeinten Fragezeichen unter dem Titel "Et si l'Afrique refusait le développement?") hat Axelle Kabou in einem essayistischen Handstreich so ziemlich alle Tabus verletzt, die die internationale Entwicklungshilfe für den afrikanischen Kontinent betreffen.

Schon die als unantastbar geltende Prämisse, daß sich Afrika überhaupt entwickeln will, hält Axelle Kabou für eine groteske Fehleinschätzung, ja für ein Art unausrottbares Gerücht, das freilich aus guten Gründen sowohl von den afrikanischen Oligarchien als auch von den internationalen Kartellen der Entwicklungshilfe hingebungsvoll gehätschelt wird: "Je weniger sich Afrika entwickelt, desto stärker wird der Mythos von seinem angeblichen Verlangen nach Fortschritt". Entwicklungshilfe, noch dreieinhalb Jahrzehnte nach der Unabhängigkeitsära als einklagbare Reparationszahlung für die Verbrechen der - vor allem französischen und britischen - Kolonialherrschaft begriffen, kann inzwischen die afrikanische Misere nur noch vollenden, nicht aber abwenden. Sie zementiert, dies ist eine Kernthese der Streitschrift, den politischen wie ökonomischen Status quo in Afrika, mit verheerenden Konsequenzen; die Afrikaner sollten schleunigst aufhören, vom Westen weitere Entwicklungshilfe zu fordern, "da die Hilfsprojekte, gerade weil sie die traditionellen Werte respektieren wollen, lediglich dazu beitragen, daß Fatalismus und Armut fortbestehen." Kolonien sind nach wie vor ein Geschäft - und so hat es etwas von einer subtilen Rache, wenn gerade in den mit zig Dollarmilliarden bei Weltbank und Internationalem Weltwährungsfonds verschuldeten Armutsländern noch die wohlmeinendsten Hilfsprojekte ins Kontraproduktive umschlagen. Der schiere Mythos vom afrikanischen Willen zur Entwicklung, sagt Axelle Kabou, erfüllt drei wesentliche Funktionen: Er entlastet die politische Klasse vom Vorwurf der Inkompetenz, indem denkbare Kritik auf ein vermeintliches, permanentes internationales Komplott umgeleitet und also neutralisiert wird; er sanktioniert unter Vorspiegelung falscher Tatsachen (die Medien als "eigentliche Lautsprecherboxen der lokalen Oligarchien") die Maßnahmen der afrikanischen Einheitsparteien und Militärdiktaturen; er versorgt schließlich ganze Expertenstäbe und Heerscharen von Entwicklungshelfern "mit nie endenden Dienstreisen und Forschungsaufträgen", deren Zwecklosigkeit für die Autorin offensichtlich ist.

Starker Tobak für jene westlichen "tiers-mondistes" (Anhänger der Dritten-Welt-Bewegungen), die das Phantom des seiner "negritude", seiner kulturellen Identität beraubten und noch immer zum edlen Wilden stilisierten Afrikaners ja nicht zuletzt deshalb aufrechterhalten, um auf ihrer eigenen Ideologie bestehen zu können. Alle Konzepte von Afrikanisierung haben sich für Axelle Kabou als gefährliche intellektuelle Denkmalspflege zu erkennen gegeben, die den Kontinent endgültig aus der Geschichte zu entlassen drohen. "Es besteht gar kein Zweifel, daß die Auffassung von Kultur und Tradition, die sich in Afrika nach Erlangung der Unabhängigkeit durchgesetzt hat, ein Bremsklotz für die Entwicklung ist. Das Recht auf kulturelle Eigenart hat in Afrika lediglich Stillstand, Widerstand gegenüber der Moderne und intellektuelle Verkalkung legitimiert."

Axelle Kabou, 1955 in Douala (Kamerun) geboren, hat lange genug als Koordinatorin von Entwicklungsprojekten sowie im Präsidialamt der 1989 aufgelösten Konförderation zwischen Senegal und Gambia (Senegambia) gearbeitet, um die Hintergründe afrikanischer Zustände, vor allem die Probleme um Ethnizität und Demokratisierung sowie "das Theoretische" vieler afrikanischer Nationen und Nationalstaaten, profund beurteilen zu können. Ihr Essay, in der Tradition des literarischen Pamphletes geschrieben, besticht durch argumentative Stringenz, lustvolle Polemik wie furiose Schärfe, in der Klage und Anklage zusammenfallen. Ein Pamphlet betreibt keine Grundlagenforschung, es pfeift auf Wissenschaftlichkeit und schert sich den Teufel um objektivierende Ausgewogenheit. So ist es gerade das kraß Subjektive in Axelle Kabous kritischer Generalabrechung, das den Leser hier bewußt provoziert. Hätte ein Nichtafrikaner diese Streitschrift verfaßt, es hätte - jede Wette - postwendend geharnischte Rassismus-Vorwürfe gehagelt.

So vernichtend wie einleuchtend etwa Kabous Kritik an jenen schwarz-afrikanischen Managementmodellen, die sich "nur mittels Tribalismus und Denunziation" halten können. Vernichtend ihre Kritik an Strukturanpassungsprogrammen wie ökonomischen Konzepten. Vernichtend ihre Kritik der politischen Klasse: "Unseren Staatschefs fehlt es in höchstem Maß und in jeder Hinsicht an Format". Vernichtend ihre Kritik an der 1963 gegründeten Organisation für afrikanische Einheit ("Es geht mir vielmehr darum, deutlich zu machen, weshalb die OAU schnellstens aufgelöst oder boykottiert werden müßte"). Und vernichtend schließlich ihre Kritik an jenen "tiers-mondistes", die Afrikas vorkoloniale Geschichte zu einem Goldenen Zeitalter umlügen, die im Wahn die "magische Seele" des Kontinents zu retten, Afrika eine maschinen- und techniklose Kultur diktieren und damit endgültig marginalisieren. "Intellekt, technisches Wissen, Finanzen und Organisation" sind für Kabou unabdingbare Voraussetzungen wenigstens für eine Verheißung von Entwicklung - dies umso mehr, da es für Afrika keinen Marshallplan geben wird und "das Manna der westlichen Hilfe" in Form von Technologietransfer und Kreditgarantien ohnehin längst nach Osteuropa umgeleitet wurde.

Auch wenn die in diesem Pamphlet geäußerte Kritik in Details widersprüchlich und übertrieben ist - brisant und zutreffend bleibt die Diagnose gleichwohl. Gravierender ist die Unbekümmertheit, mit der die Autorin durchgängig von "Afrika", "den Afrikanern", "der afrikanischen Mentalität" spricht. Da wäre eine feinere Differenzierung dringend notwendig gewesen: Allein zwischen den Staaten des arabischen Maghreb und Schwarzafrikas klaffen riesige Differenzen. Mag sein, daß ein großer Essay von einer argumentativen Wucht, wie sie Axelle Kabou entwickelt, den Beginn einer innerafrikanischen grundsätzlichen Selbstkritik signalisiert, die womöglich produktiver ist als alle weiteren Entwicklungshilfemilliarden. "Afrika ist weder arm noch ohnmächtig", weiß die Autorin, und sie läßt ihren Text in der apodiktischen Feststellung gipfeln: "Das Afrika des 21. Jahrhunderts wird rational sein - oder nicht sein".

Hartmut Buchholz

Axelle Kabou: Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer. Aus dem Französischen von Monika Brüninghaus und Regula Renschler. Lenos Verlag, Basel. 260 Seiten, 34 Mark.

"Demokratisierung": Herrschaftsmittel in der Dritten Welt

Warum sind seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes westliche Regierungen und südliche Eliten an einer Demokratisierung in der Dritten Welt interessiert? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Tagung "'Demokratisierung' als Herrschaftsmittel in der Dritten Welt", die am Samstag, den 13.11., in Köln stattfand. "Für afrikanische Eliten ist die Demokratisierung eine Strategie der Anpassung, um die Macht zu behalten", sagte Claude Aké auf der vom Transnational Institute (Amsterdam) und dem Buntstift e.V. (Göttingen) durchgeführten Tagung. "Dies bedeutet Wahlen, bei denen nichts wirklich zu entscheiden ist. Statt zum Subjekt mit Macht zu werden, bleibt das Volk Objekt der Macht," so der nigerianische Politikwissenschaftler Aké. Dies sei "Demokratie der Entmachtung".

Auch die Weltbank hat nach Meinung der amerikanischen Verschuldungsexpertin Susan George Demokratisierung inzwischen auf ihre Fahnen geschrieben: "In der Terminologie der Bank heißt dies 'Gutes Regieren' (Good Governance). Die Weltbank kann sich die Verwendung des Begriffes Demokratie offiziell nicht leisten, da die Schuldnerstaaten es sonst als Einmischung in innere Angelegenheiten ablehnen würden." Gegen Gutes Regieren könne aber niemand etwas sagen. Dabei würde die Bank, so George, ihre eigenen Kriterien für Gutes Regieren wie z.B. Transparenz und Verantwortlichkeit selbst überhaupt nicht erfüllen. George erntete nur Schweigen, als sie die 70 überwiegend intellektuellen Teilnehmer der Tagung fragte, ob sie denn etwa wüßten, wer der deutsche Exekutivdirektor bei der Weltbank sei.

George verwies darauf, daß Globalisierung die Rolle der Nationalstaaten und ihre Spielräume verringert habe und damit auch die Demokratisierung aushöhle. Wenn die Regierungen der Dritten Welt nicht mehr über ihr nationales Zinsniveau, den Wechselkurs und den Brotpreis entscheiden könnten, lassen sich andere Entscheidungen aus Sicht westlicher Regierungen risikoloser demokratisieren. Für letztere sei Demokratisierung ohnehin mit der Übernahme der freien Marktwirtschaft identisch, wie mehrfach festgestellt wurde. Dies werde zum Beispiel auch an der Vermischung von Begriffen wie Freie-Marktwirtschaftsdemokratie ("Free market democracy") deutlich.

Laut Jochen Hippler, Direktor des Transnational Institutes, habe der Westen gelernt, daß diktatorische Formen vielfach nicht geeignet seien, die Herrschaft über die Dritte Welt zu behalten. Denn sie würden den Widerstand anstacheln, wie die Diktaturen von Somoza (Nikaragua), dem Schah (Iran) und Duvalier (Haiti) gezeigt hätten. Dagegen biete Demokratisierung als Export des westlichen Modells die Möglichkeit, bestimmte Bevölkerungsschichten in das System zu integrieren und es so zu stabilisieren. "Die Staaten, die heute den Globus managen, fürchten Unordnung so sehr, wie sie früher die Sowjetunion gefürchtet haben," sagte Hippler. Die Aufbruchsphase, die von 1989 bis 1991 geherrscht habe, sei inzwischen vorbei. Stabilisierung rangiere vor Demokratisierung, falls beide für nicht kompatibel eingestuft werden sollten. Dies habe der Fall Algerien gezeigt: Die westlichen Regierungen haben geschwiegen, als das Militär putschte, um den Wahlsieg der Islamischen Heilsfront zu verhindern.

Hippler verwies auf das Dilemma, daß die Instrumentalisierung des Begriffes Demokratisierung durch westliche Regierungen und südliche Eliten für die fortschrittlichen Kräfte bedeute: "Sie können nicht gegen Demokratisierung vorgehen, müssen sich aber gegen die Instrumentalisierung wehren". Einig waren sich alle Redner, daß trotz der Risiken und Unzulänglichkeiten die mit dem Demokratisierungsprozeß verbundenen Chancen wahrgenommen werden müssen. Auch wertete niemand die bisherige Demokratisierung als unterm Strich negativ. Doch es müsse um die Wiederherstellung des Begriffes und damit weiter um wirkliche Demokratisierung gekämpft werden. Wie das aussehen könnte, wurde nicht gesagt.

Sven Hansen

HIV-Positive vernetzen sich auf Weltkonferenz

Vom 23.9. - 29.9.93 fand in Acapulco, Mexiko die 6. internationale Konferenz für Menschen mit HIV/AIDS statt. Rund 250 HIV-Positive trafen sich bei tropischen Temperaturen, tauschten die unterschiedlichsten Erfahrungen aus und begaben sich auf die Suche nach Gemeinsamkeiten. Vorbereitet wurde die Konferenz vom Global Network Of People Living With HIV/AIDS (GNP+), einer Organisation, die aus früheren Konferenzen hervorgegangen ist und eine weltweite Vernetzung von HIV-positiven Menschen anstrebt. Unter dem Hauptmotto "Kommunikation und Solidarität für ein besseres Leben mit HIV und AIDS" gab es fünf thematische Schwerpunkte: Identitäten, Menschenrechte, Gesundheit, Kommunikation und Techniken der Organisierung.

Zu spezielleren Themen fanden mehrere Workshops statt, die die Problemlagen in den verschiedenen Regionen der Welt zum Thema hatten. Allerdings sprachen hier nicht - wie so oft auf Konferenzen - sogenannte Experten über AIDS, sondern Betroffene stellten ihre Sicht der Lage in ihren Heimatländern dar, besonders auch im Hinblick auf Schwierigkeiten der Selbstorganisierung. Nach wie vor ist ein großes Gefälle zwischen der Situation in Westeuropa bzw. Nordamerika und "dem Rest" der Welt festzustellen. Zwar gibt es auch in Westeuropa diskriminierende Rechtsvorschriften, Mängel in der Gesundheitsversorgung und ausgrenzende Diskurse über HIV-Positive. Allerdings scheinen die hier allgemeingültigen Standards für die allermeisten Länder der sog. Dritten Welt unerreichbar. Armut ist der entscheidende Co-Faktor, der zu einer schnelleren epidemischen Entwicklung führt und die Lebensdauer wie -qualität für HIV-Positive erheblich einschränkt. AIDS wird immer mehr zu einer Krankheit der Frauen und Armen werden, darauf wies Michael Merson, Direktor des weltweiten Aidsprogrammes der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Gastredner auf der Konferenz, hin. Schon längst sind HIV-Infektion und Aidserkrankung nicht mehr nur Symptome der Unterentwicklung, sondern in zunehmenden Maße deren Ursache.

Diese Überlegungen waren auch ein Grund, die Konferenz in Lateinamerika stattfinden zu lassen. Auch wenn die epidemische Entwicklung in Lateinamerika noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in Afrika oder Asien, so folgt sie inzwischen doch den gleichen Verbreitungsmustern. Im gastgebenden Land Mexiko gibt es inzwischen ca. eine halbe Million HIV-Infizierte, AIDS als Todesursache steht bei Männern im Alter zwischen 25 und 34 Jahren inzwischen an vierter Stelle. Zunehmend breitet sich die Krankheit in ländlichen Gebieten aus, eine regierungsunabhängige Präventionskampagne ist hingegen unlängst von der Regierung des katholischen Mexikos wegen Pornographie verboten worden.

Leider erwies sich die Wahl des Veranstaltungsortes als ein sehr aufgesetztes Unterfangen. Der Großteil der Konferenzorganisation lief über ein in London eingerichtetes Büro, mexikanische Selbsthilfegruppen vor Ort wurden in die Planung zwar als Handlanger, nicht aber konzeptionell eingebunden. Kein Wunder also, wenn es schon kurz nach Beginn der Konferenz von seiten der LateinamerikanerInnen Unmut gab. Die Kritik richtete sich aber nicht nur auf die mangelnde Vorbereitung der Konferenz durch das GNP+, sondern auch auf die schlechten internen Kommunikationsstrukturen und auf den Mangel an Transparenz und Basisnähe. Als Ergebnis wurde ein vom Sekretariat des GNP+ in Eigenregie entwickeltes Grundsatzpapier, welches eine hierarchische Grundstruktur nahelegt, nicht von der Konferenz gebilligt und fast alle gewählten VertreterInnen im GNP+ zum Ende der Konferenz ausgetauscht.

Trotz aller Querelen war auf der Konferenz der Wunsch nach weiterer Vernetzung, gegenseitigem Lernen voneinander und nach dem Aufbau einer effektiven Lobbyarbeit unüberhörbar. Übereinstimmend sprachen sich die Teilnehmenden für eine weltweite Verbesserung ihrer medizinischen, rechtlichen aber auch sozio-politischen Lage aus. In diesem Zusammenhang stehen die heftigen Angriffe, die sich Michael Merson als Vertreter der Weltgesundheitsorgani-

sation im Anschluß an seinen Vortrag seitens der Teilnehmenden zuzog. Vorgeworfen wurde der WHO vor allem eine "Politik der Lippenbekenntnisse". Zwar werden HIV-Positive betreffende Menschenrechtsverletzungen bestimmter Staaten kritisiert, eine praktische Politik folgt hieraus aber nicht. Insbesondere restriktive Ein- und Ausreisebestimmungen für HIV-Infizierte etwa durch die USA waren Stein des Anstoßes.

Allen Beteiligten war aber klar, daß auch in den eigenen Reihen solidarisches Verhalten verlangt ist, gerade im Hinblick auf eine Umverteilung von Geldern von "Nord" nach "Süd". Für die nächste Konferenz 1995 in Johannesburg, Südafrika ist bei einer anvisierten GesamtteilnehmerInnenzahl von 600 angestrebt, mindestens für 200 Menschen aus ärmeren Regionen Förderungen zu organisieren, mit dem das neuzusammengesetzte GNP+ beauftragt wurde.

Einhellig war der Standpunkt vertreten, daß eine Bekämpfung von AIDS nicht ohne die Betroffenen möglich ist, zu vielversprechend sind die Konzepte und Überlebensstrategien, die HIV-Positive zusammen auf der ganzen Welt aus ihrer alltäglichen Erfahrung heraus entwickeln. In diesem Sinne ist auch der Slogan des GNP+ zu verstehen: "Wir sind nicht das Problem, sondern Teil seiner Lösung".

Armin Stickler,
Informationsbüro Nicaragua e.V.,
Wuppertal

7. EADI-Konferenz in Berlin

Vom 15. bis 18. September fand in der technischen Universität zu Berlin die 7. Generalkonferenz der European Association of Development Research and Training Institutes statt. Hierbei handelt es sich um einen Verband von Instituten, der sich um den Austausch unterschiedlicher Ansätze und Positionen zur Entwicklungspolitik und -forschung bemüht. Das Thema der alle drei Jahre stattfindenden Konferenz, "Transformation und Entwicklung - Osteuropa und der Süden", mobilisierte über 500 Leute, darunter um die 50 OsteuropäerInnen. Diese sehen sich in ihren Ländern mit der Situation konfrontiert, daß ein zunehmend starkes Forschungsinteresse von außen auszumachen ist, wobei noch vor wenigen Jahren diese Länder selbst Ausgangspunkt entwicklungspolitischer Forschung und Zusammenarbeit waren. Dieser Zwiespalt führte beispielsweise dazu, daß entwicklungspolitische Theoriebildung auf deren Gebrauchswert für die Anpassung des Ostens an die westlich determinierten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsvorgaben reduziert wurde. Insgesamt wurde auf der Konferenz stark auf die Unterschiede der Transformation und Entwicklung zwischen Osteuropa und dem Süden abgehoben.

Natürlich berührte diese Problematik nicht alle 24 AGs, die insgesamt das Spektrum aktueller und wichtiger Entwicklungsfragen gut abdeckten. Die AG "Hilfeleistungen und Politik" konnte beispielsweise erarbeiten, wie stark Vergabebedingungen für Entwicklungshilfe nach dem offiziellen Ende der Ost-West-Konfrontation an Bedeutung gewonnen haben. Doch während in Teilbereichen und in einzelnen Ländern Entwicklungsfortschritte festzustellen sind, erscheint eine nicht-länderspezifische Auflistung von Vergabekonditionen (wie z.B. vom BMZ praktiziert) als ein unzureichender Ansatz zur Bewältigung von Entwicklungsproblemen. Wichtig und notwendig bleiben Maßnahmen, die sich nicht primär an politischen und wirtschaftlichen Interessen der Geberländer orientieren, sondern die als koordinierte Entwicklungspolitik (z.B. im Rahmen der EG und der Lome-Konventionen) ihre Prioritäten im Dialog mit den Entwicklungsländern finden und umsetzen. Angesichts der allgemein zurückgehenden Leistungen bei der bi- und multilateralen Entwicklungshilfe besteht jedoch geringe Aussicht auf viel mehr als Schadensbegrenzung- und öffentlichkeitswirksame Nothilfemaßnahmen.

Jene Arbeitsgruppen, die vom Thema her über Bestandsaufnahmen und Problembeschreibungen hinausreichten, konnten am ehesten auf Wege und Potentiale zur "Transformation und Entwicklung" hinweisen. So wurde in zwei AGs die Bedeutung der spekulativen monetären Märkte samt der Verschuldungszwänge wie auch die besonders für den Süden restriktiven Handelsbedingungen des Weltmarktes debattiert. Dabei zeigte sich, daß sich sowohl im Osten wie seit längerem im Süden ein strukturelles Dilemma für nachhaltige Entwicklung im Kontext des Weltmarktes abzeichnet: nämlich die Unregulierbarkeit privater Investitionen. Diese Investitionen sind einerseits von potentiell sehr großer Bedeutung zur Intensivierung von produktiver Entwicklung im Süden wie im Osten. Doch das Ausbleiben bzw. die länder- (oder sektor-) spezifische Allokation solcher Entwicklungsressourcen, die in der Regel dem Profitmotiv und nicht dem Bedarfsmotiv folgen, läßt ganze Regionen und Ländergruppen im Schwebezustand zwischen Entwicklungsfortschritten und endlosem Zerfall verharren.

So wichtig Fragen der Entwicklungsqualität und zur sozialen und politischen Dynamik im Osten aus der Sicht der Betroffenen auch sind - durch Vernachlässigung der Erfahrungen der unterentwickelten Länder und Regionen des Südens, einschließlich deren durchaus vorhandenen Entwicklungserfolge, sind erfolgversprechende Entwicklungsalternativen nicht zu realisieren.

(Zusfg. eines Kommentars von G.Brigaldino)

Bleiberecht für Roma! Keine Einzelfallprüfung!

Seit Jahren machen Roma, die sich in verschiedenen Gruppen organisiert haben, auf ihre Situation aufmerksam und kämpfen für ihre Rechte. Im Mai diesen Jahres besetzte eine Gruppe von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien die KZ-Gedenkstätte Dachau, um gegen ihre drohende Abschiebung zu protestieren. Sie erklärten: "Bis heute schiebt die Bundesregierung Angehörige der am schlimmsten verfolgten Minderheit nach Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Restjugoslawien und Mazedonien ab, wo ethnische Massaker stattfinden oder drohen" (Presseerklärung, 5.5.93). In Bosnien waren moslemische Roma, die äußerlich durch ihre Hautfarbe und Tracht zu erkennen waren und in abgeschlossenen Siedlungen wohnten, die ersten Opfer dieser gezielten Masssaker. Sie forder(te)n unter anderem von der Bundesrepublik:

- Die Anerkennung als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den überlebenden Roma und Sinti des Holocaust.
- Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion ein gesichertes Bleiberecht zu gewähren, analog der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.
- Sich verbindlich zur konkreten Umsetzung der bisherigen europäischen Resolutionen und Empfehlungen (Genfer Flüchtlingskonvention von 1956) durch besondere Maßnahmen zu verpflichten.
- Die Resolution 62 der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 5.März mit dem Titel "Schutz der Roma" nachträglich als letztes europäisches Land zu unterzeichnen.

Knapp zwei Monate gewährte die evangelische Landeskirche der zu diesem Zeitpunkt 300 Menschen umfassenden Gruppe Kirchenasyl, dann entzog sie ihnen ihre Unterstützung. Daraufhin entschieden sich die Roma, ihren Kampf um Bleiberecht auf zwei verschiedenen Ebenen weiterzuführen: während eine Gruppe des Roma National Congress nach Straßburg ging, um dort eine Petition beim europäischen Gerichtshof einzureichen, begannen die Roma der Süddeutschen Roma Union ihren Symbolmarsch durch Südbaden, um Öffentlichkeit herzustellen. Zu Fuß bewältigten etwa 120 Roma die Strecke von Karlsruhe bis Konstanz. Eine Delegation wurde nach Genf entsandt, um einen Appell an das Hohe Flüchtlingskommisariat der UN zu richten.

Fast vier Monate waren die Roma unterwegs, bei schlechter Witterung, trotz kranker Kinder, den Strapazen des ständigen Weiterziehens und der latenten Angst vor Übergriffen von rechts und von der Polizei.

Erst nachdem Baden-Württembergs Innenminister Birzele (SPD) den Roma das Ultimatum gestellt hatte, sich bis zum 10.9. auf Einzelprüfungen einzulassen, beendeten die Roma ihren Marsch durch Süddeutschland, da ihnen ein sofortiges Eingreifen der Polizei angedroht wurde, und fuhren direkt nach Stuttgart, um dort mit Birzele zu verhandeln.

Die Roma lehnen die herkömmliche Einzelfallprüfung ab, da sie bei der Stiftskirchenaktion in Tübingen (1990/91) die Erfahrung gemacht haben, daß trotz anderslautender Versprechungen nur ein kleiner Teil der Gruppe als Alibi anerkannt, der Großteil aber abgeschoben wurde. Sie wollen die Aussetzung der Abschiebungen der an der Aktion beteiligten Roma nach § 54 Ausländergesetz aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen. Als Verhandlungsangebot an Birzele sind die Roma jedoch bereit, sich auf Einzelfallprüfungen einzulassen, wenn Stellungnahmen angesprochener internationaler Gremien abgewartet und in die 'Einzelfallprüfung' miteinbezogen werden. Das heißt, sie fordern weiterhin eine politische Lösung.

Momentan gibt es aus dem Innenministerium keine Bewegung mehr. Birzele zog mittlerweile seine indirekte Zustimmung zu einem befristeten Abschiebstopp zurück, als klar wurde, daß es doch nicht wie erwartet zu einem Eilverfahren im EG-Parlament aufgrund der Eingabe der Roma kommt. Nun werden die Einzelfallprüfungen voraussichtlich in nächster Zeit beginnen und ungefähr zwei Monate laufen, so daß mit einer Abschiebung der Roma im Januar/Februar zu rechnen ist. Daher ist es wichtig, daß gerade jetzt, während die Verhandlungen von Birzeles Seite aus versanden und er sich keinem genügend großen Druck ausgesetzt sieht, verschiedenste gesellschaftliche Gruppen ihre Solidarität mit den Roma bekunden und in diesem Sinn an Birzele schreiben oder faxen. Nun, da keine spektakulären Aktionen wie der Symbolmarsch mehr stattfinden, ist es umso dringlicher, Öffentlichkeit für die Sache der Roma zu schaffen.

Protestschreiben an: Frieder Birzele (persönlich), Innenminister BaWü, Dorotheenstr. 6, 70173 Stuttgart, Fax: 0711/2313099

Stoppt die Forschung an "Impfstoffen" gegen Schwangerschaft!

Mehr als 230 Organisationen und Gruppen aus 18 Ländern fordern einen weltweiten Stop der Forschung an immunologischen Verhütungsmitteln. In einem offenen Brief fordern sie Wissenschaftler und Geldgeber auf, die Forschungen und klinischen Versuche an Menschen sofort einzustellen. Dieser offene Brief ist Auftakt einer internationalen Kampagne, deren Ziel es ist, eine "Impfung" gegen Schwangerschaft zu verhindern.

"Impfstoffe" gegen Schwangerschaft sind eine neue Gruppe von Verhütungsmitteln, an denen seit über 20 Jahren intensiv geforscht wird. Ihre Wirkungsweise unterscheidet sich grundlegend von bisherigen Methoden zur Schwangerschaftverhütung: Sie zwingen den Körper einer Frau, mit einer Immunreaktion körpereigene Hormone (z.B. das Schwangerschaftshormon HCG) oder Eizellen anzugreifen und damit eine Schwangerschaft zu verhindern.

Die UnterzeichnerInnen des offenen Briefes lehnen die neuen Verhütungsmittel aus mehreren Gründen ab. Mit der Manipulation des Immunsystems zu Verhütungszwecken gehen schwere gesundheitliche und allergische Risiken einher. Auch zeigen jetzt schon klinischen Versuche, daß immunologische Verhütungsmittel nicht zuverlässig wirken können. Frauen reagieren sehr unterschiedlich auf dasselbe immunologische Verhütungsmittel. Zum Beispiel schlägt das am weitest entwickelte immunologische Kontrazeptiva, das indische Anti-HCG-Präparat, bei 20% der Frauen nicht an und seine Wirkung reichte bei anderen Versuchspersonen von 6 Monaten bis zu 2 Jahren. Streß, Unterernährung und Kankheiten führen zu unvorhersehbarem Versagen des Mittels. Bei Menschen, die zu Allergien und Autoimmunkrankheiten neigen, kann dieser "Impfstoff" hingegen auch zu einer endgültigen Sterilität führen.

Immunologische Mittel erlauben Frauen (und Männern) keine größere Selbstbestimmmung über ihre Fruchtbarkeit, sondern verringern diese. Sie sind langwirkend und können nicht einfach abgesetzt werden. Als besonders gravierend stellt sich das Risiko des Mißbrauchs dar. Die einfache Handhabung einer Spritze und das positive Image einer Impfung ermöglichen eine massenhafte Anwendung ohne Information und Einverständnis der betroffenen Frauen. Die Entwicklung derartiger "Impfstoffe" verfolgt in erster Linie bevölkerungspolitische Interessen. Die großen Geldgeber der Verhütungsmittelforschung zielen darauf, die Effektivität von Bevölkerungskontrollprogrammen zu erhöhen. Die meisten Wissenschaftler, die diese Forschung betreiben, betrachten den Körper als eine zu beherrschende Maschine.

Die UnterzeicherInnen des offenen Briefes fordern eine radikale Neuorientierung der Verhütungsmittelforschung. Bevölkerungspolitische Ideologien dürfen keinen Einfluß auf die Entwicklung von Kontrazeptiva haben. Weltweit werden etwa 10% der öffentlichen Gelder, die in die Verhütungsmittelforschung fließen, in die Entwicklung einer "Impfung" gegen Schwangerschaft investiert. Als Finanziers der Forschung fungieren u.a.: die Regierungen Indiens, der USA, Kanadas, der Bundesrepublik Deutschland sowie die Weltbank, die Rockefeller Foundation und der UN-Bevöl-

kerungsfond (UNFPA). Die Forschungsgelder müssen anders verwendet werden. Das wichtigste Ziel der Forschung muß darin liegen, allen Menschen und besonders Frauen zu ermöglichen, selbstbestimmt mit ihrer Fruchtbarkeit umzugehen, ohne dafür Wohlbefinden und ihre Integrität opfern zu müssen. Verhütungsmittelforschung muß sich an den Lebensrealitäten von Frauen orientieren. Vor allem müssen die Gegebenheiten der lokalen Gesundheitsversorgung und die Stellung von Frauen in den jeweiligen Gesellschaften berücksichtigt werden. Namentlich die fünf größten Forschungsinstitute zur Entwicklung von "Impstoffen" gegen Schwangerschaft werden aufgefordert, ihre Forschung einzustellen. Das sind: die Weltgesundheitsorganisation (Schweiz), das National Institute of Immunology (Indien), das Population Council (USA), das NICHD (USA) und das Forschungsprogramm CONRAD (USA).

Die Buko-Pharma-Kampagne ist Mitinitiatorin der weltweiten Kampagne gegen Anti-Schwangerschafts-"Impfstoffe".

Kontakt/Coordination: Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str.62, 33602 Bielfeld 1, Tel.: 0521-60550, Fax: 0521-63789

"Nein zur Gewalt an Frauen in Fernsehbeiträgen!"

Am 25. November 1960 starben in der Dominikanischen Republik drei Frauen eines gewaltsamen Todes. Sie wurden auf Grund ihrer Aktivitäten gegen Diktator Trujillo vom militärischen Geheimdienst gefoltert, vergewaltigt und ermordet. Als 1981 ein Treffen von Feministinnen aus Lateinamerika und der Karibik in Bogota stattfand, wurde dieser 25. November zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen ausgerufen.

Seitdem trat Terre des Femmes e.V., Menschenrechte für die Frau, am 25. November mit Themen wie Frauenhandel, Sextourismus und Kinderprostition an die Öffentlichkeit. In diesem Jahr wollen sie sich auf die Gewalt an Frauen im eigenen Land konzentrieren: auf den Sondermüll einer nur gewinnorientierten Konsumgesellschaft, der täglich millionenfach über die häusliche Mattscheibe flimmert und Frauen zur Ware degradiert. Das diesjährige Thema lautet demnach: "Gewalt an Frauen in Fernsehbeiträgen".

Besonders die kommerziellen Sender tragen diesbezüglich eine große Verantwortung. Die Darstellung von Gewalt wird immer realistischer und schreckenserregender. Pro7 sendet mit Abstand die meisten Gewaltszenen. Mit täglich ca. 20 Morden liegt Pro7 an der Spitze aller Fernsehsender. RTL plus hat sich durch ein Programm unter dem Motto "Alles, was Männer anmacht", wozu neben Sex reichlich Gewalt gehört, bekannt gemacht. Die meisten TV- Leichen sind nach einer Untersuchung weiblich, jung und lebendig attraktiv. Auffallend sind die zunehmenden Gewaltdarstellungen an Frauen in Verbindung mit ihrer Sexualität. Vergewaltigungen werden zum Teil ästhetisiert, um jegliches Unrechtsbewußtsein beim Mann zu verhindern und seine Dominanz zu festigen.

Viele Frauenrollen sind einzig durch ihre Funktion für die männlichen Hauptdarsteller bestimmt: als Hausfrau, Prostituierte, Geliebte, Dummchen etc.. Oft werden Frauen in erster Linie als "Körper" dargestellt - ein schmückendes Beiwerk, mit einem Spatzenhirn versehen. Kameraführung, Filmidee und Darstellung fordern eine Identifikation mit den männlichen Akteuren heraus, die in deutschen Programmen mit 66 Prozent gegenüber 34 Prozent weiblichen Akteuren in der absoluten Mehrzahl sind.

Wer über das Medium Fernsehen verfügt, hat die Macht, sein Frauenbild zu transportieren. Noch ist das Fernsehen auf allen Ebenen von Männern dominiert und strukturiert, nur einige wenige Vorzeigefrauen sind als Moderatorinnen, als Sprecherinnen und Redakteurinnen zugelassen. TV vermittelt deshalb ein Frauenbild, das geeignet ist, die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern aufrechtzuerhalten. Selten wird die gesellschaftliche Realität von Frauen im Fernsehen gezeigt. Frauenspezifische Themen, wie berufliche Diskriminierung, Schwangerschaft, Hausfrauendasein, Vergewaltigung etc. haben in der deutschen Fernsehlandschaft keinen Platz.

Aus diesen Gründen finden am Donnerstag, den 25. November 1993, Demonstrationen und Kundgebungen mit Vertreterinnen verschiedener Kirchen- und Frauenorganisationen, Medienwissenschaftlerinnen, weiblichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Kleinkünstlerinnen vor den Sendern Pro7 in München/Unterföhring und RTL plus in Köln-Junkersdorf statt.

Terre des Femmes verurteilt die uneingeschränkte Zulassung kommerzieller Sendeanstalten als politische Fehlentscheidung und fordert, die Würde der Frau in der Berichterstattung, in Spielfilmen und der Werbung zu achten, Filme und Filmemacherinnen finanziell zu fördern, die friedliche Konfliktlösungsmodelle anbieten und ein facettenreiches Bild von Frauen als kreativ denkende und handelnde Persönlichkeiten entwerfen. Firmen sind zu boykottieren, die im Zusammenhang mit frauenverachtenden und gewaltfördernden Filmen werben. Terre des Femmes schlägt vor, einen speziellen Kinder- und Jugendkanal einzurichten, der völlig frei von Werbung ist und ausschließlich über Gebühren und Zuschüsse finanziert wird. Werbung, die in Filme eingeblendet wird, soll verboten werden, die öffentlich- rechtlichen Anstalten sollen ganz auf Werbung verzichten. Alle (Aufsichts-) Gremien der öffentlich-rechtlichen und pri-

Das 'Alternative Information Center(AIC)' in Jerusalem

Das Alternative Informationszentrum, gegründet 1984 von progressiven Israelis und Palästinensern, ist eine parteiunabhängige Einrichtung mit der Zielsetzung, einerseits die israelische Öffentlichkeit mit Informationen über die Repression in den besetzten Gebieten und über den Widerstand zu informieren, andererseits Palästinensern ein besseres Verständnis der politischen und sozialen Realität Israels zu ermöglichen.

Zeitschriften des AIC:

News from Within: Eine Monatszeitschrift in Englisch mit Analysen, Hintergrundartikeln und Augenzeugenberichten sowohl zur palästinensischen wie zur israelischen Gesellschaft. Jahresabo: 45 US-$ (Förderabo: 50 US-$)

The Other Front: Eine wöchentlich in Englisch und Arabisch erscheinende Presseschau, die Statements und Aktivitäten bezogen auf den israelisch-palästinensischen Konflikt dokumentiert. Jahresabo: 65 US-$

Article 74: Ein Newsletter in Englisch und Hebräisch, der sich mit dem Einwohnerstatus der Palästinenser und der Familienzusammenführung in den besetzten Gebieten und in Israel beschäftigt. Erscheint unregelmäßig. Abo (10 Ausgaben): 15 US-$

April 17: Ein Monatsmagazin, das sich mit den dringenden Problemen der palästinensischen politischen Gefangenen befaßt. Erscheint in Englisch, Arabisch und Hebräisch. Vier Ausgaben: 10 US-$; Heft 2.50 US-$

Alternative Information

Die Berichte des AIC waren von Anbeginn an für lokale und internationale Medien eine zuverlässige Informationsquelle. Die Rückbindung des AIC sowohl an die israelische als auch an die palästinensische Gesellschaft setzt es in die Lage, ausländische Journalisten und Fernsehteams bei ihrer Arbeit in Israel und den besetzten Gebieten zu unterstützen. Auch für spezielle Delegationen (Juristen, Gewerkschafter, Frauenorganisationen etc) bietet das AIC organisierte Touren an, die Einblicke sowohl in die Kämpfe in den besetzten Gebieten als auch in die im "anderen" Israel ermöglichen.

Alternative Information Center
P.O.Box 31417, Jerusalem
Tel: 00972/2/241159
Fax: 00972/2/253151

vaten Fernsehanstalten müssen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden, die sich für Frauenbelange einsetzen. Notwendig sei es, bei den privaten Sendeanstalten wirksame Organe der Selbstkontrolle und des Jugendschutzes zu schaffen. Zudem sollen erhebliche Mittel bereitgestellt werden, um Eltern über die mögliche Gefährdung ihrer Kinder durch die Medien aufzuklären.

Terre des Femmes ruft zu einer Postkartenaktion an die verantwortlichen Ministerpräsidenten sowie an den Zentralausschuß der Werbewirtschaft und dem Verband Privater Rundfunk und Telekommunikation auf. Anzufordern bei:

Terre des Femmes, PF 2531, 72015 Tübingen, Tel.: 07071-24289, Fax: 550352

Hausverbot für BAYER-KritikerInnen

Zunächst schien alles recht einfach. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CGB), ein eingetragener Verein, stellte beim Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) einen Aufnahmeantrag bei dessen Landesverband Nordrhein-Westfalen, um in der Düsseldorfer Herberge ihre ordentliche Jahreshauptversammlung abzuhalten. Zusätzlich geplant war ein Studienseminar zum Thema Gentechnik. Nun war das DJH an der Reihe. In deren Satzung heißt es: "Das Deutsche Jugendherbergswerk ist für die gesamte Jugend des In- und Auslandes tätig, unabhängig ... von Religion, Weltanschauung oder politischer Partei." Und der hehren Absichten kein Ende: für "Umweltbewußtsein, ... vorbeugende Gesundheitspflege, ... und die Begegung der Jugend" sowie "Fort- und Weiterbildung" möchte sich das DJH einsetzen. Die Praxis auf dieses weltoffene Bekenntnis gestaltete sich dann doch ganz anders: auf den Aufnahmeantrag reagierte der Landesverband mit einem negativen Bescheid. Ganz lapidar, ohne nähere Erläuterungen. Selbst eine telefonische Nachfrage beim DJH-Landesvorsitzenden Friedhelm Kamps brachte kein Licht in diese Angelegenheit. Kamps teilte stotternd mit, was auch schon die Satzung seines Vereins festlegt: Die "Ablehnung eines Aufnahmeantrags bedarf keiner Begründung". Und das, obwohl die BAYER-KritikerInnen laut ihrer eigenen Satzung eigentlich genau auf Linie mit den DJH- Prinzipien stehen müßten. Seit über zehn Jahren sammeln sie "Informationen über Schäden am Menschen und der Umwelt sowie über die Gefährdung von Arbeitsplätzen, ... die durch den BAYER-Konzern verursacht sind." Der "Dialog zwischen Verursacher, Betroffenen und Interessierten" schließlich dient der "Vermeidung und Behebung dieser Schäden", heißt es weiter.

Über die wahren Beweggründe der Ablehnung des Antrags kann so nur spekuliert werden. Hat sich das DJH durch einen Konzern, der in Nordrhein-Westfalen über eine gewisse Macht verfügt, einschüchtern lassen? Vielleicht fürchtet man gar, was einst dem WDR nach einer kritischen Berichterstattung blühen sollte: Alle BAYER-Beschäftigten und ihre Familien werden per Dienstanordnung zum Boykott aufgerufen. Das hätte dem WDR sein Publikum gekostet und würde Herbergseltern glatt arbeitslos machen.

Daß der Konzern öffentliche Kritik an seinen Geschäftsfolgen fürchtet wie der Teufel das Weihwasser, ist zu einem großen Teil ein Verdienst der COORDINATION. Kontinuierlich wird über Hungerlöhne in der "Dritten Welt", die Vergiftung ganzer Stadtteile, skrupellose Geschäfte mit HIV-verseuchten Medikamenten und andere Skandale berichtet. Wen wundert es da, daß der Konzern diesen "Verleumdungskampagnen" Einhalt gebieten möchte. Doch bisher ohne Erfolg. Als die lästigen KritikerInnen mit Hilfe eines Prozesses mundtot gemacht werden sollten, zogen sie vor's Bundesverfassungsgericht und trugen - welch eine Schmach für BAYER - im letzten Jahr gar einen Sieg davon.

Gegen die Diskrimierung konzernkritischer Arbeit per Hausverbot ruft die COORDINATION zu einer Protestbriefe-Aktion auf. Die Schreiben sollen gerichtet werden an: Deutsches Jugendherbergswerk, Bundesverband, Bismarckstr.8, 32756 Detmold oder: Landesverband NRW, Düsseldorfer Str.1, 40503 Düsseldorf und andere Landesverbände.

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, Schöndorffstr. 2, 40229 Düsseldorf, Tel./Fax: 0211-217429

Betrifft: Beitrag von Saral Sarkar (iz3w Nr. 192), Entwicklungskritik in der Kulturfalle

Zunächst soll nicht bestritten werden, daß Sarkar eine Reihe von berechtigten Zweifeln an den kulturellen Ansätzen einiger Entwicklungskritiken vorbringt. Auch seinem Hinweis auf die häufige Vermischung von Argumenten bei der Ablehnung von Entwicklungsmodellen - 'westlich/fremd' anstelle von 'ökonomisch, ökologisch, politisch und sozial schädlich' - ist leicht zu folgen. Was bei den Ausführungen von Sarkar aber massiv in Frage gestellt werden muß, ist der erneute Versuch, all jene Menschen in der Dritten Welt, um die es bei der Entwicklungsdebatte geht - ob Arme, Minoritäten, 'Volksgruppen', Benachteiligte, ländliche Bevölkerung, 'Stammesvölker' usw. - zu bevormunden, auch wenn es gutgemeint ist.

Diese Bevormundung hat Tradition: erst waren es die nationalen Entwickler in den betroffenen Ländern selbst (von Mobuto auf der rechten Seite bis Sekou Touré auf der linken), die ihren Ländern verordneten, was sie in Paris, Moskau oder (seltener) in London gelernt hatten. Dann kamen die externen Entwicklungs'helfer' des Westens und Ostens, die ihre Varianten von Modernisierungstheorie auslebten. Jetzt sind es offenbar auch die oppositionellen nationalen Eliten aus der Dritten Welt, zuweilen massiv unterstützt von einem Teil der Entwicklungs(hilfe)kritiker aus den Industrieländern, die gemeinsame intellektuelle Sache gegen die kulturelle Identität ethnischer Gruppen in den betroffenen Ländern machen.

Gemeinsam ist all jenen stets neuen 'Analysen' eine extreme Kulturfeindlichkeit, verstanden als der Versuch, (der Meinung ihrer Apologeten nach) nicht sinnvolles 'Anderssein' und 'Anders-sein-wollen' mit allen Mitteln zu diskriminieren. Diese Kulturfeindlichkeit taucht bei Sarkar wiederholt dort auf, wo er den Versuch unternimmt, die Gründe für ein plötzliches Interesse für Kultur in der Entwicklungsdebatte zu analysieren. Es stimmt, daß inzwischen sicher auch einige 'Imperialisten' des Nordens gut mit dem Gedanken leben können, Profitmache und Wahrung der kulturellen Identität bei ihren Opfern miteinander zu verbinden. Wo vormals erst die kulturelle Gleichschaltung und dann der Profit stand, wird heute Profit durchaus möglich, wenn zuvor wenig in eine kulturelle Entfremdung investiert wurde. Die (Kurz-)Schlußfolgerung, kulturelle Identität und den Wunsch am Festhalten daran auf eine neue Ideologie dieser Imperialisten reduzieren zu können, ist der krasseste Beweis für die Kulturfeindlichkeit des Verfassers. Er kann sich einfach nicht vorstellen, daß sich Menschen - obwohl bereits hochgebildete Elitenangehörige ihres Landes darüber nachgedacht haben, wohin die allgemeine Entwicklung und der besondere kulturelle Entwicklungsweg dieser Menschen gehen soll - ihre eigenen Gedanken machen wollen, seien diese nun aus Sicht der Eliten rational oder irrational, sinnvoll oder unsinnig, wegweisend oder in einer Sackgasse endend.

Es ist vieles richtig, was Sarkar zu den Ungerechtigkeiten in traditionellen (und anderen) Kulturen schreibt. Für viele Menschen könnte sich durchaus etwas in positiver Hinsicht ändern, gelänge es ihnen, Restriktionen ihrer Kultur abzuschütteln. Warum wohl an dieser Stelle nicht das Argument der weiblichen Exzision und Infibulation im Sudan auftaucht, das doch stets als Beweis für die Brutalität und letztendlich Unmündigkeit der betreffenden Menschen und ihrer Kultur herangezogen wird und als Aufruf zur Intervention? Selbst diese, auch nach meiner Ansicht nach Veränderung schreiende Vergewaltigung von Frauen, rechtfertigt aber nicht, das Festhalten der Betroffenen an derartigen Praktiken pauschal abzuwerten. Um so weniger ist die generelle Kritik am Festhalten von sozialen, gender-bezogenen, ökonomischen oder religiösen Traditionen legitimiert, die vielleicht von den Kritikern nicht einmal verstanden werden.

Wenn aus der jeweiligen Kultur der Wunsch nach Veränderung laut wird, wenn sich z.B. sudanesische Frauen aktiv gegen die Exzision wehren, dann ist es völlig legitim, diese Proteste aufzunehmen, die Betroffenen möglicherweise sogar extern zu unterstützen (das bedarf jedoch sehr sorgfältiger Prüfung des Sachverhalts und sensibler Vorgehensweise). Wer in ähnlichen Situationen romantisiert oder gar für die Konservierung des alten Zustandes eintritt, weil er z.B. aus der Zementierung ungerechter Herrschaftsstrukturen Profit schöpft, der ideologisiert den Begriff der kulturellen Identität im Sinne von Sarkar in der Tat. Dieser Vorwurf an die Adresse der kritisierten Autoren gerichtet und mit der vorgetragenen Begründung aber zeigt, wie wenig der Verfasser das kulturelle Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Menschen ernst nimmt und wie sehr er sich in die Gruppe jener einreiht, die meinen, andere ohne Mandat vertreten zu müssen - auch wenn es durchaus 'gutgemeint' ist.

Frank Bliss

'Lateinamerika Nachrichten' Nr. 233 November 1993
El Salvador: Das Zwei-Drittel-Register/Feminismus - Heraus aus dem Untergrund - Interview mit Mercedes Canas * Chile: Zwanzig Jahre danach / Townley-Bazillus / Exil zwischen Solidarität und Bevormundung / Indígenas: Von der Sünde, ein Volk zu sein * Costa Rica: „Ureinwohner gab es nicht" - Zur Geschichte der Indigenas /Abschied vom selbstgewählten Image * Brasilien: Wer zerstört, wer rettet Amazonien? / Verfassungsreform * Peru: gez. P. Gonzalo - Abimael Guzmán vermeintliches Friedensangebot * BRD: Podiumsdiskussion in Frankfurt - Lateinamerika Linke sucht nach neuen Wegen * Kuba: Interview mit Abel Prieto * Rezensionen: Capoeira - Die Kultur des Widerstands *
Einzelpreis: DM 5,-, Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Im Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 10961 Berlin

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 177 mit dem Schwerpunkt „Ökodiktatur - Ökodemokratie":
Volker Böge über „Ökologische Krise und militärische Intervention" * Auszüge aus der Studie „Sustainable Netherlands" Interview mit Jens Dörschel von der BUND-Jugend ' Bina Agarwal: Vom Ökofeminismus zur feministischen Ökologie * Christoph Spehr über „Ökologie im 4. Reich" * Claudia Bernhard: „Mit Kopf und Hand und Knete vom Land": VEN - Der Werbezug für die rot-grüne Lobbyarbeit *
* und einiges mehr sowie rund 20 Seiten Serviceprogramme.
Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstraße 14/15, 28195 Bremen, Tel.: 04 21 / 32 51 56, Fax: 04 21 / 3 37 81 77.

Wolfgang Meier, **Problematik sozialrevolutionärer Regime in der Dritten Welt - Eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung in Guinea-Bissau und Nicaragua,** Tectum-Verlag, Marburg, 1993, 516 Seiten, 68,- DM

Ken A. Gourlay, **Deponie Erde - Wachstum in den Müllnotstand**, Dietz-Verlag, Bonn, 1993, 352 Seiten, 29,80 DM

Janette Habel, **Kuba - Die Revolution in Gefahr**, ISP-Verlag, Köln, 1993, 296 Seiten

Dirk Hansohm / Robert Kappel, **Schwarzweiße Mythen - Afrika und der entwicklungspolitische Diskurs**, Bremer Afrika Studien Bd. 3, Lit-Verlag, Münster/Hamburg, 1993, 260 Seiten, 29,80 DM, Bestelladresse: Dr. Kappel, Fachbereich 8, Uni Bremen, Postfach 330440, 28334 Bremen

Nawal el Saadawi, **Eine Frau auf der Suche - Erzählung**, CON-Literaturvertrieb, Bremen, 1993, 144 Seiten, 28,- DM, Bestelladresse: Postfach 106545, 28065 Bremen

Nawal el Saadawi, **Kein Platz im Paradies - Kurzgeschichten** Con-Literaturvertrieb, Bremen, 1993, 144 Seiten, 28,- DM, Bestelladresse: Postfach 106545, 28065 Bremen

Bildungs- und Aktionszentrum Dritte Welt (Hrsg.), **Islam im Umbruch - Grenzen einer Weltreligion**, Das Arabische Buch, Berlin, 1993, 181 Seiten, 18,80 DM, Bestelladresse: BAZ, Knesebeckstr. 16, 10623 Berlin

Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung und Netzwerk Menschenrechte in Zusammenarbeit mit medico international (Hrsg.), **Weltflüchtlingsbericht - Ein Handbuch zu Fluchtursachen und Asyl, Bevölkerungsbewegungen und Entwicklungspolitik**, Edition Parabolis, Berlin, 1993, 240 Seiten, 42,- DM, Bestelladresse: medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt

Klemens Ludwig / Susanna Voigt (Hrsg.), **Phantom Atom - Abgründe der Atomtechnologie und Wege aus der Gefahr**, Ökozid-Jahrbuch Nr. 9, Focus-Verlag, Giessen, 1993, 240 Seiten, 29,80 DM, Bestelladresse: Unterer Harchhof 29, 35398 Giessen

Al Imfeld (Hrsg.), Wir weinen nicht mehr, Afrika! Frauenleben, Verlag im Waldgut, Frauenfeld, 1993, 192 Seiten, 32,- DM/SFr, 250 ÖS, Bestelladresse: Industriestr. 21, CH-8500 Frauenfeld

L.Amaya / U.Biemann / P.Malatesta (Hrsg.), **Zwischenräume - Interspacios, Bilder und Texte von Frauen in der Fremde**, auf deutsch, spanisch und portugiesisch, efef-Verlag, Zürich, 1993, 74 Seiten, 28,- DM/SFr, 219 ÖS, Bestelladresse: Postfach, 3000 Bern 9, Schweiz

Wetterfrösche lügen nicht. Erfolge und Mißerfolge der Projektzusammenarbeit von kirchlichen Hilfswerken und Solidaritätsgruppen mit Brasilien. Seminar vom 17.-19.12. in Neuendettelsau. Anmeldung: KoBra - Kooperation Brasilien, In den Weihermatten 27, 79108 Freiburg, Tel./ Fax: 07 61/53674.

„Das Fremde zwischen Vereinnahmung und Ausgrenzung - neue Medien und Kommunikationswege in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“. Fachtagung am 27./28. Januar 1994 im Gustav-Streesemann-Institut in Bonn. Anmeldung: Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) e.V., Ripuarenstr. 8, 50679 Köln; Telefon 02 21/88 96-0; Telefax: 02 21/8896-100

Schenkt das Geld nicht dem Finanzamt, sondern uns!

Die "blätter des iz3w" erscheinen mittlerweile seit 23 Jahren. Für eine Aktionsgruppe, die ohne größere Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Postmoderne und Postreform machen uns das Leben auch nicht leichter. Deswegen bitten wir alle Leserinnen und Leser, die dazu in der Lage sind, um eine Spende.
Das Finanzamt erkennt Eure Spenden als steuerlich abzugsfähig an, wenn Ihr mit dem Vermerk "Verwendungszweck: Durchlauf-spende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V." an die Stadtkasse Freiburg, Konto Nr. 1249606 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 68090000) überweist. Die Stadt leitet das Geld an uns weiter und stellt Euch die Spendenbescheinigung für das Finanzamt aus. Die Finanzämter schreiben dieses Verfahren der sogenannten Durchlaufspende vor. Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß eine Bezahlung des "blätter"-Jahresabonnements auf diesem Weg nicht möglich ist.
Wer hingegen seine Spende nicht steuerlich absetzen kann oder will, kann direkt auf unser Konto Nr. 148239-755 bei der Postbank Karlsruhe (BLZ 660 100 75) spenden oder uns als Förderer/in mit einem Dauerauftrag von DM 100.- pro Jahr oder mehr unterstützen. Bitte informiert uns, wenn Ihr einen solchen Dauerauftrag eingerichtet habt, Euer Abonnement der "blätter" ist damit bezahlt.
Förderer/innen in der Schweiz bzw. Österreich können auf die Konten der Aktion Dritte Welt e.V. beim Postscheckamt Basel Nr. 40-35899 bzw. bei der Hypobank Bregenz Nr. 10157108110 (BLZ 5800) spenden.

Kommunalpolitik für Eine Welt - Globales Klima und öffentlicher Personennahverkehr. Seminar des Arbeitskreis Entwicklungspolitik im (AKE)-Bildungswerk vom 4.2-6.2.1994 in Vlotho. Anmeldung: AKE-Bildungswerk e.V., Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.: 05733-6800, Fax: 05733-18154.

Aufstieg aus der Dritten Welt? Entwicklungsstrategien und Menschenrechte in Südostasien. Tagung vom 11.-13.2.94 in Bochum. Teilnehmerbeitrag: 80.-/50.-DM. Anmeldung: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, Bochum, Tel.: 0234-502748, Fax: 0234-502790

Fremde unter Deutschen - Deutsche unter Fremden - Begegnungsprogramm in der BRD. Seminar des Arbeitskreis Entwicklungspolitik im (AKE)-Bildungswerk vom 11.2-13.2.1994 in Vlotho. Anmeldung: AKE-Bildungswerk e.V., Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Horstweg 11., 32602 Vlotho, Tel.: 05733- 6800, Fax: 05733-18154.

Südafrika vor den Wahlen: Altes Spiel - Neues Glück? Seminar in der Akademie Klausenhof vom 18.2.-20.2.94. Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr.100, Hamminkeln. Tel.: 02852-890 Fax: 02852-89300.

Umwelt im Schatten der Wirtschaft. Jugendumweltkongreß vom 28.12.1993 bis zum 3.1.1994 in Göttingen. Anmeldung: Kongreßbüro, Pavillon der Höltyschule, Nikolausberger Weg 22, 37073 Göttingen, Tel.: 0551/541863.

Kampagne gegen Kinderarbeit in der Teppichindustrie. Aktionsgruppen-Workshop am 14. und 15. Januar 1994 in Bonn. Anmeldung: werkstatt ökonomie, Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg.

Asyl in Deutschland. Seminar des Arbeitskreis Entwicklungspolitik im (AKE)-Bildungswerk am 15. und 16. Januar 1994 in Vlotho. Anmeldung: AKE-Bildungswerk e.V., Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.: 05733-6800, Fax: 05733-18154.

Spielend leicht verändern. **(Entwicklungs) politisches Theater zum Mitmachen** am 21.1.94 in Bielefeld. Kosten 70.-/50.-DM. Infos: BUKO-Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str.62, 33602 Bielefeld.

Nestlé-Forum. Seminar für Multiplikatoren der Initiativarbeit vom 28.-30.1.94 in Potsdam. Anmeldung: Aktionsgruppe Babynahrung e.V., Untere Maschstr. 21, 37073 Göttingen, Tel.: 0551/531034

Unser Angebot gilt bis zum 31.12.93

Vier Jahre lang konnten wir den Preis der blätter des iz3w halten, jetzt geht es nicht mehr! Ab 1994 müssen wir den Einzelpreis und den Abo-Preis den gestiegenen Produktionskosten und Postgebühren anpassen. Das Einzelheft kostet dann DM 7,50; das Jahresabonnement DM 54.- (Ermäßigt DM 46.-). Wer bis zum 31.12.1993 die blätter des iz3w abonniert oder ein Jahresabonnement verschenkt kommt noch in den Genuß des alten Abopreises von DM 48.-

Bitte abtrennen und einsenden an iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg

Ich möchte ein Jahresabo verschenken - und zwar an folgende Person:

Name

Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen widerrufen werden, davon habe ich Kenntnis

Datum/Unterschrift

Ich abonniere die "blätter des iz3w" (acht Hefte pro Jahr zum Preis von DM 48.- europäisches Ausland DM 55.-, Luftpostabo DM 48.- + Luftpostporto)

Name

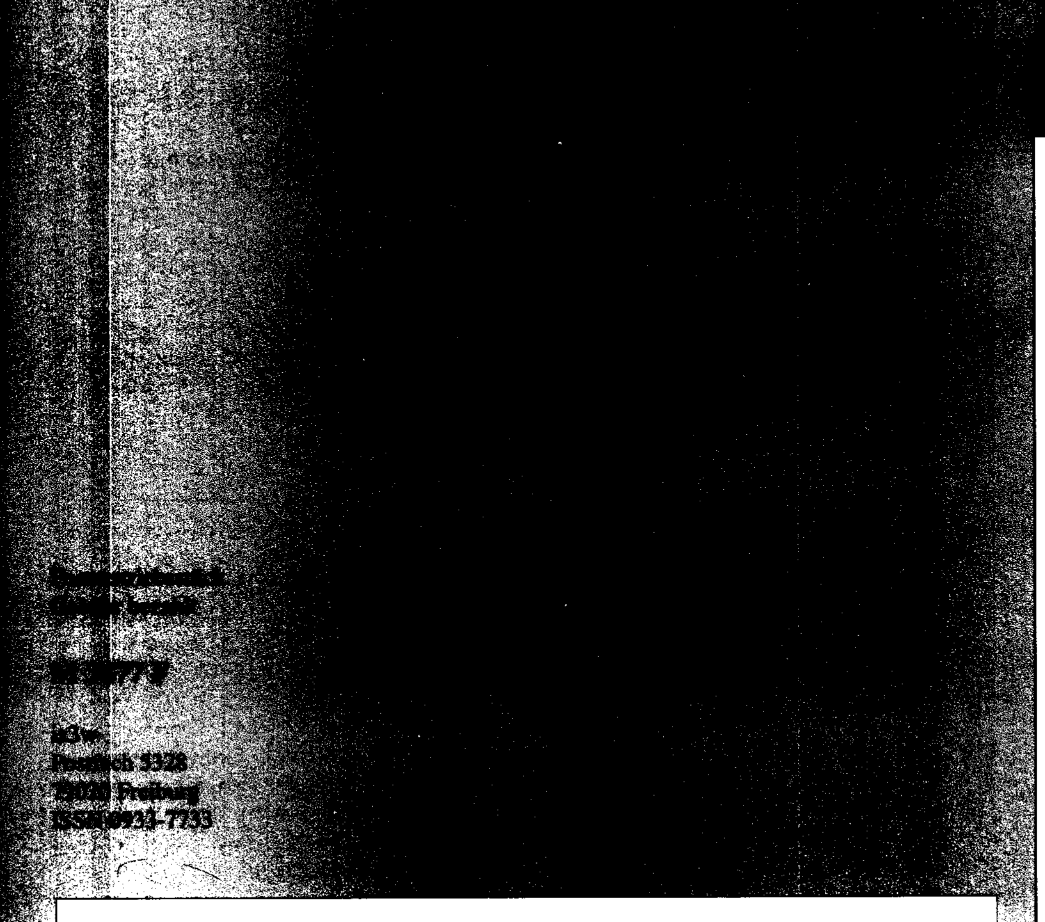
Straße/Hausnummer

PLZ/Wohnort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Davon habe ich Kenntnis

Datum/Unterschrift



Neu im iz3w

Heute hier – morgen fort

Das Buch zu Migration, Rassismus und der (Un)Ordnung des Weltmarkts

Mit Beiträgen von:

Hanna Beneker / Eva Wichtmann • Michael Bommes / Albert Scherr • Augusta Dwyer • Peter Franke • Klaus Kriener • Graciela Malgesini • Bernhard Merk • Necati Mert • Jens Chr. Müller / Manon Tuckfeld • Lydia Potts • Nora Räthzel • Saskia Sassen • Katina Schubert • Helga Tewes • und anderen •

208 Seiten, für DM 19,–
(+ 3,– DM Porto/Verp.) bei:

Informationszentrum
Dritte Welt, Pf 5328
79020 Freiburg
Tel. (07 61) 74 00 3
Fax (07 61) 70 98 66

Buchhandel über Prolit,
35463 Fernwald
ISBN 3-92226312-7



Themenpakete der "blätter des iz3w"

500 Jahre Kolonialismus:

Sonderdruck 500 Jahre Kolonialismus, Nr.180: Kolonialismus III, Reader zur Aktionswoche '91 (ca. 100 Seiten), Aktionszeitung "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand"; zusammen DM 10.-

Nationalismus/Rassismus:

Nr.191: Flucht/Migration/Asyl, Nr.190: Menschenrechte, Nr.178 und 183: Nationalismus I und II, Nr.169: Festung Europa (Sonderdruck); zusammen DM 20.-

Asien:

Nr.188: Umbruch in Zentralasien, Nr.171: Südostasien, Nr.163: Indien, Nr.159: China, Nr.142: Neue soziale Bewegungen in Südostasien; zusammen DM 20.-

Israel/Palästina:

Nr.186: Israel in den 90er Jahren, Nr.182 Nahost-Verhandlungen, Nr.150: Intifada, Nr.107: Palästina; zusammen DM 15.-

Naher und Mittlerer Osten:

Nr.172: Krisenregion Mittlerer Osten, Nr.168: Türkei/Kurdistan, Nr.152: Afghanistan, Nr.147: Politisierung des Islam, Nr.146: Iran/Irak, Nr.129: Türkei, Nr.120: Iran, Nr.114: Völkermord an den Armeniern, Nr.108: Afghanistan; zusammen DM 30.-

Ökologie und Landwirtschaft:

Nr.185: Verstädterung, Nr.181: Ökologie und Entwicklung, Nr.160: Neuordnung des Weltagrarhandels, Nr.155: Biotechnologie, Nr.133: Neue/alte Wege in der Landwirtschaft, Nr.124 u. 125: Ökologie und Dritte Welt I und II; zusammen DM 25.-

Neue Weltordnung:

Nr.193: Weltinformationsordnung, Nr.192: Militärinterventionen, Nr.189: Strukturanpassung, Nr.177: Transnationale Konzerne; zusammen DM 15.-; Porto und Verpackung bis Bestellwert DM 10.-: DM 1,80; bis DM 50.-: DM 3.-; darüber portofrei
Bestellungen an: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg